



## Historisch-geographische Analyse sozioökonomischer Prozesse und deren Determinanten in der Zeitspanne von 1945 – 2008 im fränkisch-oberpfälzischen Grenzraum

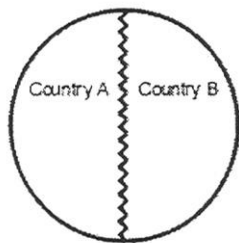


Figure 1.1  
Alienated borderlands

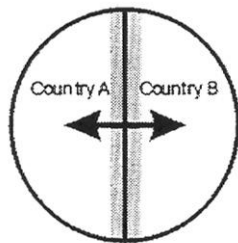


Figure 1.2  
Co-existent borderlands

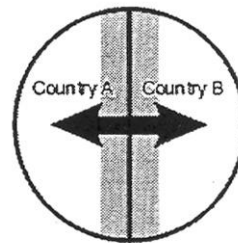


Figure 1.3  
Interdependent borderlands

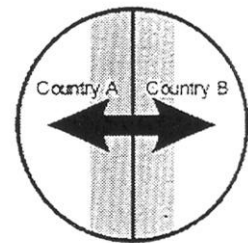


Figure 1.4  
Integrated borderlands

von Max Frankenberger und Jörg Maier  
unter Mitarbeit von Stefan Forster

**RRV-Gesellschaft für Raumanalysen,  
Regionalpolitik und Verwaltungspraxis  
mbH**

Langheimer Amtshof  
Rentamtsgässchen 2  
95326 Kulmbach

Tel.: 09221/877089  
Fax: 09221/1233

[maier@rrv-gmbh.de](mailto:maier@rrv-gmbh.de)  
[www.rrv-gmbh.de](http://www.rrv-gmbh.de)

## Inhalt

I.	Probleme und Fragestellungen.....	1
1.	<b>Wirtschaftliche und soziale Situation im Grenzland als Ausgangspunkt .....</b>	<b>1</b>
2.	<b>Determinanten der Entwicklung – ein erster Überblick.....</b>	<b>2</b>
2.1	Bedeutung der Grenze (von der weitgehend offenen zur geschlossenen Grenze)	2
2.2	Die Rolle der Heimatvertriebenen (Zuzug und Integration) .....	4
2.3	Wandel der Werte- und Wirtschaftsstruktur in Deutschland und im Grenzraum ....	6
2.4	Regionalpolitik und ihr Einfluss.....	7
2.5	Skizze der aktuellen Situation – grenzverwischender Brückenraum oder Peripherraum mitten in Europa? .....	8
II.	Grundlagen wissenschaftlicher Analysen in Grenzraum .....	12
1.	<b>Wirtschaftsgeographische Grenzraumforschung .....</b>	<b>12</b>
1.1	Globale und überregionale Faktoren .....	12
1.2	Einordnung der Thematik in das Forschungsprogramm der Geographie.....	12
1.3	Geographische Grenzraumforschung .....	14
2.	<b>Fragestellung und Aufbau der Untersuchung .....</b>	<b>16</b>
3.	<b>Methodik.....</b>	<b>17</b>
III.	Die historisch-geographische Entwicklung der Grenzregion .....	18
1.	<b>Die Phase des Wiederaufbaus 1945 – 1960.....</b>	<b>18</b>
1.1	Die Ausgangssituation .....	18
1.2	Die Integration der Heimatvertriebenen und ihre Rolle beim Wiederaufbau .....	20
1.3	Die Währungsreform und allgemeiner Wirtschaftsaufschwung.....	26
1.4	Der Neubeginn der kommunalen Wirtschaftsförderung.....	28
1.5	Fazit .....	28
2.	<b>Die Institutionalisierung der Randlage: von 1961 bis 1979.....</b>	<b>28</b>
2.1	Die Situation in der BRD und in Bayern .....	28
2.2	Die Situation im Untersuchungsraum .....	30

<b>3. Wirtschaftliche Stagnation in den 70er Jahren, Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und starkes Wachstum bis Ende der 80er Jahre: 1970 - 1989 .....</b>	<b>35</b>
3.1 Die politischen Rahmenbedingungen .....	35
3.2 Die Situation im Untersuchungsraum .....	40
3.3 Von der zentralisierten Landesentwicklungs- zur Regionalpolitik .....	45
3.4 Die Situation des Tourismus in der Untersuchungsregion .....	49
– Das hohe Fichtelgebirge als Beispiel .....	49
<b>4. Deutsche Wiedervereinigung und regionale Sonderkonjunktur 1989 bis 1996...50</b>	<b>50</b>
4.1 Die überregionalen Rahmenbedingungen .....	50
4.2 Die Situation im Untersuchungsraum .....	53
4.3 Direkte Auswirkungen der Grenzöffnung .....	57
4.4 Regionale Fallstudien – Die Stadt Rehau und der Kurort Bad Steben .....	59
4.5 Die Euregio Egrensis.....	59
<b>5. Die Zeit von 1997 bis 2004: Der Weg zur EU-Osterweiterung .....</b>	<b>60</b>
5.1 Die überregionalen Rahmenbedingungen .....	60
5.2 Die Situation in Bayern .....	61
5.3 Die Situation im Untersuchungsraum .....	63
5.4 Befürchtete Auswirkungen der EU-Osterweiterung.....	67
5.5 Die Arbeitsmarktsituation im Untersuchungsraum .....	69
5.6 Entwicklungen im Tourismus .....	71
5.7 Situation der nachbarschaftlichen Mentalität.....	74
5.8 Die Regionalpolitik vor dem Hintergrund der Europäischen Integration .....	75
<b>6. Die Zeit von 2004 bis 2008: Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Wirtschaftskrise und Konjunkturaufschwung .....</b>	<b>75</b>
6.1 Die überregionalen Rahmenbedingungen .....	75
6.2 Bevölkerungsveränderung im Untersuchungsraum .....	78
6.3 Technologiepolitik in Bayern .....	79
6.4 Wegfall der Grenzkontrollen und Zusammenarbeit im kulturellen Bereich.....	80
6.5 Die Entwicklung des industriellen Sektors nach der EU-Osterweiterung .....	81
6.6 Die Entwicklung des Handwerks in der Zeit nach der EU-Osterweiterung.....	82
<b>IV. Regionale Fallstudien .....</b>	<b>83</b>
<b>1. Der Ansatz der Unternehmensbiographien.....</b>	<b>83</b>
1.1 Ausgewählte Unternehmensbiographien .....	84
2.1 Kurzes Fazit aus den Unternehmens-Beispielen.....	91

<b>2. Kommunale und regionale Fallstudien .....</b>	<b>93</b>
2.1 Die Stadt Hof .....	93
2.2 Die Stadt Rehau.....	95
2.3 Der Landkreis Tirschenreuth.....	96
2.4 Der Landkreis Schwandorf .....	97
<b>3. Die Grenze in ausgewählten Teilaspekten .....</b>	<b>99</b>
3.1 Das Beispiel grenzüberschreitender Einkäufe .....	99
3.2 Tourismus .....	100
<b>V. Zusammenfassung .....</b>	<b>101</b>

# I. Probleme und Fragestellungen

## 1. Wirtschaftliche und soziale Situation im Grenzland als Ausgangspunkt

„Zonenrandgebiet“ oder „Grenzland“ waren Begriffe, die den Raum Nord-Ost-Bayern über Jahrzehnte, selbst bis heute verfolgen. In der Literatur, v.a. im Rahmen der wachsenden Bedeutung von Struktur- und Regionalpolitik in der 1980er Jahren wird der Begriff „Grenzland“ dabei sehr unterschiedlich gebraucht. Auf der einen Seite erfährt er bei verschiedenen Definitionsversuchen häufig eine negative Interpretation, da der Begriff „Grenzland“ mit Bezeichnungen wie „Notstandsgebiet“, „strukturschwacher Raum“ oder „förderungswürdiges Gebiet“ verbunden wird. Andererseits reduzieren manche Autoren die Problematik des „Grenzlandes“ auf solche distanziell peripherer oder ländlicher Räume. Beide Definitionsversuche sind jedoch für eine generelle Beschreibung des Untersuchungsraumes unzureichend.<sup>1</sup>

Ein vielerorts nur eher schleppend bewältigter Strukturwandel, der sicherlich durch die Nähe zur Außengrenze der westlichen Welt verzögert wurde, sorgte dafür, dass die Region nur langsam den Anschluss an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, wenn auch auf niedrigem Niveau und mit einem „time-lag“ erreichte. Mit dem Wandel vom Anbieter- zum Käufermarkt gelang es mittelständischen Betrieben sich in geeigneten Marktsegmenten und Marktnischen erfolgreich zu etablieren und konkurrenzfähig zu bleiben. Die Beschreibung „peripherer ländlicher Raum“ im Sinne einer Abhängigkeit von Entscheidungsstrukturen in den Verdichtungsräumen trifft daher für weite Teile der Region sicherlich zu, ist aber vor der historischen Entwicklung her relativ zu bewerten. V.a. die Landkreise Hof, Wunsiedel i.F. und Kronach aber auch die Landkreise Neustadt an der Waldnaab und Tirschenreuth zeichnen sich bis heute durch, im Vergleich zu anderen Räumen, eher schlechte Entwicklungschancen für junge, gut ausgebildete Menschen aus. Das Resultat dieser Entwicklung ist die Abwanderung junger Arbeitskräfte in die Ballungsräume. Zurückgeblieben ist u.a. eine durch den Strukturwandel geprägte Industrie und eine alternde Bevölkerung. Die Lage am Rande der kapitalistischen Welt sorgte auch dafür, dass u.a. die privaten Investitionen in der Region zurückgegangen sind. Aufgrund der abnehmenden Innovationskraft konnte die regionale Wirtschaft insgesamt nur schwer mit dem Takt der Globalisierung mithalten, ausgenommen die durchaus vorhandenen hidden champions und einige international tätige größere Unternehmen.

So ist es auch verständlich, dass der Untersuchungsraum eine der Regionen mit der höchsten Industriedichte in Europa ist. Diese Tatsache resultiert aus der günstigen Lage des Raumes in der Mitte Europas. Vor den Kriegen des 20. Jh. war der Untersuchungsraum gerade in grenzüberschreitender Hinsicht eine stark vernetzte Region. Aufgrund der günstigen Lage zu den Märkten in den Ballungsräumen einerseits und den ressourcenreichen Regionen in Schlesien, Böhmen und dem Sudetenland andererseits, entwickelte sich bereits zu einer Zeit, in der das südliche Bayern noch stark agrarisch geprägt war, in der Region eine wettbewerbsfähige und innovative Industriekultur. Die Keramikindustrie im Fichtelgebirge brachte Unternehmen von Weltruf, wie etwa Rosenthal oder Hutschenreuther hervor, die sich noch Jahre nach der Schließung der Grenze zu Osteuropa behaupten konnten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Weber, J. (1990) Das Grenzland zwischen Kronach, Plauen, Karlsbad und Bayreuth – Strukturen und Entwicklungen; in Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen, Bayreuth 1990.

An die positiven Gegebenheiten, die nach der Integration der osteuropäischen Nachbarn in die EU wieder gegeben sind, anzuknüpfen ist jedoch ein schwieriges Unterfangen. Nachdem sich der Untersuchungsraum lange Zeit als reiner Transitraum zwischen West- und Osteuropa verstand (Logistik) sowie als Dienstleister für die Entwicklungszentren (Back Office) und die Industrie teilweise als überholt angesehen wurde, gibt es in neuer Zeit wieder Versuche, an die alte Identität anzuknüpfen und die Industriekultur des Raumes wieder zu beleben. Gleichzeitig haben sich neue Schwerpunkte gebildet, wie etwa bei Kunststoffen und es konnten sich alte Industrien weiterentwickeln, wie etwa die Keramikindustrie in den Bereich Neue Materialien und High-Tech-Anwendungen.

Da der Untersuchungsraum seit jeher Wohnraum und Heimat für eine große Anzahl an Menschen gewesen bzw. geblieben ist und vor den beiden Weltkriegen sogar als eines der größten Industriegebiete Europas galt, scheint eine Reduzierung des Raumes auf Entwicklungsrückstände unpassend. Vielmehr erscheint der Untersuchungsraum als ein Raum, dessen wirtschaftliche und soziale Entwicklung im letzten Jahrhundert maßgeblich durch exogene Entscheidungen geprägt wurde. Neben der Grenzlage stellten politische Entscheidungen, wie der Versailler Vertrag, die Konferenz von München und schließlich die Perestroika die wesentlichen Wendepunkte in der geschichtlichen Entwicklung der Region dar. Ein kurzer Blick in die Geschichte der Region soll daher helfen, die Entwicklung der Region zu begreifen und neue Anknüpfungspunkte für ihre Weiterentwicklung zu finden.

## **2. Determinanten der Entwicklung – ein erster Überblick**

### **2.1 Bedeutung der Grenze (von der weitgehend offenen zur geschlossenen Grenze)**

Die Bedeutung der Grenze für die Entwicklung des Raumes war und ist enorm, auch wenn sich die Grenze im Laufe der Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg in ihrer Durchlässigkeit und ihrem Wesen wandelte. Aus der undurchlässigen Grenze der Nachkriegszeit, an der sich zwei gegensätzliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gegenüberstanden, ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetmacht und der Europäischen Integration eine durchlässige, offene Grenze geworden. Als EG/EU-Außengrenze war ihre Wirkung jedoch immer noch drastisch, sah man den europäischen Nachbarn doch eher als unterentwickelt an. Die Integration der Nachbarländer in die EU und die Währungsreform in den Aufnahmeländern sorgte für eine weitere Öffnung der Grenze. Ab diesem Moment erst begann das langsame Zusammenwachsen der beiden Gesellschaften, es bildeten sich transnationale Netzwerke zwischen den staatlichen Institutionen der Nachbarländer und der Wirtschaft. Alte Handelsbeziehungen konnten wieder hergestellt werden und Kooperation im privaten Sektor stellte eine Zukunftschance für die Unternehmen auf beiden Seiten dar. Sprachbarrieren verhindern zwar immer noch den intensiven interpersonellen Kontakt zwischen den Bewohnern der beiden Länder, indes herrschen bereits rege Austauschbeziehungen durch den grenzüberschreitenden Tagestourismus, durch Einkaufsfahrten und auch schon Arbeitsverhältnisse.

Im vormaligen Grenzland, das seit dem Weltkrieg und verstärkt nach 1961, durch den Verlust an Humankapital, Entscheidungsmacht sowie Desinvestition geprägt war, wurde die Grenze zu Thüringen und Sachsen durch die deutsche Wiedervereinigung verwischt und auch zwischen Böhmen und Bayern bestehen vielfältige Verbindungen. Die beiden Gesellschaften stehen heute in Verbindung, Ströme von Gütern, Personen und Ideen werden aus-

getauscht. Trotz allem bestehen die unterschiedlichen Identitäten der beiden Völker weiter.<sup>2</sup> Durch die Integration der östlichen Nachbarländer in die EU fand ein weiterer Schritt der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration statt.

Die Beschäftigung mit dem Begriff Grenze erlaubt es, diesen Entwicklungsprozess noch genauer zu beschreiben. Die Durchlässigkeit der Grenze ist dabei vom Verhältnis der voneinander abgegrenzten Gesellschaften abhängig. Oftmals ist dieses Verhältnis durch folgende Determinanten geprägt:

- Zusammentreffen unterschiedlicher politischer und/oder sozioökonomischer Machtsysteme (formelle Begründung);
- Anspruch geistiger und/oder materieller Überlegenheit von mindestens einem Machtsystem (materielle Begründung);
- hohem Fremdbestimmungsgrad der Teilregion (strukturelle Begründung);

Je stärker diese Merkmale ausgeprägt sind, umso undurchlässiger ist die Grenze. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass diese Determinanten politisch geprägt sind. Es sind nicht die Bewohner des Grenzlandes, von denen dieser Zustand geprägt wird, sondern von den Eliten in den politischen Machtzentren. Restriktionen betreffend die Grenze zeigen daher die hohe Abhängigkeit der Grenzregionen von politischen Machtzentralen. Im Kalten Krieg war die Situation besonders krass: Beide Systeme sahen sich als überlegen an und wollten sich gegeneinander abschotten. Durch die mehr oder minder bestehende Durchlässigkeit der Grenze wird jedoch auch die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Grenzgebietes bestimmt. STRASSOLDO-GRAFENBURG (1974) beschreibt die Wirkung der Grenze auf die Region folgendermaßen:

*„Ihre kulturelle, strukturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist eine Funktion der Durchlässigkeit der Grenze. Eine geschlossene, undurchdringbare Grenze, im streng militärischen Sinn, hat die Tendenz, das Grenzgebiet zu veröden und seine wirtschaftliche, soziale und urbanistische Struktur auf die Erfordernisse der Landesverteidigung abzustimmen. Eine offene Grenze, zwischen zwei miteinander in Verbindung stehenden, kommunizierenden Systemen, wirkt sich dagegen auf das Grenzland völlig konträr aus.“*

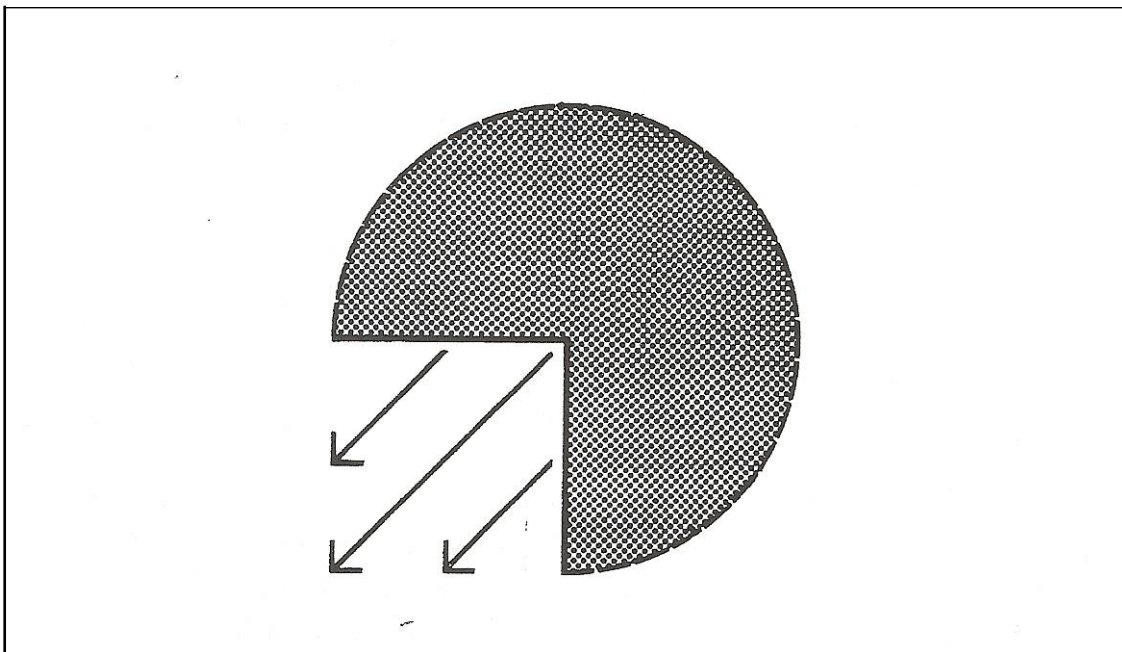
Die Bezeichnung „Randgebiet“ wird diesem Zustand daher in der Zeit von 1945 bis 1989/1991 gerecht. Durch den Abbruch der direkten Kommunikation zwischen der BRD und den östlichen Nachbarländern fand die wirtschaftliche Entwicklung im Wesentlichen nur nach innen statt. Teile von Oberfranken und Oberpfalz wurden zu Randgebieten. Bevölkerungsverluste und Desindustrialisierung waren die Resultate dieser Entwicklung. Durch die Grenze wurden viele Netzwerke, in die sowohl Wirtschaft und Gesellschaft in der Region eingebunden waren, zerrissen. Betrachtet man etwa die Einbindung der regionalen Wirtschaft in die internationalen Beziehungen vor dem Kriege, so wird die Rolle der Grenze messbar. So schnitt sie den Raum von den Quellen der Kohle ab, die aus Böhmen und Oberschlesien stammte, des Kaolins und der Tone für die Porzellanindustrie, die aus Böhmen und Sachsen stammten, den Rohstoffen der Glasindustrie aus Mitteldeutschland, dem Holz aus Böhmen und Thüringen, der Gerste für Mälzereien aus Böhmen, Weiden für die Korbwarenindustrie aus den deutschen Ostgebieten, Zellwolle und Garne aus Sachsen, Lederarten und sonstige Materialien für die Schuhindustrie aus Böhmen und Thüringen,

<sup>2</sup> Eine Abhandlung über die verschiedenen Arten der Grenze und begleitende Prozesse findet sich bei: Strassoldo-Graffenberg, R. Friaul-Julisch Venetien als europäische Außengrenzregion (1974); in: Schriftenreihe des Instituts für Städtebau und Raumordnung: Probleme grenznaher Räume; Innsbruck.

Melasse für die Spiritus- und Hefeindustrie aus Sachsen, bestimmte Papiersorten für die Papierverarbeitungsindustrie aus Sachsen und Thüringen usw<sup>3</sup>.

In ihrer Produktionsrichtung war die Industrie vor dem 2. Weltkrieg ganz auf die Bedürfnisse und die Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung in diesen Gebieten abgestellt. So lieferten z.B. Brauereien bis zu 95% ihrer Erzeugnisse nach Sachsen, Thüringen und Berlin. Ähnliches gilt für die oberfränkische Textilindustrie, die v.a. im Hofer Raum eine strukturbeherrschende Rolle innehatte und noch z.T. bis heute vorhanden ist. Während die Textilrohstoffe v.a. über Bremen und Hamburg bezogen wurden, bestanden intensive Austauschbeziehungen mit Sachsen, insbesondere mit dem Vogtland, hinsichtlich des Zwischenproduktes Garn, wobei sich Bezug und Absatz etwa die Waage hielten. Die im Hofer Raum produzierte Stapelware wurde jenseits der Landesgrenze in der Regel weiterverarbeitet und veredelt, z.B. in der Gardinen- und Spitzenindustrie in Plauen, Falkenstein, Dresden und Leipzig, in den Segeltuch- und Kleiderstoffwebereien in Meerane, in den Möbelstoffwebereien in Chemnitz oder in den Teppichwebereien im Vogtland und in Thüringen.<sup>4</sup> Diese Beziehungen waren durch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nicht mehr vorhanden und konnten auch nach der Öffnung der Grenzen nie vollständig ersetzt werden, somit trugen sie ihren Teil zum Rückgang von Teilen des nordbayerischen Industriebesatzes bei.

**Abb. 1 Die Totwinkellage Nord-Ost-Oberfrankens**



Quelle: HAUSMANN, W. (1975) Welt und Umwelt Schuljahr 6, München

## 2.2 Die Rolle der Heimatvertriebenen (Zuzug und Integration)

Eine weitere Entwicklungsdeterminante nach dem 2. Weltkrieg waren die Ströme der Heimatvertriebenen. Ihre Integration verursachte erhebliche demographische und soziale Um-

<sup>3</sup> Maier, J. (1990) Bedeutung und Auswirkungen von Grenzen zu DDR und CSFR, oder: Wie verändern offene Grenzen einen Raum?; in: Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen und Verhaltensmuster II; Bayreuth 1990; S.14

<sup>4</sup> ders., ebenda S.14



wälzungen in den Aufnahme­regionen. Die Eingliederung dieser Menschen in Bayern hat die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialstruktur regional gesehen jedoch unterschiedlich stark beeinflusst. Dies ist zum einen auf die Verschmelzung zahlenmäßig starker (ca. 2 Mio. Vertriebene wurden allein in Bayern angesiedelt), konfessionell und kulturell höchst verschiedener Bevölkerungsgruppen mit der ansässigen Bevölkerung und zum anderen auf die unterschiedliche Struktur der Aufnahme­räume zum Zeitpunkt der Ankunft der Vertriebenen zurückzuführen.<sup>5</sup>

Zudem musste die Verteilung der Heimatvertriebenen innerhalb Bayerns in den ersten Nachkriegsjahren unter dem Gesichtspunkt der Ersten Hilfe erfolgen. Diese konnte nur auf eine möglichst rasche Unterbringung der Obdachlosen ausgerichtet sein, was jedoch dem Kriterium einer optimalen Verteilung der Arbeitskräfte nach den Ansprüchen eines bestmöglichen Wiederaufbaus der Wirtschaft widersprach. Dieses Verteilungsproblem äußerte sich in Bayern, wie auch der Tendenz nach im gesamten Bundesgebiet, in einer starken Konzentration der Vertriebenen und Flüchtlinge in kleinen Gemeinden und Kleinstgemeinden auf dem Lande und in Fremdenverkehrsgebieten. 74% der Flüchtlinge im Bundesgebiet lebten 1949 in Gemeinden unter 4.000 Einwohnern.<sup>6</sup>

Die beruflichen Qualifikationen, die oftmals in den jeweiligen Aufnahme­regionen nicht vorhanden waren, sorgten in den Jahren nach 1945 zu einer Entwicklung, die man als eine gravierende Veränderung der Arbeitsstätten und der Arbeitskräfte bezeichnen kann und bis in die 50er Jahre reichte. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Zeit war zudem die Neugründung von Industriezweigen in Gebieten, in denen die entsprechenden Branchen bis dahin fremd waren, oder die Wiederbelebung alter Industriezweige, wie etwa der Glasindustrie im Fichtelgebirge. Trotz aller Schwierigkeiten konnten daher bereits Ende 1946 72% der Heimatvertriebenen beruflich eingegliedert werden. Auch wenn die neue Tätigkeit oftmals nicht der Qualifikation der Heimatvertriebenen entsprach, der Norden Bayerns konnte hierbei von seinem hohen Industrialisierungsgrad profitieren. Die agrarisch geprägten Gebiete Bayerns taten sich mit der Integration schwerer, waren doch bei den Vertriebenen, je nach Herkunft<sup>7</sup>, industrielle und handwerkliche Berufe stark vertreten.

Die Situation der Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland bezogen auf die Regionen an der östlichen Außengrenze lässt sich an lokalen Beispielen gut erfassen. In Bad Steben etwa waren die Auswirkungen des verlorenen Krieges immens. Mit dem Zusammenbruch 1945 erlag der Fremdenverkehr fast völlig, denn Heimatvertriebene oder Flüchtlinge mussten zunächst in den Beherbergungsräumen untergebracht werden. Mit der Aufnahme der vielen Heimatvertriebenen verdoppelte sich die Einwohnerzahl des Ortes innerhalb kürzester Zeit und stellte die Gemeinde vor große Probleme. Eine Aufrechterhaltung des Kurbetriebes war für lange Zeit nicht mehr möglich. Die Grenzziehung trug ihr übriges zu dieser Situation bei. Viele Bürger aus Bad Steben verloren mit der Grenzziehung ihren Arbeitsplatz im benachbarten Thüringen und Vogtland. Etwa 70% der Kurgäste, die bis Ende des 2. Weltkrieges hauptsächlich aus Mitteldeutschland kamen, konnten den Kurort nicht mehr besuchen. Trotzdem war die Grenze zur DDR in einigen Aspekten noch durchlässig. Gegenseitige Verwandtenbesuche waren ohne größere Schwierigkeiten und Formalitäten möglich und es fand

---

<sup>5</sup> Maier, J., Tullio, G. (1996) Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, S.5

<sup>6</sup> ders., ebenda, S.21

<sup>7</sup> siehe hierzu: ders., ebenda, S.28ff

ein kultureller und sportlicher Austausch über die Grenzen hinweg statt. Erst ab dem Bau der Mauer 1961 kamen diese Kontakte vollständig zum Erliegen.<sup>8</sup>

In den 50er Jahren konnten aufgrund der noch durchlässigen Grenzen stetig Flüchtlinge integriert werden. 1961 stoppte der „Mauerbau“ zwischen den beiden deutschen Staaten sowie die Befestigung der Grenze zur CSFR auch diesen Prozess. Da viele Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach einem Zwischenstopp in den grenznahen Räumen in die Ballungsräume abwanderten, gingen die Einwohnerzahlen in den grenznahen Räumen langsam zurück. Verstärkt wurden die anfänglichen Tendenzen durch die Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels.

### **2.3 Wandel der Werte- und Wirtschaftsstruktur in Deutschland und im Grenzraum**

Diese Entwicklung blieb nicht auf den Untersuchungsraum beschränkt. Der ländliche Raum, traditionell als Reservoir für Arbeitskraft, Ideenschöpfung und Entwicklungsmöglichkeiten angesehen, als Quelle der Städte und Ballungszentren entfuhr in den 60er/70er Jahren eine Abwertung durch den gesellschaftlichen Wertewandel. Während der 1970er Jahre, noch ganz unter dem Eindruck der sozialen Veränderungen Ende der 60er Jahre, den studentischen Forderungen im akademischen Bereich und neuen Verhaltensweisen im Familien- und Berufsleben, die Lebensvorstellungen überaus eng mit urbaner Orientierung verbanden, wurden die ländlichen Räume ins Abseits gedrängt. Das Image der ländlichen Räume war negativer denn je, die Landwirtschaft konnte sich trotz des enormen Strukturwandels in den 1960er Jahren nicht stabilisieren, das Handwerk verlor im gleichen Maße den beruflichen Nachwuchs, wie die Zahl der Abiturienten durch die Bildungsoffensiven zunahm. Da es im ländlichen Raum für diese Art der Qualifikation kaum Arbeitsplätze gab, war das Ergebnis ein beträchtlicher Abwanderungsprozess in die großen Städte und Verdichtungsräume.<sup>9</sup>

Neben einem weiteren Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft sorgte der regionale Strukturwandel dafür, dass auch im produktiven Sektor Arbeitsplätze verloren gingen. Die grenznahen Teile Oberfrankens und der Oberpfalz wurden zu sog. altindustrialisierten Räumen. So stellte 1950 die Herstellung von Textilien mit rund 31% sowie Glasgewerbe und die Herstellung von Keramik mit 24% aller Beschäftigten die regionalen Schlüsselbranchen dar. Heute stellen der Maschinenbau (23%) und die Produktion von Kunststoffen (14%) die wichtigsten regionalen Wirtschaftssektoren dar.<sup>10</sup> Der Rückgang der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe konnte jedoch nicht durch neu entstehende Berufe im Bereich der Dienstleistungen völlig ersetzt werden. Der Abbruch der unternehmerischen Netzwerke nach Osten hin, zum einen durch die Grenze, zum anderen jedoch auch durch die Verstaatlichungen der Industrie in der DDR und CSFR bedingt, und die Lage an der Grenze zum abgeriegelten Ostblock, was den Raum unattraktiv für neue Direktinvestitionen machte, sorgte dafür, dass sich die regionale Wirtschaft nur schwer an die neuen Rahmenbedingungen anpassen konnte.

---

<sup>8</sup> Brandl, H. (1990) Leben und kommunalpolitische Probleme einer Gemeinde an der Grenze, S.59f; in: Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen und Verhaltensweisen II; Bayreuth 1990

<sup>9</sup> Maier, J. (1998) Bayern; Gotha und Stuttgart 1998; S. 41

<sup>10</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenerhebung

## 2.4 Regionalpolitik und ihr Einfluss

Bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg zeigten sich Grundelemente regionaler Entwicklungspfade, gelang es doch vielen Unternehmen, unterstützt durch die regionalen Institutionen bzw. Persönlichkeiten, sich an die neue Situation anzupassen. Hierbei sei nur auf die Rolle der IHK in Bayreuth und ihr Wirken beim Zustandekommen der bundesweiten Zonenrandförderung hingewiesen. Diese Netzwerkarchitektur hat sich immer wieder als schlagkräftiges Instrument erwiesen, wenn auch manchmal im Laufe der Zeit zu einer auf öffentliche Mittel schielenden Grenzlandmentalität ableitend.

In den 70er Jahren war auch lange Zeit noch ein regionales Strukturelement vorhanden, das inzwischen völlig anders zu bewerten ist, nämlich trotz Textilkrisen 1957/58 und 1975/76 war ein deutlicher Überhang industrieller Aktivität im östlichen Oberfranken gegenüber dem Westen vorhanden. Dabei trugen schon in dieser Zeit Entwicklungen und räumliche Ausbreitungsprozesse in der Elektroindustrie und der chemischen Industrie zur Auflockerung bei. Prägend für diese Zeit war eine klassische, ökonomisch orientierte Regionalpolitik. Aufbauend auf dem Exportbasis-Ansatz, also der hohen Bewertung von Leistungen einer Region über ihre Regionsgrenzen hinaus, hat das klassische Erklärungsmodell regionaler Entwicklung die Möglichkeit gesehen oder sieht sie noch, mit überwiegend finanziellen Mitteln die Triebkräfte regionaler Wirtschaft, d.h. insbesondere Industrieunternehmen zur Investitionsfähigkeit bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen anzureizen. Diese Konzeption besitzt eine formale Klarheit, baut auf einer logischen Geschlossenheit auf, verfügt jedoch über problematische Grundannahmen, etwa den homo oeconomicus und die vollständige Information der Marktteilnehmer. Dabei wird vor allem das spezifische Wissen (tacit knowledge) einer Region ebenso übersehen wie unterschiedliche Qualifikationen, Erfahrungen und Mentalitäten der verschiedenen sozialen Gruppen.

Ende der 1970er Jahre begann, durch Erfahrungen im Bereich der Entwicklungspolitik, die Erkenntnis über das immer häufigere Versagen der klassischen Wirtschaftspolitik und das Aufkommen endogener Entwicklungsstrategien, insbesondere in Österreich und in der Schweiz forciert, Platz zu greifen. Ein Prozess des Umdenkens lief an. Ohne Zweifel trug hierzu wiederum die Bildungspolitik bei, die durch Hochschulgründungen in den ländlichen Räumen diese stärkte. Trotz aller Euphorie bleibt darauf hinzuweisen, dass die neue Regionalpolitik Gewinner und Verlierer kannte. So waren es v.a. die neuen Hochschulstädte, Bayreuth, Weiden und Hof, die sich im Untersuchungsgebiet in den folgenden Jahren positiv entwickelten, in weiten Teilen des Grenzraumes konnte jedoch höchstens eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau erreicht werden. Der erwartete Effekt einer Neubelebung der regionalen Wirtschaft durch Existenzgründungen aus den Universitäten blieb weitgehend aus. Vielmehr verließen die Absolventen den Raum, um angemessene Arbeit zu finden.

Ausgehend vom Ansatz des endogenen Potentials gelangen zunehmend psychologische Faktoren der Gruppenbildung in Gestalt der kreativen Milieus in den Fokus der Wissenschaft. Mit Einflussgrößen wie Kreativität, Innovationsfähigkeit und Flexibilität der Menschen, Unternehmen und Institutionen einer Region wird damit die Basis für eine „lernende Region“ gelegt.

Information und Aufklärung über die ländlichen Räume anstelle der bis dahin bevorzugten staatlichen Subventionspolitik zeigten eigene regionalspezifische Wege und Chancen auf, was im Laufe der 1980er Jahre zu einem neuen Regionalbewusstsein und einer Erstarkung regionaler Identität geführt hat. Allerdings wurden in den Jahren 1983 und 1984 diese Ent-

wicklungen durch die konjunkturelle Abschwächung gebremst und in verschiedenen Branchen, insbesondere der Textilindustrie, zeigten sich weitere strukturelle Probleme, die zu einer im bayerischen Vergleich unterdurchschnittlichen Entwicklung in manchen Teilen Bayerns, so auch in Oberfranken und der Oberpfalz führten.<sup>11</sup> Der Anschluss der regionalen Unternehmen an die Bedürfnisse des zunehmend internationaler werdenden Wettbewerbs und neue Kundenbedürfnisse verzögerte sich.

Die Zukunft der Regionalpolitik derzeit ist ungewiss. Es scheint zumindest, dass sich der Staat aus der Förderung peripherer ländlicher Räume zumindest teilweise zurückzieht. Jüngste Überlegungen im Rahmen bundespolitischer Sparmaßnahmen beinhalten eine Streichung einer Reihe von Förderungen aus der GRW im Grenzland.

## **2.5 Skizze der aktuellen Situation – grenzverwischender Brückenraum oder Peripheraum mitten in Europa?**

Ohne Zweifel ergaben sich mit der Öffnung der Grenzen 1989 - 1990 im Zuge der Perestroika bzw. der deutschen Wiedervereinigung neue Impulse für die Grenzregion. Vor allem die Nachbarschaft zu Thüringen und Sachsen war, im Gegensatz zur CSFR aufgrund der nicht vorhandenen Sprachbarriere ein wichtiger Impulsfaktor für den Raum. Der große Nachholbedarf in den neuen Bundesländern, verbunden zunächst mit dem sog. Begrüßungsgeld, den neuen, lange erwünschten Produkten und Dienstleistungen und das andererseits noch nicht vorhandene Angebot bescherte der Wirtschaft des Grenzlandes einen ungewöhnlichen Auftrieb, vor allem im Handel, jedoch auch in der Industrie und den Dienstleistungen. Vom PKW-Verkehr überquellende Innenstädte bis hin zu regionalen Einzugsgebieten in großen Distanzen, bis Leipzig und Chemnitz, waren die Regel. So grundsätzlich diese politische Entscheidung war, die damit verbundene Phase des Aufschwungs, die im Grenzland im bayerischen Vergleich überwiegend zu überdurchschnittlichen Wachstumsphasen führte, ist zeitlich bis Mitte bzw. Ende 1992, abgeschwächt noch in den Jahren 1993 und 1994 zu begrenzen. Die Bemühungen um ein entsprechendes Angebot in den neuen Bundesländern, forciert durch die großen Discounter und Handelsketten aus dem Westen, dem Nachlassen des Neuigkeitseffekts bei der Bevölkerung in den neuen Bundesländern bzw. die nur bescheidenen Einkommenssteigerungen in Böhmen sowie die nicht unbeträchtlichen Verlagerungen von Produktionen in Gestalt einer überwiegenden Lohnfertigung der Industrie aus dem Grenzland (durchschnittlich 30 bis 40% der Betriebe engagierten sich dabei), reduzierten die außergewöhnliche Entwicklung.<sup>12</sup>

Nach den langen Jahrzehnten geschlossener Grenzen war es für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik im Grenzraum nun ein wichtiger Prozess der Bewusstseinsbildung, eine neue Einstellung zur offenen Grenze zu finden. Die aus der Sicht der Unternehmen notwendige Aktivität etwa in Böhmen sowie die lohngünstigen Anbieter von jenseits der Grenze erforderten ebenso neue Wettbewerbsstrategien wie die sich anbietenden Chancen etwa der A93 und ihrer Verbindung in das wirtschaftlich sehr aktive Sachsen. Ungünstige Auswirkungen auf die Beschäftigten- bzw. Arbeitsmarktlage durch notwendige Rationalisierungen in den Betrieben, Betriebsstilllegungen aufgrund nicht mehr gegebener Wettbewerbschancen bis hin zu schon lange schwelenden Strukturproblemen in manchen Branchen erbrachten zu-

<sup>11</sup> Maier, J. (1998) Bayern; Gotha und Stuttgart 1998; S. 222

<sup>12</sup> ders.; ebenda S. 223

nehmende Probleme, in manchen Teilregionen sogar ernste Krisen; Gemeinden wie Arzberg in Oberfranken oder im Raum Eslarn-Oberviechtach in der Oberpfalz seien hier nur beispielhaft genannt. Die Folgen waren ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, wobei neben den bislang eher typischen Gruppen nun zunehmend auch Angestellte und junge Arbeitskräfte betroffen waren.

Was die Lage betrifft, so stellt der Untersuchungsraum eine Besonderheit dar. Sowohl die räumliche Nähe zur ehemaligen DDR und zu Mittel- und Osteuropa beeinflusste die Entwicklung in der Region durch Grenzziehung und –öffnung, sowie die spätere EU-Osterweiterung im Jahr 2004 enorm. Der Untersuchungsraum kann dabei als ein sehr vielfältiger Raum definiert werden, nicht nur was die naturräumlichen Gegebenheiten, sondern auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen betrifft. Eben diese Vielfalt trägt entscheidend dazu bei, dass sich die Teilräume sehr unterschiedlich entwickeln und somit oft eine regionale Differenzierung bei verschiedenen Betrachtungen unabdingbar ist.

Betrachtet man beispielsweise die Entwicklung der Bevölkerungszahlen, so wurde in den bisherigen Ausführungen bereits dargestellt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer positiven Entwicklung der Einwohnerzahlen in fast allen Teilen Oberfrankens führte. Ab 1995 relativierten sich diese Zahlen jedoch wieder, wobei bis zum Jahr 2007 v.a. auch die Auswirkungen der Suburbanisierung deutlich wurden. Hohe Bevölkerungsverluste mussten hingegen die Grenzgebiete zu den Neuen Bundesländern und zur Tschechischen Republik hinnehmen. Alle anderen Landkreise verzeichneten nur leichte Bevölkerungsverluste bzw. konnten ihre Einwohnerzahlen relativ konstant halten (vgl. Karte 1).

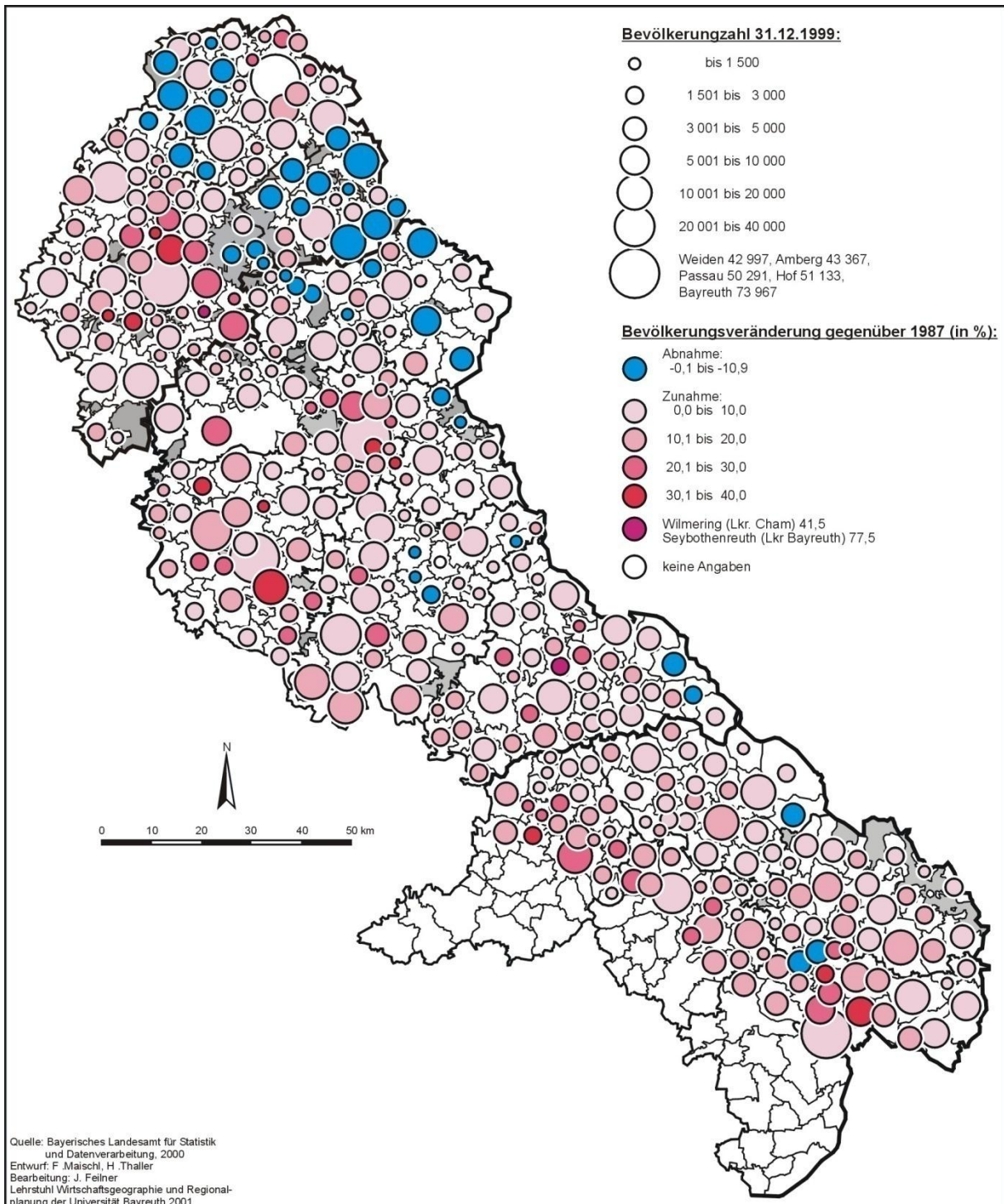
Bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung ist im Untersuchungsraum gerade in den letzten Jahren ein deutlicher Strukturwandel zu erkennen. Im Jahr 1990 entfiel noch der Großteil der Beschäftigten auf das Produzierende Gewerbe. V.a. in den Landkreisen war der Beschäftigungsgrad in diesem Bereich sehr hoch, während in den kreisfreien Städten die Dienstleistungen eine höhere Bedeutung aufwiesen. Mitte der 1990er Jahre war dann ein Rückgang der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe deutlich erkennbar, während der Handel und die Dienstleistungen diesen Effekt kaum auffangen konnten (vgl. Karte 2).

Mit dem europäischen Einigungsprozess geht gleichzeitig eine Abschwächung der Bedeutung der Nationalstaaten einher und es bilden sich regionale Institutionen, die den direkten Kontakt zum Nachbarn suchen. Nach WERLEN<sup>13</sup> stellen Nationalstaaten territoriumsgebundene Sozialgebilde dar, die den Ausdruck einer speziellen raum-zeitlichen Matrix der Gesellschaftsorganisation darstellen. Die Rahmenbedingungen für diese Ordnungsstrukturen verändern sich jedoch stetig. So stellt die heutige EU das Resultat eines bereits in den 50er Jahren beginnenden Prozesses dar, der durch eine zunehmende subsidiäre Übertragung von Kompetenzen an supranationale Ebenen gekennzeichnet ist. Das Resultat sind die internationalen, großregionalen Zusammenschlüsse, die sich vor allem als Wirtschafts- oder Militärbündnisse etablieren konnten. Im selben Maße wie die Nationalstaaten in diesem Prozess an Bedeutung verloren, nahm die Bedeutung nachgeordneter Ebenen wie etwa Regionen oder Kommunen zu. Die Euroregion „Euregio Egrensis“ ist ein Beispiel für eine solche Institution, die die Schaffung einer transnationalen Identität in der Grenzregion anstrebt.

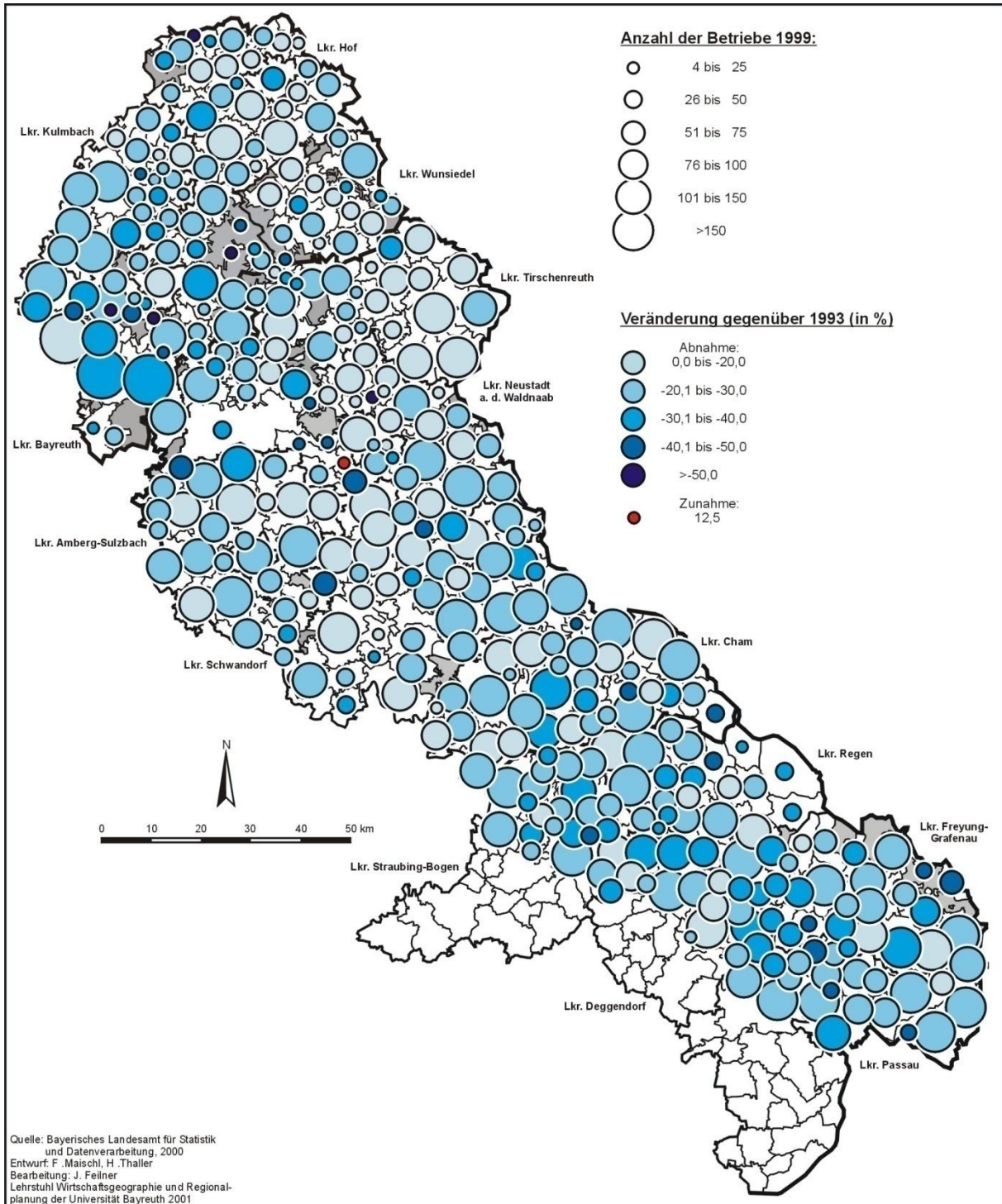
---

<sup>13</sup> Werlen, B. (1997) Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Band 2 , Globalisierung, Region und Regionalisierung; Stuttgart 1997, S.333

### Karte 1 Veränderung der Bevölkerungszahlen zwischen 1987 und 1999



**Karte 2 Veränderung der Beschäftigtenzahlen zwischen 1993 und 1999**



## II. Grundlagen wissenschaftlicher Analysen in Grenzraum

### 1. Wirtschaftsgeographische Grenzraumforschung

#### 1.1 Globale und überregionale Faktoren

Die Situation der Region kann also nicht getrennt von globalen und überregionalen Faktoren gesehen werden. So ist die politische Situation im Grenzraum immer in die internationalen politischen Verhältnisse eingebettet. Historische Einschnitte, wie etwa die Kommunistische Machtübernahme in der CSSR, der Mauerbau der DDR oder die Kubakrise wirkten sich direkt auf die Durchlässigkeit der Grenze und auf die grenzüberschreitenden Beziehungen in der Grenzregion aus. Vor allem durch die West-Integration der BRD wurde der Untersuchungsraum zum Peripherraum, was sich nachhaltig auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung auswirkte.

#### 1.2 Einordnung der Thematik in das Forschungsprogramm der Geographie

Eine eindeutige Zuordnung der Fragestellung zu einer bestimmten Richtung der breit gefächerten geographischen Forschung erscheint schwer möglich. Tab.1 mit einer Übersicht aus ausgewählten ‚Paradigmen‘ geographischer Forschung zeigt das breite Spektrum der wissenschaftlichen Denkmuster in dieser Disziplin.

Die neueren Ansätze basieren bereits seit Anfang der 70er Jahre meist auf dem sog. ‚verhaltenswissenschaftlichen Paradigma‘, das aus den USA kommend eine Gegenreaktion zum ‚Spatial Approach‘ darstellt. Kritisiert wird an den früheren Arbeiten insbesondere die mangelnde Berücksichtigung des menschlichen Einzelindividuums und seiner subjektiven Wahrnehmung bzw. Bewertung der Realität. Es interessieren nun nicht mehr nur die objektivierbaren Raumstrukturen, die etwa durch Distanz-Abnahmefunktionen oder Landrentenfunktionen darstellbar sind, sondern vielmehr die subjektiven oder gruppenspezifischen mentalen Konstrukte der Raumwahrnehmung und Raumbewertung.

**Tab. 1 Ausgewählte Paradigmen geographischer Forschung im Zusammenhang mit Disparitätenforschung**

<b>Geographische Schule</b>	<b>Kurcharakteristik</b>	<b>Paradigma</b>
<b>Raumstrukturforschung</b>	Traditionaler Ansatz, der auf materielle Strukturen (z.B. Landnutzungssysteme) konzentriert ist und v.a. auf Verfahren der analytischen Statistik zurückgreift.	Raumwissenschaftliches Paradigma/ Quantitative Geographie
<b>Raumwissenschaftliche Geographie</b>	Neopositivistisch orientierter quantitativer Ansatz, der nach spezifischen „Raumgesetzmäßigkeiten“ sucht.	Raumwissenschaftliches Paradigma/ Quantitative Geographie
<b>Welfare Geography</b>	Betonung der sozialen Relevanz geographischer Forschung, emanzipatorisch orientiert, wichtiges Thema: regionale Disparitäten.	Raumwissenschaftliches Paradigma mit eindeutig normativem Charakter



<b>Radical Geography</b>	Analyse von Macht- und Herrschaftsstrukturen, Produktionsverhältnissen und räumlichen Zugangsbeschränkungen.	Humanistische Geographie/ Übergang zum Verhaltenswissenschaftliches Paradigma
<b>Verhaltensgeographie</b>	Räumliches Verhalten als Reaktion auf subjektive und gruppenspezifische Raumvorstellungen, Erfassung von „Mental Maps“.	Humanistische Geographie/ Verhaltenswissenschaftliches Paradigma
<b>Neue Regionale Geographie</b>	Neuinterpretation des Regionsbegriffs, gestützt auf Strukturations- und Regulationstheorie etc.	Humanistische Geographie/ Verhaltenswissenschaftliches Paradigma
<b>Handlungstheoretische Geographie</b>	Konzentration auf humanteleologische Erklärungsmodelle; Landnutzungssysteme und materielle Raumstrukturen werden als Folgen von Handlungen dargestellt.	Humanistische Geographie/ Handlungstheoretisches Paradigma
<b>Neue Ansätze der Politischen Geographie</b>	Reaktion auf die „new social and political organization of space“; Fragen um Macht und Raum; Verteilung und Verfügbarkeit räumlich lokalisierter Ressourcen.	

Quelle: Annreiter, G. / P. Weichhart (1993) Rivalisierende Paradigmen im Fach Geographie. In: Koexistenz rivalisierender Paradigmen. Pilotstudie zum Projektantrag der interfakultären Schwerpunktgruppe „Wissenschaftsforschung“ an der Universität Salzburg. Salzburg, S.48-82, leicht verändert durch die Autoren

Lebensweltliche Probleme und Sinnfragen rücken in den Fokus der geographischen Forschung, wobei weniger abstrakte Konstrukte der Wissenschaft als vielmehr die lebensweltlichen Kategorien des alltäglichen Denkens und Handelns auch die Forschungsmethoden beeinflussten und in der Forschungspraxis qualitative und quantitative Modelle in Konkurrenz zueinander traten. Mit der „Neuen Regionalen Geographie“, die auf der Basis der Strukturations- und Regulationstheorie von A. GIDDENS (1984) Regionen als soziale und ökonomische Beziehungsmuster definiert, vollzog sich eine Neuinterpretation des alten Regionskonzeptes. Auch beeinflusst durch die von M. AGLIETTA (1976) geprägte Regulationstheorie, die allgemeine und globale Prozesse der ‚postfordistischen‘ Weltwirtschaft in ihren Auswirkungen auf singuläre regionale Strukturen betrachtet, wird nun die Entstehung und Ausdifferenzierung von Regionen – und damit auch regionalen Disparitäten – nicht nur als Ergebnis von individuellen Lagespezifika und Besonderheiten gesehen, sondern als Auswirkung allgemeiner und globaler Prinzipien wie der Arbeitsorganisation, des vorherrschenden Akkumulationsregimes und den Regulationsmechanismen des Wirtschaftsprozesses.

Weiterhin kann hier das „handlungstheoretische Paradigma“, entstanden aus einer disziplinübergreifenden Orientierung der Soziologie und der Psychologie erwähnt werden, das durch B. WEHRLIN (1987) das Fach geprägt hat. Explizit als Kontrastprogramm zu einem raumwissenschaftlichen Verständnis des Faches aufgebaut, richtet sich dieser Ansatz gegen die bis-

herigen verhaltenswissenschaftlichen Ansätze, die das Verhalten des Menschen als ‚Automatismen‘ konzipieren. Handlungstheoretische Überlegungen gehen dagegen von subjektiven und gruppenspezifischen Sinn- und Zielsetzungen aus, die es den menschlichen Akteuren erlauben, sich nicht nur zu ‚verhalten‘, sondern bewusst und zielorientiert zu ‚handeln‘. Ausdrücklich wird der Zusammenhang von Gesellschaftssystemen und außersubjektiven soziokulturellen Bedingungsfeldern als Ausgangspunkt menschlichen Tuns thematisiert. Dieser Ansatz folgt somit einem soziologischen Theoriekern.

Diese kurze Übersicht, die keineswegs umfassend ist, zeigt bereits die Paradigmenvielfalt im Fach Geographie und belegt nicht zuletzt auch die schwierige eindeutige Zuordnung der hier vorliegenden Thematik zu einer ‚Geographischen Schule‘. Die Gründe für diese Vielfalt liegen einerseits in der Ansiedlung im Grenzbereich zwischen Natur- und Sozialwissenschaften, was nicht selten zusätzliche methodische und konzeptionelle Probleme bereitet.

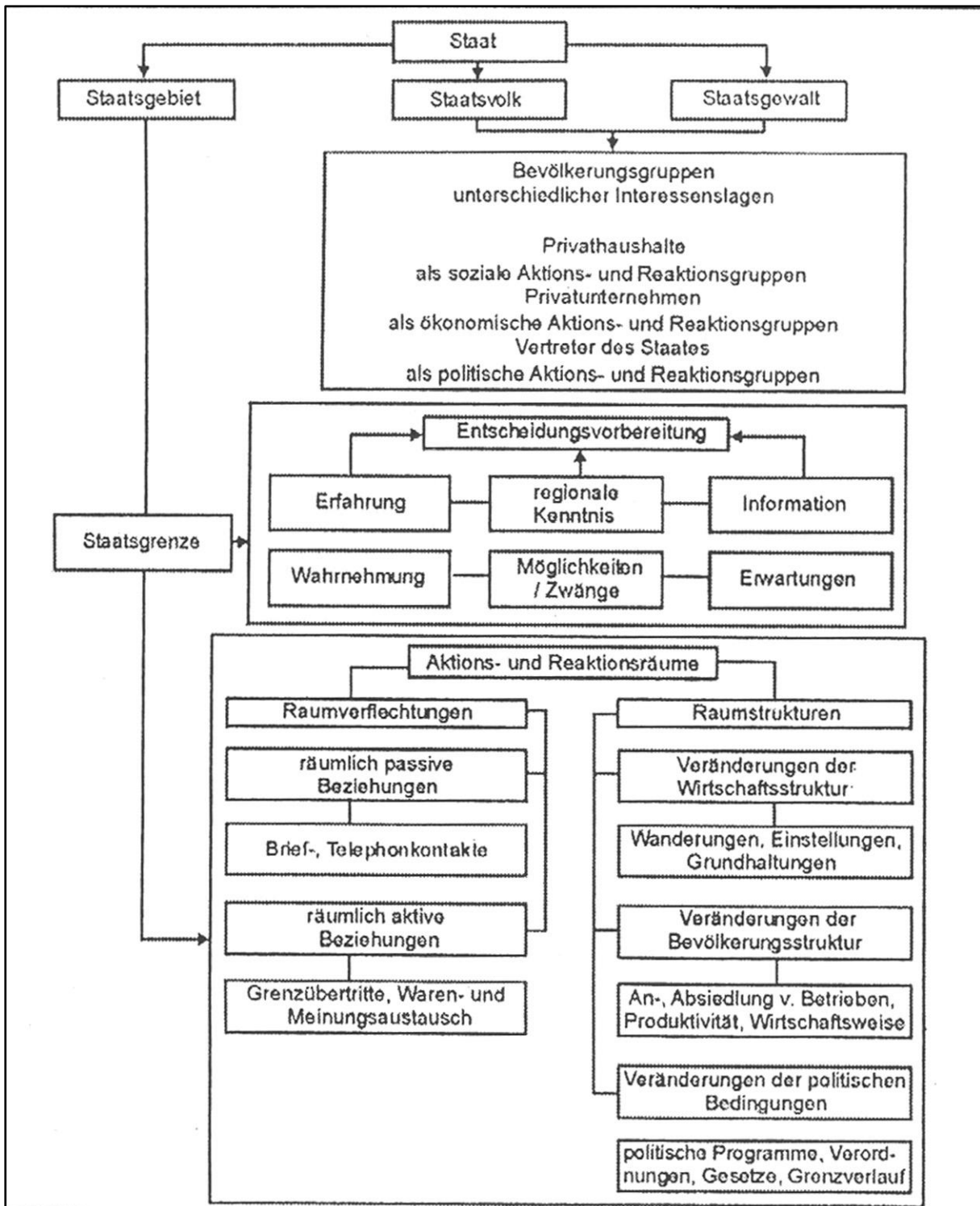
Dazu kann man festhalten, dass in der Geographie die Beschäftigung mit Staatsgrenzen als Bestandteil der Politischen Geographie bereits eine lange Tradition hat. Mit der zunehmenden Orientierung der Sozialgeographie an gruppenspezifischem räumlichen Verhalten entstanden dann in den 70er Jahren zahlreiche Studien, die auf die Differenzierung sozialräumlicher und politischer Grenzen abhoben und auch wirtschaftsräumliche Beziehungen und funktionale Verflechtungsmuster bis hin zu aktionsräumlichen Aspekten behandelten.

### **1.3 Geographische Grenzraumforschung**

Entsprechend der weiteren Entwicklung der Geographie als Disziplin wurde das Thema Grenze verstärkt Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre auch mit verhaltens- und entscheidungstheoretischen sowie wahrnehmungsgeographischen Ansätzen angegangen. Mitte der 90er Jahre richtete sich mit der konsequenten Aufarbeitung der handlungsorientierten Perspektive der Blick auf die soziale Konstruktion von Wirklichkeit. So sehr die Beschreibung von Befindlichkeiten und Vorurteilen wichtig ist im Sinne grenzüberschreitender Wahrnehmungsmuster, sie kann nur ein erster Schritt für die Integration von Grenzräumen bis hin zur Bildung von grenzüberschreitender Regionen als politisch-administrative Organisationsform sein. Für die aktuelle Diskussion an der bayerisch-böhmischen Grenze ist jedoch gerade die Hinterfragung dieser Vorurteile bzw. eine Strategie der Information bzw. Aufklärung in Richtung Abbau der Vorurteile von hohem politischem Rang. Eine angewandte, planungsorientierte wirtschaftsgeographische Grenzraumforschung betrachtet die Grenze v.a. unter folgenden Fragestellungen:

- Funktionsräumliche Arbeitsteilung,
- Lösung regionalspezifischer Problemlagen,
- Regionalsynergetische Effekte der Zusammenarbeit in immer mehr Handlungsfeldern,
- Bedeutungszuwachs regionaler netzwerkorientierter Gemeinschaftsaufgaben,
- raumordnungspolitische Abstimmungen,
- Bildung einer gemeinsamen Identität.

Abb. 2 Die Staatsgrenze als Untersuchungsobjekt aus aktionsräumlicher Sicht



Quelle: J. Maier und Arbeitsgruppe „Grenze“, Bayreuth 1981

Aufgrund der hohen Komplexität der Thematik lässt sie sich keiner wissenschaftlichen Disziplin alleine zuordnen. Daher erscheint es sinnvoller, die wissenschaftliche Einordnung problemorientiert anhand der Themenfelder quer zu den Disziplinen vorzunehmen. Dabei lassen sich folgende Themenfelder ausmachen:

- Netzwerkorientierte wirtschaftsgeographische Arbeiten und die Perspektive der grenzüberschreitenden Regionalintegration,
- Arbeiten zu grenzüberschreitenden Beziehungen und die Perspektive der grenzüberschreitenden Regionalintegration,
- Arbeiten zum Regionalismus und die Perspektive der grenzüberschreitenden Regionalintegration,
- Arbeiten zur grenzüberschreitenden Regionalentwicklung und die Perspektive der grenzüberschreitenden Regionalintegration und
- Arbeiten über Regionalgeschichte und die Perspektive der grenzüberschreitenden Regionalintegration.

## 2. Fragestellung und Aufbau der Untersuchung

Die vorliegende Studie stellt insgesamt einen Beitrag zur geographischen Regionalgeschichte dar. In einem zusammenwachsenden Europa stellen gerade regionale Unterschiede sowie unterschiedliche Prozesshaftigkeit der Entwicklungen wichtige Identifikationsmöglichkeiten dar. Anstelle der nachlassenden Identitätsstiftung durch den Nationalstaat erfolgt daher ein Blick auf tieferliegende, „bürgernähere“ Konzepte der Identität, gestiftet aus der Lebensumwelt der Einwohnern, der Region. Auf diese Weise gelangen Begriffe wie „Heimat“ wieder in den Fokus der wissenschaftlichen Betrachtung. Die Geographie als eine Forschungsdisziplin, die schon immer den Schulterschluss zu anderen Fächern, wie etwa den Wirtschaftswissenschaften oder der Soziologie, suchte und als „trading zone“ unterschiedlichster sozialwissenschaftlicher Forschungsrichtungen gilt, ist für dieses Unterfangen bestens geeignet.

Die politische Integration zwischen den, bis 1989 beiden deutschen Staaten und der CSSR bzw. zwischen der heutigen Bundesrepublik und der Tschechischen Republik ist im Verhältnis zu den Interdependenzen und den grenzüberschreitenden Regelungsbedarfen erst in geringem Umfang fortgeschritten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird nach wie vor weitgehend von den staatlichen Handlungsmaßnahmen der souveränen Nationalstaaten mit jeweils eigenen politisch-administrativen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kennzeichen und Identitäten bestimmt. Übereinstimmend zeigt die Literatur, dass deshalb auch die Staatsgrenzen als politische Trennlinie zwischen den nationalen Systemen und damit auch den Geltungsbereichen der jeweiligen nationalen Eigenschaften trotz aller Harmonisierungsbemühungen ihren trennenden Charakter bisher beibehalten haben.<sup>14</sup>

Das trennende Element war immerhin über 40 Jahre das Kennzeichen der Grenze zwischen Bayern und der Tschechoslowakei. Während in früheren Zeiten die Grenze eher ein Grenzraum mit vielfältigen Übergangsvarianten war, in anderen Sprachen wie z.B. der englischen (border) die Betonung ebenfalls auf Veränderung abzielte, ist der aus dem Slawischen übernommene Begriff der Grenze („granica“) weit absoluter und endgültiger. Durch den „Eisernen Vorhang“ und die sich daraus ergebenden Hindernisse wurden auch die Beziehungen, soweit durch die Vertreibung der Sudetendeutschen überhaupt vorhanden, in den bayerisch-tschechischen Grenzregionen unterbrochen. Nach der Grenzöffnung 1989/90 wurden damit neue Chancen für die Bevölkerung, für Wirtschaft und Kommunen aber auch teilweise neue Probleme geschaffen. Nach jahrzehntelanger Randlage wurde die Grenze zunächst zur neuen EU-Außengrenze, und durch die Osterweiterung der EU wurde sie ab 2004 zu einer

---

<sup>14</sup> Birk, F. (2000) Identitätsraummanagement in grenzüberschreitenden Regionen, Bayreuth 2000

Binnengrenze sowie – durch Internationalisierung und Globalisierung forciert – als Grenze eher verwischt.

Die Beziehungen, bei Wirtschaft und Bevölkerung zunächst euphorisch begrüßt, denkt man nur daran, dass jeder zweite Industriebetrieb in Oberfranken und der Oberpfalz geschäftliche Beziehungen zu Betrieben in der Tschechischen Republik in den Jahren 1990 bis 1993 unterhielt, haben sich inzwischen normalisiert. Die Bevölkerung fährt zu Erholungszwecken von Bayern in das nahe Westböhmen, von dort gehen zahlreiche Konsumenten zum Einkaufen in die Städte und Gemeinden im Grenzbereich Bayerns, und die Wirtschaft hat sich, soweit sie nur lohnkostenorientiert plante, inzwischen teilweise aus Böhmen zurückgezogen und neue Partnerschaften in Nordafrika und Asien geschlossen.

Um jedoch nicht zu allgemein in der Aussage zu bleiben, sondern im Sinne der modernen Wirtschaftsgeographie Entwicklungslinien bzw. Entwicklungspfade aufzuzeigen, den Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen seit 1945 zu beleuchten und am Beispiel ausgewählter Teilräume, Themen und über biographische Ansätze den Wandel von Unternehmensstrukturen herauszuarbeiten, soll in diesem Teilprojekt dies am Beispiel des östlichen Oberfranken und der Nördlichen Oberpfalz diskutiert werden.

Ziel dieser Arbeit ist daher die historisch-geographische Analyse sozioökonomischer Prozesse und deren Determinanten in den Zeitspannen von 1945-1960 bzw. 1960 – 1970, 1970-1989/90, 1991-2003 und 2003 – 2009 zu erfassen und darzustellen.

Thematisch werden dabei folgende Wirtschafts- und Sozialbereiche diskutiert:

- Bevölkerung und Mentalität,
- Erwerbspersonen und Pendlertätigkeit,
- Landwirtschaft und traditionelle Verbundenheit,
- Industrie, Handwerk und Handel sowie Tourismus.

Als Fixpunkt wurden die Jahre 1960 als erster Zeitpunkt der Vollbeschäftigung in der damaligen BRD bzw. erste Anzeichen einer Krise gewählt, der Zeitraum der 70er Jahre als erste Zeit gravierenden sozialen Wandels bzw. die 80er Jahre mit dem Aufkommen ökologischen Bewusstseins und der politischen Wende bzw. der Errichtung einer neuen BRD. Die danach folgenden Jahre einer Sonderkonjunktur gerade im bayerischen Grenzraum und die Normalisierung bis zur Jahrtausendwende erfuh mit der Osterweiterung der EU einen besonderen Ausdruck von Internationalität und Globalisierung.

### **3. Methodik**

Dies erfolgt anhand der Analyse von Entwicklungslinien und –pfaden an Beispielen ausgewählter Teilräume, Standorten und Branchen im östlichen Oberfranken und der Nördlichen Oberpfalz. Ziel ist es, die spezifischen Entwicklungen auf regionaler und lokaler Ebene herauszuarbeiten. Anstatt der Reduzierung des Gesamttraumes auf den Begriff Grenzregion soll das Bild eines heterogenen Raumes gezeichnet werden. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung stellt in diesem Zusammenhang kein Ergebnis der Distanz zwischen Grenze und Zentrum dar, sondern sind eingebettet in historische und sozioökonomische Prozesse, die selbst regional gesehen sehr unterschiedlich sind und waren. Der trennende Charakter von Staatsgrenzen wirkt sich nicht überall gleich aus. Aufgrund der geringen

räumlichen Distanz zur Grenze ergibt sich im Vergleich zum Binnenland auch eine stärkere Begrenzung der Aktionsräume und –möglichkeiten.

Durch unternehmensbiographische Analysen als Dokumentation für den Wandel unternehmerischer Sichtweisen soll dazu auch die Akteurssicht in die Betrachtung integriert werden. Diese Methode erlaubt es noch einmal die vielfältigen Entwicklungsprozesse, die oftmals durch persönlich Werte und Einstellungen geprägt waren, nachzuvollziehen. Grundlage der Unternehmensbiografien sind Leitfaden-Interviews mit wichtigen Vertretern betroffener Unternehmen. Durch die offene Fragestellung sollen neben quantitativen Fakten auch Einstellungen und Wertvorstellungen deutlich gemacht werden.

Am Beispiel grenzüberschreitenden Shopping sowie der Zunahme grenzüberschreitender Verhaltensmuster im Tourismus bzw. in der Naherholung wird auf neueste Strukturmuster eingegangen. Nach der Ausbreitung von grenzübergreifenden Unternehmensnetzwerken und vereinzelter gemeinsamer Aktivitäten des öffentlichen Sektors sollen so neue Entwicklung auf Seiten der Verbraucher aufgezeigt werden. Vor- und Nachteile der Lage an einer offenen Grenze, wie etwa im Hinblick auf die zusätzliche Kaufkraft und neue Absatzgebiete aber auch neue Konkurrenz jenseits der Grenze gilt es dadurch empirisch zu belegen.

### **III. Die historisch-geographische Entwicklung der Grenzregion**

#### **1. Die Phase des Wiederaufbaus 1945 – 1960**

Beschreiben könnte man die Zeit nach dem 2. Weltkrieg mit der Aufgabe des Wiederaufbaus und der wichtigen Rolle der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Die Zeitspanne endet in der ersten Vollbeschäftigung in der damaligen Bundesrepublik. Viele Entwicklungspfade der oberfränkischen Wirtschaft nahmen ihren Anfang in dieser Zeit. So ergänzte das Know-How der Heimatvertriebenen den regionalen Wissenspool und sorgte für eine Diversifizierung der Branchenstruktur. Außerdem wurden in dieser Zeit die ökonomischen Netzwerke geknüpft, die bis zur Wiedervereinigung und bis heute die Entwicklung des Raumes maßgeblich bestimmten und bestimmen.

Der Abschnitt gliedert sich in eine Beschreibung der Stunde Null, die durch Armut und Zerstörung geprägt war und die durch die anstehende Integration der Heimatvertriebenen noch verschärft wurde. Danach erfolgt eine Beschreibung des allgemeinen Wirtschaftsaufbaus unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Mit der Währungsreform 1948 wurden schließlich die volkswirtschaftlichen Weichen für die „Goldenen 50er“ gestellt.

#### **1.1 Die Ausgangssituation**

*„Die allgemeine Wirtschaftslage ist durch den außerordentlichen Mangel an Rohstoffen, Kohle und Fertigwaren, die zur Zeit völlig unzureichenden Verkehrs- und Transportmöglichkeiten und die Zurückhaltung der Militärregierung bei der Wiederingangsetzung der Betriebe gekennzeichnet.“* So umriss die IHK Bayreuth die wirtschaftliche Situation in Oberfranken im

Hochsommer 1945.<sup>15</sup> Viele Industriebetriebe v.a. im Bamberger und Bayreuther Raum lagen nach dem Krieg in Schutt und Asche, intakte Lager- und Fertigungshallen wurden zweckentfremdet, Rohstofflager waren aufgebraucht oder durch Plünderung dezimiert. Das Wiederaufleben der Produktion wurde durch den allgemeinen Kohlemangel aufgehalten. So betrug im Juli 1945 die Stromabgabe an die in Nordostoberfranken ansässige Textilindustrie nur 15% derjenigen vom Juni 1944 und nur 6% derjenigen vom Juni 1939.<sup>16</sup>

Seit Mai 1945 war Oberfranken von seinen Kohlelieferanten, den Braunkohlegruben Westböhmens abgeschnitten. Im Landkreis Kulmbach sackte die Kohleversorgung über Nacht auf kaum 10% ihrer Normalleistung ab. Ähnlich sah es in Forchheim, Hof und Wunsiedel aus. Im ersten Nachkriegswinter war die Situation daher für die Bevölkerung verheerend. Ein Arrangement der Kulmbacher und Kronacher Militärregierungen sorgte dafür, dass die schlimmsten Engpässe durch Lieferung von Stockheimer Kohle gelöst werden konnten. Trotz allem reichte die Kohle gerade aus, um die wichtigsten Betriebe in Gang zu halten. Vielerorts mussten deshalb Bäckereien schließen, die Schulen verlängerten die Weihnachtsferien. Sogar in den Krankenhäusern erfroren Patienten. An den Wiederaufbau der Industrie im großen Stil war zu dieser Zeit noch nicht zu denken.<sup>17</sup>

Verschlimmert wurde die Situation durch die Ströme der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. In demographischer Hinsicht war die Zeit geprägt durch einen enormen Bevölkerungszuwachs. 1950 lebten 1,115 Mio. Menschen in Oberfranken. Gegenüber 1939 bedeutete das einen enormen Zuwachs. Ähnliches galt für den Regierungsbezirk. Demgegenüber waren die Auswirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht gewaltig, musste doch ein Großteil der Unternehmen ihre Beschäftigungs- und Absatzmärkte völlig neu ordnen. Neben den transzonalen Handels- und Lieferbarrieren hemmte auch die Inselstellung einzelner Städte und Landkreise die Wiedereingangssetzung wirtschaftlicher Abläufe. V.a. in der Zeit direkt nach der Kapitulation war die oberfränkische Wirtschaft in den Zustand der Tauschwirtschaft zurückversetzt worden. Die Warenversorgung war durch die Zwangsbewirtschaftung stark reglementiert.

*„Nur über Kompensationsgeschäft bestand die Chance, die Bevölkerung mit Waren zu versorgen, die im eigenen Kreis weder hergestellt wurden noch verlagert waren. Wer diese ungeschriebenen Spielregeln und Mechanismen der Stunde Null nicht beherzigte, war bei der Vergabe von Roh- und Hilfsstoffen ausschließlich auf die offiziellen Bewirtschaftungsstellen angewiesen, deren Verteilungsschlüssel einer Lotterie ähnelten.“<sup>18</sup>*

Letztendlich entschied in dieser Zeit Cleverness und das Wohlwollen der Militärregierung über die ökonomischen Startchancen eines Betriebes. Dabei zeigten sich Grundelemente regionaler Entwicklungspfade, gelang es doch in vielen Gemeinden und Landkreisen, sich an die neue Situation anzupassen. So schlossen sich etwa die sog. Frankenwald-Landkreise zu einer losen Arbeitsgemeinschaft zusammen, was aufgrund der nahezu identischen Wirtschaftsstruktur und daraus resultierender Probleme sinnvoll war, konnten doch ökonomische Probleme so effizient gelöst werden. Oberfranken konnte sich damit zum bedeutendsten Spinnereibezirk in der US-Besatzungszone entwickeln. Im 4. Quartal 1948 stammten von den 4,1 Mio. Spindeln in den vereinigten Wirtschaftsgebieten der amerikanisch-britischen

<sup>15</sup> Zitiert nach: Zeitler, P. (2000) Die oberfränkische Wirtschaft im Wiederaufbau; Heimatbeilage zum oberfränkischen Schulanzeiger, Nr.270; Bayreuth, S.3

<sup>16</sup> ders., ebenda, S.3

<sup>17</sup> ders., ebenda, S.3f

<sup>18</sup> ders., ebenda, S.7

Besatzungszone 1,4 Mio. aus Bayern, davon wiederum 80% aus dem Regierungsbezirk Oberfranken.<sup>19</sup>

Darüber hinaus verloren viele Menschen ihre Arbeitsplätze jenseits der Zonengrenze. „Vor allem die armen, ohnehin um ihre Existenz ringenden Frankenwaldbauern waren von diesen leicht zu Fuß erreichbaren Nebenverdienstmöglichkeiten abhängig.“<sup>20</sup>

Weitere schwere Einbußen musste der Tourismus in der Region hinnehmen, stammten die Touristen in der Region zu einem großen Teil aus dem nahen Thüringen und Sachsen sowie aus Berlin und den abgetretenen Gebieten Ostdeutschlands. Zudem dienten viele Gästeterkünfte als Auffanglager für obdachlos Gewordene und Heimatvertriebene.

## 1.2 Die Integration der Heimatvertriebenen und ihre Rolle beim Wiederaufbau

Die starke Zunahme der Bevölkerung verschärfte die Situation der Landkreise, wie bereits erwähnt, noch weiter. Verantwortlich für den immensen Anstieg der Bevölkerung in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg war die Integration der Heimatvertriebenen. In Oberfranken betrug die Anzahl der zu integrierenden Heimatvertriebenen bereits 1947 231.547 Personen, in der Oberpfalz 263.846 Personen. Der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung machte somit am 29.10.1946 22,0% in Oberfranken bzw. 19,9% in der Oberpfalz aus. Der enorme Druck, der sich aus diesen Zahlen für die Siedlungsstruktur in der Untersuchungsregion ergab, wird durch die Zunahme der Bevölkerungsdichte verdeutlicht: So stieg die Zahl zwischen 1939 und 1950 in Oberfranken von 71,1 auf 93,0, in der Oberpfalz von 141,4 auf 168,6 Menschen/km<sup>2</sup>.<sup>21</sup>

Das Ausgangsproblem war, die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen erfolgversprechend und unter Berücksichtigung der vorhandenen volkswirtschaftlichen Situation sinnvoll einzugliedern. Dabei waren wirtschaftliche Wünsche sowie soziale und kulturelle ebenso zu beachten. In der Realität brachte es die regionale Verteilung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge jedoch mit sich, dass deren berufliche Zusammensetzung oft nicht auf die Bedürfnisse des Aufnahmegebietes abgestimmt war, was anfänglich die Folge einer ungeplant ablaufenden Zuwanderung war<sup>22</sup>. Deshalb war für die Jahre nach 1945 vor allem die ständige räumliche Veränderung der Arbeitsstätten und Arbeitskräfte bezeichnend. Ein wesentliches Kennzeichen der Vertriebenen- und Flüchtlingsbewegung war die Neugründung von Industriezweigen in Gebieten, in denen die entsprechenden Branchen bis dahin fremd waren oder die Wiederbelebung alter Industriezweige, wie der Glasindustrie im Fichtelgebirge oder auch die Diversifizierung der Branchenstruktur durch die Neugründung von Unternehmen des technischen Fertigungsbereichs.<sup>23</sup> Eine Stabilisierung des wirtschaftlichen Kreislaufs fand erst ab Mitte der 1950er Jahre mit einer Annäherung an die Standortkonfiguration der klassischen Verdichtungsräume statt.

<sup>19</sup> Zeitler, P. (2000) Die oberfränkische Wirtschaft im Wiederaufbau; Heimatbeilage zum oberfränkischen Schulanzeiger, Nr.270; Bayreuth, S.7

<sup>20</sup> ders., ebenda, S.9

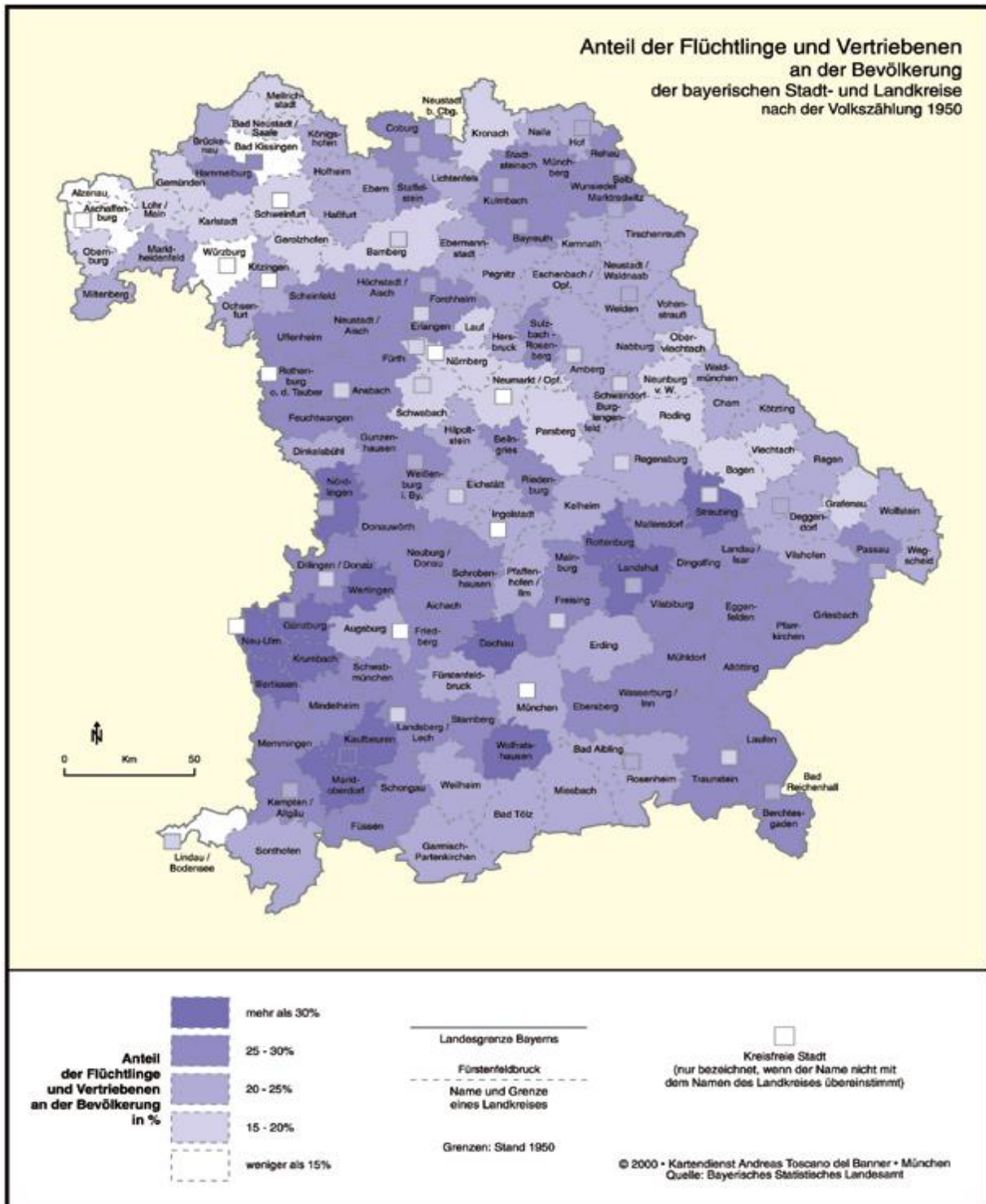
<sup>21</sup> Maier, J., Tullio, G. (1996) Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, S.20f

<sup>22</sup> Edding, F. (1952) Die Flüchtlinge als Belastung und Auftrieb der deutschen Wirtschaft, Kieler Studien, H.12; S.20

<sup>23</sup> Dittrich, E. (1950) Die Wiedereingliederung der Flüchtlingsindustrien in die Wirtschaft der Bundesrepublik, in: Vorträge des Instituts für Raumforschung, Bd.1; S.12-19



Karte 3 Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Bevölkerung 1950



Quelle: Kartendienst Andreas Toscano del Banner, München (2000)

Die industriellen und handwerklichen einschließlich der technischen Berufe waren gewissermaßen das Auffangbecken der Berufswechsler, die, betrachtet man das Qualifikationsniveau, in der Regel von einem Abstieg zum Arbeiter und teilweise zum einfachen Angestellten gekennzeichnet war. Besonders die ehemals selbständigen Landwirte unter den Vertriebenen und Flüchtlingen blieben in der neuen Heimat lediglich zu einem Zwanzigstel selbständig und waren zu einem beruflichen Abstieg in der Form des Landarbeiters oder zum Berufs-

wechsel, oft in Form des Arbeiters in der Industrie gezwungen. Die weitere Entwicklung bis 1955 war von einer Verbesserung der diesbezüglichen Situation gekennzeichnet. Zusätzlich zu dieser Verbesserung der selbständigen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen zeigte sich nun ein deutlicher Anstieg der absoluten Zahlen der erwerbstätigen Vertriebenen und Flüchtlinge mit einer stetigen Annäherung der Verhältnisse an diejenige der übrigen Bevölkerung.

Für die Aufbauarbeit in der Wirtschaft der Landkreise gab es jedoch unterschiedliche Hindernisse, wie z.B. die Raumnot. Heimatvertriebene oder geflohene Unternehmer konnten sich ihren Standort nicht aussuchen, sondern wurden von der Flüchtlingswelle mehr oder weniger mitgerissen und landeten oft zufällig in einem Landkreis. Zwar waren die Behörden an den neuen Betrieben interessiert, doch blieben ihnen oft die Hände gebunden, da die Planungsbehörden 1947 sich erst im Aufbau befanden. D.h., sowohl in der Raumfrage als auch im Hinblick auf die Beschaffung von Maschinen gab es häufig große Schwierigkeiten. Einheimische Unternehmer wollten häufig keinen Mieter in leerstehenden Betriebsräumen, zumal man auch nicht wusste, wann und wie man den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen bei Eigenbedarf kurzfristig kündigen konnte. Darüber hinaus führte eine menschliche, vielleicht auch verständliche Aversion gegen Flüchtlinge und Vertriebene dazu, dass man lieber unter sich blieb. Unter diesen Umständen gelang es selten, geeignete vorhandene Betriebsräume zu finden. Da ein akuter Mangel an Baumaterialien bestand, war auch die Aussicht auf einen Neubau von Betriebsräumen gering.<sup>24</sup> Gerade deshalb sind für die Heimatvertriebenen in Bayern Versuche charakteristisch, auf ehemaligen Wehrmachtsgelände Ansiedlungsstandorte auszuweisen, die im Nachhinein zu interessanten „Neuen Städten“ geführt haben, regional stärker im südbayerischen Raum verteilt, in Franken etwa Neu-Wildflecken, auch noch Weidenberg und Bubenreuth sind hier zu erwähnen. Hier kam der landsmannschaftliche Zusammenhang als förderndes Element des industriellen Wiederaufbaus zur Wirkung, unbeschadet der Tatsache, dass diese Wehrmachtanlagen seinerzeit nicht nach den Gesichtspunkten des offenen und leicht zugänglichen Standortes angelegt worden waren.

Im Allgemeinen standen die Betriebe der Heimatvertriebenen ohne zugehörige Betriebsfläche ungünstiger da als der durch Kriegsfolgen beschädigte einheimische Betrieb. Diese hatten zumindest ihre Grundstücke und damit einen Ansatz für den Wiederaufbau. Ähnliche Widrigkeiten waren bei der Beschaffung von Maschinen gegeben. Je höher der Mechanisierungsgrad einer Branche war, desto schwieriger war ihre Situation. Es war kaum möglich, Maschinen aus den ehemaligen Werken mitzubringen. Aus Trümmergrundstücken geborgene und reparierte Maschinen standen ihnen auch nur selten zur Verfügung. Gemeinsam war fast allen Flüchtlingen, dass sie am Anfang weder einen Materialwert noch irgendeine Fabrikationskapazität besaßen. Ein weiterer Nachteil war darin zu sehen, dass infolge der oft zufälligen Ansiedlung notwendige Reparaturen oft durch ortsansässige Kräfte nicht zu erreichen waren.

Nicht anders sah es bei der Materialversorgung aus. Hier erwiesen sich jene Branchen am stärksten benachteiligt, die primär rohstofforientiert waren. Deutsche Lieferanten, die in Frage kamen, waren meist sehr weit entfernt; neue Quellen mussten demnach erst erschlossen werden. Die Etablierung eines guten geschäftlichen Images kostete jedoch Zeit. Zudem konnten auch neue günstige Lieferanten anfangs die alten Geschäftsbeziehungen nicht er-

---

<sup>24</sup> Maier, J. Zur wirtschaftlichen Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Franken, S.4

setzen, denn alte Lieferbeziehungen bedeuteten mehr, nämlich Arbeitsteilung, gesicherte Qualität der Waren, wirtschaftliche Sicherheit und nicht zuletzt Kreditwürdigkeit.

Die gewerblichen Unternehmen, die von Vertriebenen und Flüchtlingen nach 1945 sowie nach der Einführung der Gewerbefreiheit 1948/49 in Bayern errichtet wurden, trugen wie schon erwähnt in erheblichen Maße zur weiteren Differenzierung und zum Ausbau der gewerblichen Struktur in Bayern bei. Die Bedeutung dieser Betriebe soll anhand einiger Daten verdeutlicht werden: Gegen Ende 1951 waren rd. 32% aller westdeutschen Flüchtlings- und Vertriebenenindustrien und 34% ihrer Belegschaft in Bayern angesiedelt, 1955 konnte man 16,7% aller Betriebe dieser Bevölkerungsgruppe zuschreiben, in der BRD waren es 11%.

Es muss erwähnt werden, dass die Errichtung von Betrieben, gleichgültig ob von Einheimischen oder Flüchtlingen und Vertriebenen, von einer Vielzahl von Faktoren abhängig war. Die Industrien der Flüchtlinge und Vertriebenen in der gesamten Bundesrepublik umfassten rd. 80% konsumgütererzeugende Unternehmen, während die restlichen 20% den Investitionsgüter erzeugenden Industriezweigen zufielen. Jedoch lagen die Investitionsgüterindustrien mit etwa 30% der Arbeitnehmer in den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt höher als die Konsumgüterindustrien. Dieses Verhältnis zwischen den beiden Industriegruppen lag in den betriebstechnischen Unterschieden und in den Betriebsgrößen begründet. So sind Investitionsgüterindustrien in aller Regel anlageintensiv und damit kaum oder nur mit verhältnismäßig hohen Kosten verlegbar. D.h. dass Investitionsgüterindustrien in den ehemaligen deutschen Reichsgebieten, wie Schlesien, Preußen oder auch im Sudetenland, schlagartig der deutschen Verfügungsgewalt entzogen wurden, so dass mögliche Verlagerungen nicht mehr durchzuführen waren. Ein großer Teil der Flüchtlings- und Vertriebenenbetriebe stammt aus den Gebieten des Sudetenlandes, der Niederlausitz und Thüringen, deren Industriestruktur durch Konsumgüterindustrien geprägt war. Diese Industriezweige waren vergleichsweise arbeitsintensiv und mit relativ geringen Kapitalwerten zu erstellen. Der größte Teil der Flüchtlings- und Vertriebenenbetriebe war somit eher einem Wiederaufbau zuzuführen, da die Kreditfähigkeit im Vergleich zu der Investitionsgüterindustrie einen etwas geringeren Stellenwert einnahm.<sup>25</sup>

Die ersten Ansiedlungen von Flüchtlings- und Vertriebenenbetrieben wurden durch ein Entgegenkommen der amerikanischen Militärregierung gefördert, weil sie 14 ehemalige Flugplatzanlagen sowie 8 ehemalige Sprengstofffabriken und deren Gelände für gewerbliche Ansiedlungen freigab. Die technische Infrastruktur war oftmals noch in benutzbarem Zustand.

Das ökonomische Potential, das in den Flüchtlings- und Vertriebenenunternehmen steckte, wurde früh erkannt, so dass diese Betriebe trotz großer Schwierigkeiten gefördert wurden. Von den 1947 insgesamt 4.724 erteilten Gewerbelizenzen entfielen 1.465 auf Flüchtlinge und Vertriebene. Der Kapitalmangel war trotz Bürgschaften und Kredithilfen des Staates das größte Problem der Flüchtlings- und Vertriebenenunternehmen. 1950 lag die Eigenkapitalbildung dieser Betriebe weit unter dem Vergleichswert für regional ansässige Betriebe. Bis Mitte 1950 gewährte der bayerische Staat Staatsbürgschaften bis zu 70 Mio. DM, von denen auch über 4.000 Flüchtlinge und Vertriebene bedacht wurden.<sup>26</sup> Diese Maßnahmen versuchten jedoch, wie GESCH bemerkt, „... die mangelhaften Sicherheiten zu ersetzen; andere Mittel, wie Steuervergünstigungen, Lastenausgleichshilfe zum Ausgleich der Verluste durch

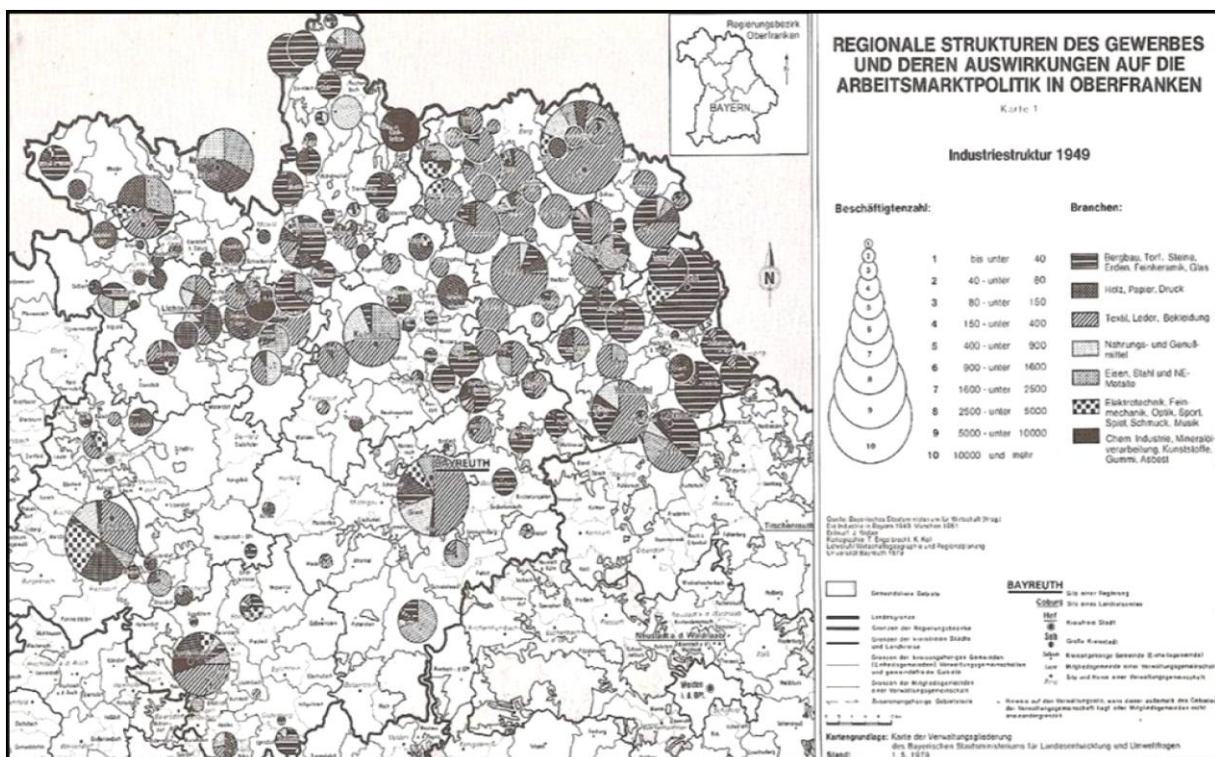
<sup>25</sup> Maier, J. Zur wirtschaftlichen Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Franken, S.6

<sup>26</sup> Bayer. Stat. Landesamt (Hrsg.) (1951) Bayern in Zahlen, H.11; München; S.374

Krieg und Flucht, Kreditverbilligungen durch Marshallplan-Mittel, Landessoforthilfemittel, Zinssubventionen und eine staatliche Kapitalbeteiligung durch die bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung usw. verringerten viele dieser Schwierigkeiten – obwohl auf der anderen Seite auch viele Möglichkeiten aus Angst vor Überschuldung nicht ausgeschöpft wurden.“<sup>27</sup> Trotz dieser Kapitalschwäche waren Flüchtlinge und Heimatvertriebene nur zu 30% unter den insgesamt 4.000 Insolvenzen bis Ende März 1950 vertreten. Etwas höher lag die Quote bei Industrie und Handwerk (34%) etwas niedriger bei Groß- und Einzelhandel (27,4%) und bei nur 20% lagen die übrigen Erwerbsunternehmen.<sup>28</sup>

Um nun detaillierte Ergebnisse aufzuzeigen und die regionale Differenzierung ebenso zu betonen, sollen zwei Fallstudien herangezogen werden.

**Karte 4 Regionale Strukturen des Gewerbes und deren Auswirkungen auf die Arbeitsmarktpolitik in Oberfranken**



Quelle: Eigene Darstellung, Bayreuth 1978

### 1.1.1 Regionales Beispiel I: Der Raum Bayreuth

Der Raum Bayreuth wird aufgrund seiner vor allem nach dem Krieg dominanten Rolle als Verwaltungs- und Schulstadt ausgewählt. Auch hier ist, wie in vielen anderen Gebieten Bayerns, der ländliche und seit der Ziehung der Demarkationslinie periphere Raum die umgebende Raumkategorie.

1939 betrug die Wohnbevölkerung des Raumes Bayreuth 80.174 Personen. Davon entfielen 35.146 auf den Kreis und 45.028 auf die Stadt Bayreuth. 1946 waren es 103.846 Personen

<sup>27</sup> Vgl. Gesch, H.D. (1969) Die bayerische Wirtschaft in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg, München; S.218

<sup>28</sup> Statistisches Amt der Vereinigten Wirtschaftsgebiete (Hrsg.), Statistische Berichte vom 23.8.1950, S.2 u. 9

(48.234 im Landkreis und 55.612 in der Stadt Bayreuth). Dies entspricht einem Zuwachs von rund 30% im Vergleich zu 1939. 1950 hatte der Raum sogar 109.434 Einwohner. Auf 1939 bezogen entspricht dies einer Zunahme von 36,5%. Die Flüchtlinge und Vertriebenen machten an diesem Zuwachs etwa 46% aus.

Zum Zeitpunkt der Flüchtlingszählungen am 29.10.1946 war der Bereich Bayreuth einer der wenigen Räume in Bayern, in denen die Schlesier als Flüchtlingsgruppe, wenn auch nur knapp, dominierten. Der Anteil der Schlesier im Landkreis (47,8%) lag deutlich höher als im Stadtgebiet (35,5%). Bei den Sudetendeutschen war die Verteilung mit 38,6% in der Stadt und 35,7% im Landkreis dagegen ausgewogener. Dies ist dadurch zu erklären, dass der höhere Anteil der Schlesier im Landkreis auf einen etwas späteren Zeitpunkt der Zuwanderung zurückgeführt werden kann. Dieser lag zu einem Zeitpunkt, zu dem die Stadt Bayreuth keine Flüchtlinge mehr aufnehmen konnte.

Qualitativ gesehen ergibt sich für den Raum Bayreuth folgendes Bild: 1939 waren in der Land- und Forstwirtschaft 10.949 Personen beschäftigt, in Industrie und Handwerk 15.741 Personen, im Bereich Handel und Verkehr 5.676 Personen und im Dienstleistungsbereich 5.836 Personen. Eine Interpretation wird bei einer Aufspaltung in Stadt- und Landkreis möglich. Stellt man die Quote der Flüchtlinge dem gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft waren 1946 in der Stadt Bayreuth 4,6%, in Industrie und Handwerk 40,8%, in Handel und Verkehr 14,2% und im Dienstleistungsbereich 34,1% aller Beschäftigten Flüchtlinge und Vertriebene zu finden. Im Landkreis lagen die Anteile bei Land- und Forstwirtschaft zu 29,5%, in Industrie und Handwerk bei 48,3%, in Handel und Verkehr bei 7,5% und im Dienstleistungsbereich bei 10,8%. Erwartungsgemäß zeigt sich eine stärkere Orientierung auf die Landwirtschaft und das Gewerbe im Landkreis als in der Stadt. Andererseits sind auch die eindeutigen Verschiebungen von der Landwirtschaft zu den Dienstleistungen und zu Handel und Verkehr sichtbar. Dabei ist der Anstieg dieser beiden Bereiche sowohl im Landkreis als auch in der Stadt ähnlich.

Ergänzt man die Fallstudie durch eine weitere, aus dem Grenzraum der Oberpfalz, so ergibt sich folgendes Strukturbild:

### **1.1.2 Regionales Beispiel II: Der Raum Tirschenreuth**

Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Oberpfalz zeigt, dass diese Region vom 14. bis zum 17. Jh. das stärkste Gewerbegebiet des Deutschen Reichs war. Die vielfältigen und reichlichen Rohstoffe waren die Grundlage einer blühenden Eisen- und Glasindustrie. Diese Phase endete mit der zunehmenden Bedeutung und dem Vordringen der Steinkohle, die es in der Oberpfalz nicht gab. Der Bau der Eisenbahnen im 19. Jh. brachte wiederum einen Aufstieg der Eisenindustrie, die jedoch in den nördlichen Kreisen der Oberpfalz keine Standorte hatte. Um 1900 siedelten sich im Norden der Oberpfalz die Bleikristall- und Porzellanindustrie an.

1939 wies der Landkreis Tirschenreuth eine Gesamtbevölkerung von 44.303 Einwohnern auf, 1950 waren es 60.664, also 37% mehr. Zu diesem Zeitpunkt waren in Tirschenreuth 14.099 Vertriebene und Flüchtlinge registriert, wobei ein großer Teil vor allem Sudetendeutsche waren, die mit Transporten aus der Tschechoslowakei in das Lager Wiesau bei Tirschenreuth gebracht worden waren. Relativ gesehen bedeutet dies, dass der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge am Zuwachs 1939 – 1950 etwa 90% ausmachte. Trotzdem

gehörte der Kreis Tirschenreuth 1946 mit einem Flüchtlings- und Vertriebenenanteil von etwa 23% der Gesamtbevölkerung noch eher zu den Kreisen in Bayern, die diesbezüglich im Mittelfeld lagen.

Hinsichtlich der regionalen Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen im Landkreis Tirschenreuth im Jahr 1946 ist deutlich die Dominanz der Sudetendeutschen zu erkennen, die mit über 50% noch über dem Anteil der Schlesier lag. Am Beispiel des Landkreises Tirschenreuth wird die Situation Bayerns als Zielgebiet der Fluchtbewegungen besonders klar demonstriert. Die Sudetendeutschen, die zu großen Teilen 1945-1947 mit Transporten kamen, wurden auf relativ dünn besiedelte Kreise verteilt. So wurde also diejenige Gruppe in einem ländlich und agrarisch geprägten Gebiet angesiedelt, für die hinsichtlich ihres Zielgebietes keine Wahlmöglichkeit bestand. Dieses Phänomen betraf nahezu alle Landkreise an der unmittelbaren Grenzlinie zur Tschechoslowakei.

1939 waren im Landkreis Tirschenreuth 22.774 Personen beschäftigt. Davon waren 47% in der Land- und Forstwirtschaft, 41% in Industrie und Handwerk, 7,6% in Handel und Verkehr und 4,8% im Dienstleistungsbereich tätig. Bis 1950 verschoben sich die Anteile folgendermaßen: Von 26.667 Erwerbspersonen in den vier Bereichen waren in Forst- und Landwirtschaft 39%, in Industrie und Handwerk 41%, in Handel und Verkehr 9% sowie im Dienstleistungsbereich 11% tätig. Ein relativ geringer Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen kam im Bereich der Forst- und Landwirtschaft unter, was im Laufe der Zeit auch für die ansässige Bevölkerung galt. Darüber hinaus ist eine deutliche Verschiebung innerhalb der Wirtschaftsbereiche zu erkennen; so dominierte seit Mitte der 50er Jahre der Industrie- und Handwerkssektor. Auch innerhalb des Landkreises gibt es anteilmäßige Verschiebungen, die in erster Linie aus Arbeitsplatzgründen erfolgt sind. Auffallend ist, dass die Gemeinden Waldsassen, Mitterteich, Bärnau, Mähring, Immenreuth, Krummenaab und Kemnath ihren hohen Flüchtlings- und Vertriebenenanteil von 20-30% an der Wohnbevölkerung erhalten haben. Dies deutet auf die hohe Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften aber auch auf das Vorhandensein von genügend Wohnraum hin. Allerdings sind keine Zunahmen festzustellen. Dies ist ein Zeichen für Abwanderungen aus dem Kreis in andere Gebiete, die ein höheres Angebot an Arbeitsplätzen bereitstellen konnten.

### 1.3 Die Währungsreform und allgemeiner Wirtschaftsaufschwung

Am 21. Juni 1948 berichtete der Kulmbacher Oberbürgermeister Georg Hagen an die US-Militärregierung: Mit einem Schlag „*waren alle Bewohner der Stadt Kulmbach (...) gleich all den Millionen von Menschen eines großen Landes über Nacht gleich arm oder gleich reich geworden.*“<sup>29</sup> Am Tag zuvor war die DM eingeführt worden, zeitgleich verlor die abgewirtschaftete Reichsmark ihre Gültigkeit. Die parallel zur Einführung der DM aufgehobene Zwangsbewirtschaftung entzog dem Schwarzmarkt schnell die Grundlage.

Nach der Einführung der DM stand es jedem Bürger zu, 60 RM in 60 DM umzutauschen. Über den Umtauschwert von Spareinlagen usw. wurde noch entschieden. Mit einer Tauschquote von 10:1 waren es v.a. Kleinsparer, die unter der Währungsreform litten. Der Verlust von Spareinlagen sorgte in den ersten Tagen für Unmut unter der Bevölkerung, der Optimismus setzte sich jedoch durch. Außerdem erhöhten und stabilisierten sich die regelmäßi-

<sup>29</sup> Oberbürgermeister Georg Hagen zitiert nach: Zeitler, P. (2000) Die oberfränkische Wirtschaft im Wiederaufbau; Heimatbeilage zum oberfränkischen Schulanzeiger, Nr.270; Bayreuth, S.39

gen Bezüge wie etwa Löhne, Gehälter oder Renten. Vor allem die Aufhebung der rigiden Bewirtschaftungsvorschriften und des Bezugsscheinsystems sorgten für einen raschen Wirtschaftsaufschwung in ganz Deutschland.

So war v.a. die Nachfrage nach Lebensmitteln stark. In den Geschäften fanden sich jedoch auch wieder Waren wie etwa Haushaltsartikel, Schuhe, Fahrräder, Glühbirnen und Radios, an denen während des Krieges und in der Zeit danach Mangel bestand.<sup>30</sup> Bereits drei Monate nach der Währungsreform meldete das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Sicherheit: *„Die Industrieproduktion hat (...) auch in Bayern zugenommen, und zwar im Juli um 12% und im August um weitere 10%. Gemessen an der Produktion des Jahres 1936 lag der Index der bayerischen Industrieproduktion im August bei 72 v.H. Für September kann mit einer weiteren Erhöhung gerechnet werden.“*<sup>31</sup>

Langsam normalisierten sich die ökonomischen Verhältnisse in der Region. Die Versorgung mit Rohstoffen und Energie wurde besser und es wurden, im Zuge der Westintegration, auch neue Absatzmärkte in Übersee erschlossen. Ein Gesundwachsen der Belegschaften sorgte jedoch für eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ein neu erwachtes Leistungsbewusstsein entstand unter den Belegschaften und erhöhte die Produktivität der Unternehmen und ließ in den nächsten Jahren auch die Löhne steigen.

Von Seiten des bayerischen Staates wurden zur Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit auch der Eingliederung der Betriebe der Heimatvertriebenen in die bayerische Wirtschaft erhebliche Investitions- und Förderhilfen geleistet. Zwischen 1949 und 1979 wurden allein in Bayern über das Soforthilfegesetz (SHG) von 1949, das Lastenausgleichsgesetz von 1953 und das Beweissicherungs- Feststellungsgesetz („Zonenschäden“) rd. 18 Mrd. DM eingesetzt. Davon entfielen etwa 70% auf Vertriebene und Flüchtlinge, 3% auf SBZ-Flüchtlinge und 20% auf Kriegssach- und Sparergeschädigte. Besonders die LAG-Aufbaudarlehen waren ein wichtiges Instrument zur wirtschaftlichen Eingliederung und zum gesamtbayerischen Wiederaufbau, obwohl die Darlehensbeträge anfangs noch sehr gering waren. Während der SHG-Zeit wurden im Bereich „Gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe“ rd. 27.000 Darlehen mit durchschnittlich 3.300 DM bewilligt. Die neuen LAG-Darlehen fingen 1954 mit durchschnittlich 7.600 DM an und stiegen bis 1962 auf 17.000 DM. Danach lag die Darlehenshöhe bis zum Auslaufen des Programmes 1989 oft an der Obergrenze von 35.000DM. Unter den Darlehen nimmt nach Antragszahl und Höhe der Finanzmittel die Förderung des Wohnungsbaus die erste Stelle ein, in Bayern waren es 61% der bewilligten Darlehen.<sup>32</sup>

Auch der sektorale Strukturwandel unterstützte den Wiederaufbau der Industrie im Untersuchungsraum. Während im Dritten Reich noch die Selbstversorgung des Landes angestrebt wurde, sah sich die Landwirtschaft nun zunehmend den Gesetzen der Ökonomie unterworfen. Die katastrophale Ernährungssituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit führte zwar zunächst zu einem starken Besatz an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, dies veränderte sich jedoch mit der Währungsreform schlagartig. Etliche Landarbeiter strebten nun eine besser bezahlte und zudem sozial abgesicherte Tätigkeit in der Industrie an. Die Abnahme der

<sup>30</sup> Zeitler, P. (2000) Die oberfränkische Wirtschaft im Wiederaufbau; Heimatbeilage zum oberfränkischen Schulanzeiger, Nr.270; Bayreuth, S.38f

<sup>31</sup> Bayerisches Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Monatsberichte über „Arbeit und Wirtschaft in Bayern im September 1948“; zitiert nach: Zeitler, P. (2000) Die oberfränkische Wirtschaft im Wiederaufbau; Heimatbeilage zum oberfränkischen Schulanzeiger, Nr.270; Bayreuth, S.43

<sup>32</sup> Maier, J. Zur wirtschaftlichen Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Franken, S.5

Arbeitskräfte sowie die Zunahme der aufgrund der Reindustrialisierung verfügbaren Landmaschinen, die einen Absatzmarkt suchten, sorgten dafür, dass Landwirtschaft zunehmend kapitalintensiver betrieben werden musste. Menschliche Arbeitskraft wurde zunehmend maschinell ersetzt. Der Kapitaleinsatz, den der hohe Rationalisierungsgrad nötig machte, sorgte allerdings auch dafür, dass kleinflächige Betriebe aufgegeben werden mussten. Gleichzeitig nahm die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe zu, da zum einen ein zweites Einkommen nötig war, um benötigtes Kapital für Maschinen zu erwirtschaften, gleichzeitig übte jedoch auch die Sicherheit des Nebeneinkommens in der Industrie sowie die daraus resultierende Sozialversicherung (was im Bereich der Landwirtschaft damals noch nicht gesetzlich vorhanden war) zu dem Anstieg.

#### **1.4 Der Neubeginn der kommunalen Wirtschaftsförderung**

Mit der Währungsreform 1948 und dem stürmischen Aufbau der Wirtschaft erlebte auch die Wirtschaftsförderung der Kommunen eine Wiederbelebung. Nach dem weitestgehenden Wegfall der Grundsteuer war die Gewerbesteuer wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Haushalte. Die Industrieansiedlung wurde somit zur Existenzfrage der Kommunen. Erst mit der Gemeindefinanzreform von 1969 sank der Anteil der Gewerbesteuer an den kommunalen Steuereinnahmen zugunsten der Einkommenssteuer. Dennoch ist die Gewerbesteuer bis heute eine wichtige Einnahmequelle geblieben.

#### **1.5 Fazit**

Ein wirtschaftsstruktureller Wandel ergab sich in Bayern nach dem 2. Weltkrieg aus mehreren ineinander wirkenden Faktoren. Das Bestreben der Bayerischen Staatsregierung, nach der Gründung des Freistaates die Steuerschwäche des Landes durch stärkere Industrialisierung abzumildern, war genauso ausschlaggebend wie die Bevölkerungsumschichtung und die damit verbundene gestiegene Nachfrage nach Arbeitsplätzen durch die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die Demontage der Industrieanlagen als Reparationsleistungen, der Abbau der Kriegsindustrie und die sich ändernde Marktnachfrage von Agrarprodukten hin zu gewerblichen Gütern. Die Abtrennung früherer Absatz- und Bezugsgebiete im Osten und damit verbunden nicht nur die Randlage in Deutschland, sondern in Europa, drängte im Übrigen zu einem Wandel der Wirtschaftsstruktur. Die alliierten Eingriffe in die deutsche Wirtschaft zur Umgestaltung ihrer Struktur und Verfassung stellten damit nur einen Teil der Einflüsse dar, die das wirtschaftliche Geschehen in der Nachkriegszeit prägten.

## **2. Die Institutionalisierung der Randlage: von 1961 bis 1979**

### **2.1 Die Situation in der BRD und in Bayern**

Da zwischen der ersten und der zweiten Berlin-Krise mehr als hunderttausend Menschen aus Ostdeutschland in den Westen geflohen waren, begannen die Sowjetunion und das SED-Regime am 13. August 1961 mit der Befestigung der Grenzen zur BRD. Der sog. „antifaschistische Schutzwall“ zerstörte die Hoffnung vieler Deutschen auf einen gesamtdeutschen Nachkriegsstaat; Gemeinden und oftmals sogar Familien aber auch die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung wurden auf Jahrzehnte hin zerrissen. Die Kuba-Krise 1962 und



die zunehmende Angst vor einem möglichen Atomkrieg wirkten sich noch einmal erheblich auf die deutsche Politik aus und verstärkten auch die Blockbildung zwischen West und Ost.

Am 15. Oktober 1963 trat Dr. Konrad Adenauer nach 14 Jahren Amtszeit als Bundeskanzler zurück. Sein Nachfolger wurde der bisherige Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, mit dem die Deutschen stets das Wirtschaftswunder seit der Währungsreform von 1948 in Verbindung bringen. Bereits 1962 wurde in der BRD die Vollbeschäftigung erreicht. Die folgende wirtschaftliche Rezession 1966/1967, die mit einem enormen Anstieg der Arbeitslosenzahlen einherging, sorgte für einen Ansehensverlust Erhards, weswegen er 1966 seinen Rücktritt bekanntgab. Nachdem die FDP die Koalition mit der Union beendete, kam es zur Bildung der Großen Koalition. Mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister wird Kurt Georg Kiesinger (CDU) am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt. Der Regierung gelang es bereits nach kurzer Zeit mit einer energischen Wirtschaftspolitik die Rezession zu stoppen.

In Teilen der Bevölkerung, insbesondere der akademischen Jugend, formierte sich jedoch ein breiter Widerstand gegen die Große Koalition. Auslöser dafür war v.a. der Erlass der Notstandsgesetze im Mai 1968 sowie die damit verbundene Erkenntnis, dass keine wirksame Opposition mehr im Parlament möglich war. Es entstand die Außerparlamentarische Opposition (APO), die v.a. durch Massenkundgebungen und Protestmärsche in Erscheinung trat. Durch einen moralisch-geistigen Wandel in dieser Zeit wurde das gesellschaftliche Leben in der BRD maßgeblich beeinflusst. So sorgten sexuelle Revolution und die Emanzipation der Frau in den folgenden Jahren bis heute u.a. auch für einen Rückgang der Geburtenzahlen.

Als Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik erfuhr zum Ende dieses Jahrzehnts die Regionalpolitik einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Da eine geordnete Regionalpolitik als eine gesamtstaatliche Aufgabe angesehen wurde, wurde am 6. Oktober 1969 das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) erlassen. Im Rahmen dieser GA legen Bund und Länder seitdem gemeinsam ausgewählte strukturschwache Fördergebiete fest, wobei die Stärkung der regionalen Investitionstätigkeit und die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze das Ziel der Förderung war und ist. Mit dieser räumlich und punktuell nach Schwerpunkten geordneten Förderung sollte fortan ein gezielter Abbau regionaler Disparitäten erfolgen.

In Bayern ist am 8. Oktober 1957 die sog. „Viererkoalition“ von SPD, BP, FDP und der Interessenvertretung der Heimatvertriebenen GB/BHE auseinander gebrochen. Nach verschiedenen Zwischenlösungen wurde am 18. März 1961 Franz Josef Strauß zum Landesvorsitzenden der CSU gewählt und in den folgenden Jahren immer wieder in diesem Amt bestätigt. Mit den Landtagswahlen am 25. November 1962 begann schließlich die Ära von Alfons Goppel, der nach dem Wahlsieg der CSU bis zum Jahr 1978 das Amt des Ministerpräsidenten ausübte.

Die erste Regierung Goppel versuchte v.a. auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die einheimische Energieversorgung und das Verkehrsnetz zu verbessern. Diese Notwendigkeit ergab sich v.a. infolge des Mauerbaus durch die DDR, wodurch der Freistaat in eine Randlage geriet, historisch bedeutsame Absatzmärkte verlor und strategisch wichtige Verkehrswege zerschnitten wurden. Zu Beginn der 1960er Jahre wirkte sich v.a. auch das bundesrepublikanische „Wirtschaftswunder“ positiv auf den Freistaat aus. Als Antriebskräfte erwiesen sich zudem zwei vermeintliche Nachteile: So führte auf der einen Seite v.a. die Rohstoffarmut zur

Ansiedlung von Betrieben, die sich mit der Veredelung und Verarbeitung befassten und somit wirtschaftlich fortschrittliche und exportfähige Güter produzierten. Auf der anderen Seite ging insbesondere von den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen eine modernisierende Wirkung auf die Wirtschaft aus.

Betrachtet man die absolute Bevölkerungsentwicklung, so zeigt sich, dass die Einwohnerzahl von rund 7 Mio. Einwohnern im Jahr 1939 auf knapp 10,5 Mio. Einwohner im Jahr 1970 rapide angestiegen ist.<sup>33</sup> In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns stieg mit dem Wachstum der Bevölkerung auch die Nachfrage nach Gütern, Kapital und Arbeitsplätzen, wodurch der Wirtschaftsmotor in den 1960er Jahren zusätzlichen Antrieb erhielt. Der Zuwachs der Industriebeschäftigten verteilte sich im Zeitraum von 1960 bis 1970 – relativ gesehen - zu 51% auf die Verdichtungsräume, zu 27% auf die schwach strukturierten und zu 22% auf die sonstigen Gebiete Bayerns. Die 1960er und 1970er Jahre waren daher insbesondere durch die Bemühungen gekennzeichnet, die räumlichen Ungleichgewichte der Industriestandortstruktur, entsprechend den Zielvorstellungen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, durch Neugründungen in sog. strukturschwachen Räumen auszugleichen. Im Zeitraum von 1960 bis 1979 waren neben dem Regierungsbezirk Oberfranken auch alle anderen Regierungsbezirke mit Anteil am Zonenrandgebiet räumliche Schwerpunkte der regionalen Wirtschaftsförderung.<sup>34</sup>

Am 5.8.1971 wurde der spezifischen Problemsituation des Zonenrandgebietes insoweit entsprochen als der Bund das sog. Zonenrandförderungsgesetz erließ, mit entsprechenden Hilfen und Entlastungen für die Wirtschaft. Die Industrie- und Handelskammer Oberfranken Bayreuth spielte dabei, insbesondere deren Hauptgeschäftsführer Angerer eine herausragende Rolle.

## 2.2 Die Situation im Untersuchungsraum

Die Errichtung der deutsch-deutschen Grenze durch den Mauerbau der DDR im Jahr 1961 hatte für die Regierungsbezirke Oberfranken und die Oberpfalz in mehrfacher Hinsicht gravierende Folgen. Weit entfernt von den Ballungs- und Wirtschaftszentren im damaligen Bundesgebiet, verstärkte sich dieser Standortnachteil noch durch die sich nach Süden und Westen erweiternde „Europäischen Gemeinschaft“; die Untersuchungsregion lang nun an deren östlicher Peripherie.

Die völlige Drehung der Hauptverkehrsrichtung von Nord-Süd nach Ost-West stellte ein ernstes Problem dar, da zunächst für diese Verkehrsrichtung weder auf der Schiene noch auf der Straße ausreichend ausgebaute Verkehrswege zur Verfügung standen. Oberfranken befand sich somit auch verkehrsgeographisch in einer Randlage, wodurch sich die allgemeinen Standortbedingungen, trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in der BRD zu Beginn der 1960er Jahre, wesentlich verschlechtert hatten.<sup>35</sup> Um den dadurch entstandenen Wettbewerbsvorteilen anderer Gebiete in der Bundesrepublik entgegenzuwirken, versuchte ein großer Teil der oberfränkischen Unternehmerschaft über vielfältige wirtschaftliche Anpassungs-

<sup>33</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2007): Statistik kommunal 2006, CD-Rom

<sup>34</sup> Ruppert, K. et al. (1987): Bayern; Eine Landeskunde aus sozialgeographischer Sicht, in: Storkebaum, W. (Hrsg.) (1987): Wissenschaftliche Länderkunden; Band 8; Bundesrepublik Deutschland und Berlin; S. 149ff.

<sup>35</sup> Vgl.: Angerer, H. (1963): Oberfranken – Industrielandschaft am Eisernen Vorhang, in: Heimatbeilage zum Amtlichen Schulanzeiger des Regierungsbezirks Oberfranken Nr. 11/1963, S. 83ff.

prozesse den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Dies gilt auch für manche Stadt, wie z.B. Marktredwitz, die sich zu einer attraktiven Einkaufsstadt entwickelte.<sup>36</sup>

Andererseits lief dieser Prozess in den einzelnen Städten, insbesondere den für den Grenzraum typischen Kleinstädten höchst unterschiedlich ab: Der Ort Lichtenberg etwa sowie die dort ansässige Seilerei Rosenberger sind Beispiele für die neue Westorientierung nach dem Mauerbau. Durch den Verlust des Hinterlandes und dem vorgelagerten Bad Steben, das als Kurort viele Beschäftigte im Dienstleistungssektor benötigte, entwickelte sich in dem Ort ein enormer Arbeitskräftemangel, der durch die Abwanderung von jungen Personen noch verstärkt wurde. Dem Verlust der Absatzmärkte konnte das Unternehmen durch Spezialisierung begegnen. So liefert die Seilerei Segeltaue, die in Europa Spitzenprodukte darstellen. Andererseits werden durch die Marktferne entstandene hohe Frachtkosten dadurch etwas abgeschwächt, dass man kleinere Betriebe in zentraler gelegenen Gebieten Deutschlands, wie z.B. in Baden-Württemberg, als Zweigniederlassungen aufgekauft hatte. Auf diese Weise erfolgte eine Orientierung nach Westen, denn der Hauptsitz Lichtenberg sollte aufgrund der peripheren Lage nicht mehr erweitert werden. Interessant ist, dass das Unternehmen bei der Lieferung von Öl als Rohstoff für die Seile, auf die CSSR als Handelspartner setzte.<sup>37</sup>

In einer ähnlichen Situation befand sich Schirnding. Nach dem 2. Weltkrieg wurde in kürzester Zeit ein Grenzbahnhof mit allen notwendigen Institutionen errichtet, um zum einen den Grenzverkehr zu regeln, zum anderen jedoch auch die Ankunft der Heimatvertriebenen zu steuern. Der wirtschaftliche Austausch, der sich trotz der Grenzschießung wieder relativ schnell entwickelte, hob die Bedeutung des Schirndinger Bahnhofs weiter hervor, auch wenn der Reiseverkehr durch die Kommunistische Machtübernahme im Nachbarland für längere Zeit zum Erliegen kam. So wurde in kurzer Zeit eine Trennung zwischen den beiden Nachbargemeinden Schirnding und Eger herbeigeführt, die sich auch mit der Öffnung des Straßenübergangs 1956 nicht grundlegend verbesserte. Erst die Devisenarmut bewirkte die CSSR dazu, die Grenze wieder etwas durchlässiger zu machen und den Fremdenverkehr für Reisende aus dem Westen weiter auszubauen. Der Reiseverkehr stieg daraufhin rapide an und erreichte während des „Prager Frühlings“ 1968 seinen Höhepunkt. Die Schirndinger hofften in dieser Zeit schon wieder auf eine Einführung des kleinen Grenzverkehrs, wie er vor dem 2. Weltkrieg schon bestanden hatte, aber der Einmarsch der Roten Armee 1968 machte diese Erwartungen zunichte. Trotz allem lief der internationale Handel jedoch weiter, so dass ein Ausbau des Grenzübergangs notwendig wurde.<sup>38</sup> An diesem historischen Hergang wird die große Abhängigkeit der Grenzregion von externen Entscheidungen deutlich.

Die räumlich-periphere Lage Oberfrankens an den neuen Grenzen wirkte sich zudem nachhaltig auf die Bevölkerungsentwicklung der Region aus. So waren die 60er und 70er Jahre durch starke Abwanderungstendenzen jüngerer Bevölkerungsschichten geprägt. Diese Personen verließen die Region, der besseren Arbeitsbedingungen in den Ballungsräumen willen. Die Folgen dieses Prozesses waren schon damals soziale Erosion und Alterung der ländlichen Räume. Die Stadt Hof war aus diesen Gründen die erste Gebietseinheit unter den

---

<sup>36</sup> Schultes, Becker, I. (1990) Auswirkungen einer „partiell-offenen“ Grenze auf das Verhalten der Bevölkerung – das Beispiel der Gemeinden Lichtenberg und Schirnding in Oberfranken; in: Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen und Verhaltensmuster; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 26, S.111

<sup>37</sup> ders., ebenda, S.123f

<sup>38</sup> ders., ebenda, S. 111

bayerischen Kreisfreien Städten bzw. Landkreisen, mit einem negativen Geburten-Sterbefall-Saldo. Die Landkreise Hof und Wunsiedel i.F. halten diese Position bis heute in Bayern.

Betrachtet man die für den Raum Nordostoberfranken prägende Textilindustrie, so konnte sich diese nach einer Textilkrise in den Jahren 1957/58 wieder sehr schnell erholen. Obwohl die Anzahl der Arbeitsplätze in der Leder-, Textil- und Bekleidungsbranche über die 1960er Jahre hinweg vorerst nur unwesentlich zurückging, sank die Beschäftigtenzahl zwischen 1957 und 1971 um 6000 auf insgesamt noch 62.000. Diese Entwicklung deutete bereits auf weitreichende Strukturveränderungen hin, die in den 1970er Jahren durch den Verlust von weiteren 15.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 1977 verstärkt wurden. Die Bemühungen seitens des bayerischen Staates, Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie in ländlichen Räumen anzusiedeln, sind eng mit der relativ zu anderen Industriebranchen hohen Arbeitslosigkeit der textilen Produktion verbunden.<sup>39</sup>

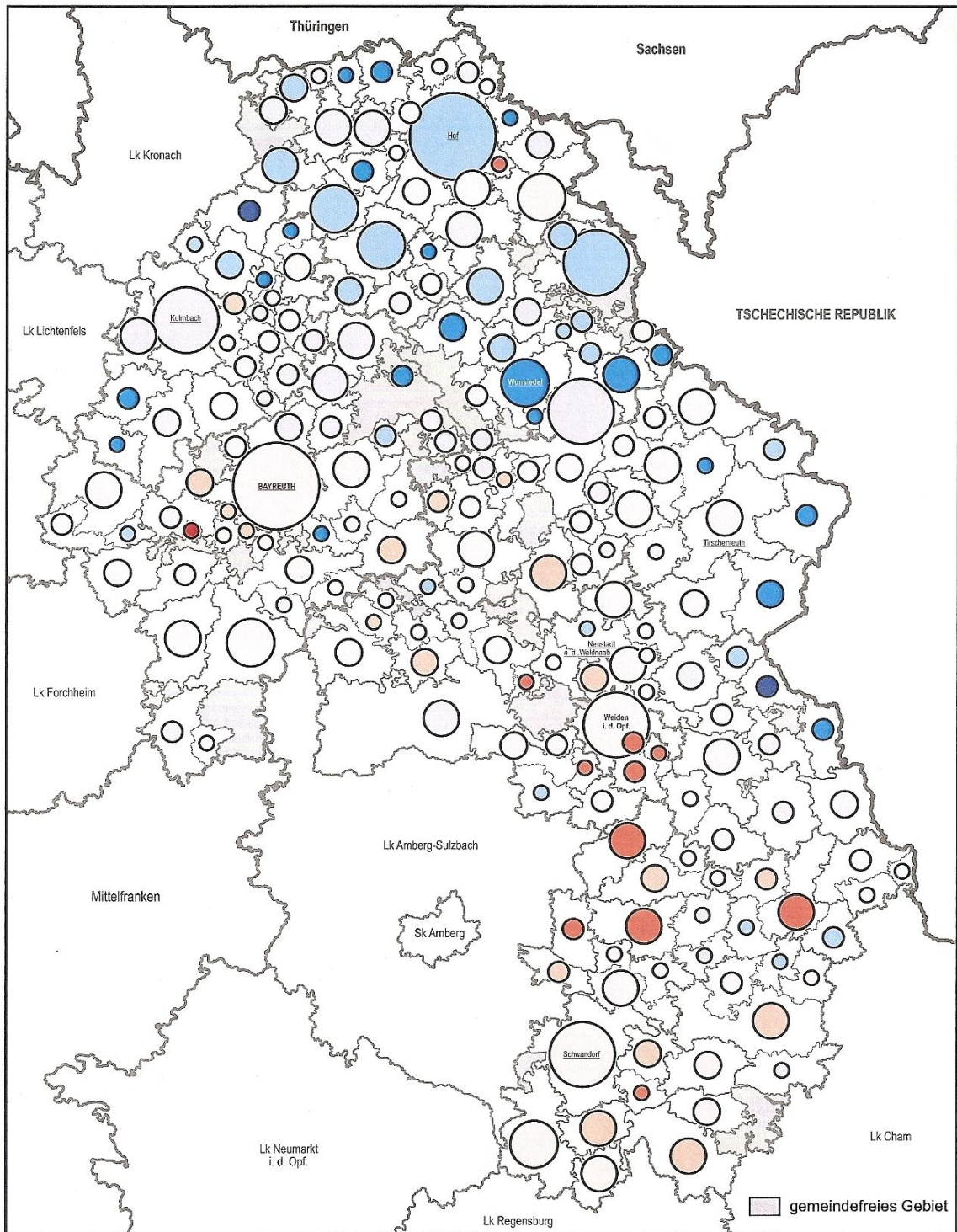
Die Textilindustrie und ihre Entwicklung können als beispielhaft für den Raum Nord-Ost-Bayern angesehen werden. Besonders die grenznahen Gemeinden waren - und sind es teilweise bis heute – geprägt von arbeitsintensiven Industriebereichen. Aufgrund der Zonenrandlage war der Raum jedoch durchaus attraktiv für die Verlagerung von Standorten oder Neugründungen. So entwickelte sich die Region zunehmend zur industriellen „verlängerten Werkbank“ Bayerns. Während sich Firmenzentralen in den Ballungsräumen ansiedelten, wurden einfachere Tätigkeiten in den peripheren ländlichen Raum verlagert. Dabei vollzog sich in Städten wie Bayreuth oder Bamberg, Weiden oder Regensburg ein wirtschaftlicher Strukturwandel, in dessen Verbindung zunehmend Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstanden. Demgegenüber konnte dieser Prozess zur damaligen Zeit im Grenzraum noch nicht beobachtet werden. Nach der Vollbeschäftigung 1965 sorgte jedoch die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft auch hier für einen wachsenden Rationalisierungsdruck. Die wegfallenden Arbeitsplätze konnten dabei im Dienstleistungsbereich nicht völlig ersetzt werden.

---

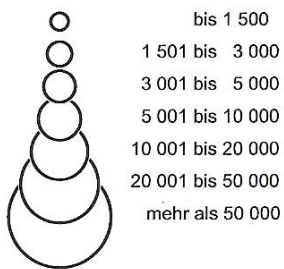
<sup>39</sup> Maier, J., Weber, J., Entwicklung und Struktur der Textilindustrie in Oberfranken nach dem 2. Weltkrieg – eine wirtschaftsgeographische Skizze; in: Geowissenschaftliche Beiträge über Oberfranken, Bd. 1 der Bayreuther geowissenschaftlichen Arbeiten, Bayreuth 1980, S.1



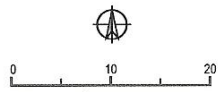
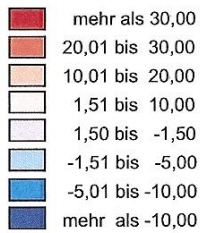
Karte 6 Bevölkerungsveränderung zwischen 1961 und 1970



Anzahl der Bevölkerung am 27.05.1970:



Veränderung der Bevölkerung gegenüber 1961:



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Gemeindedaten  
 Bearbeitung: J. Felner  
 Fachgebiet Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung der Universität Bayreuth 2010

### **3. Wirtschaftliche Stagnation in den 70er Jahren, Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und starkes Wachstum bis Ende der 80er Jahre: 1970 - 1989**

#### **3.1 Die politischen Rahmenbedingungen**

Auf Konrad Adenauers gelungene Versöhnung mit dem Westen folgte in der Ära von Willy Brandt der Ausgleich mit dem Osten. Mit beiden gewann die Bundesrepublik an Einfluss. Nachdem sich die Bundesrepublik und die DDR im sog. Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 auf „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ einigten, erfolgte am 18. September 1973 die Aufnahme beider Staaten in die UNO.

Im April 1974 wurde der Bundeskanzleramtsmitarbeiter Günter Guillaume als DDR-Spion enttarnt, was Willy Brandt zum Amtrücktritt veranlasste. Die Neuwahlen am 16. Mai führten zur Nachfolge durch Helmut Schmidt, während Walter Scheel neuer Bundespräsident wurde. Außen-, deutschland- und innenpolitisch war zu diesem Zeitpunkt die Bundesrepublik in eine demokratische „Normalität“ eingetreten. Der Ölpreisschock Ende des Jahres 1973, ausgelöst durch die Drosselung der Erdölförderung durch die OPEC, veränderte schließlich das politische, ökonomische und gesamtgesellschaftliche Klima. In der Bundesrepublik kam es zu einer lang anhaltenden Rezession mit Energieengpässen und Fahrverboten („Autofreier Sonntag“). Aufgrund der allgemeinen Verunsicherung machte sich auch eine gesellschaftliche Tendenzwende bemerkbar und es entwickelte sich ein Bewusstsein für die Grenzen des Wachstums. Besonders die Ökologiebewegung wuchs angesichts der Zunahme internationaler Umweltkatastrophen mächtig an. Mit der Partei „Die Grünen“ verschafften sich die vormals in Bürgerbewegungen oder nur lose organisierten Friedensbewegten und Umweltschützer einen parlamentarischen Arm.

Angesichts der Ölkrise sowie der Rezession, verbunden mit einer hohen Arbeitslosigkeit, standen seit dem Rücktritt Willy Brandts nicht mehr Utopien und langfristige Zielvorgaben, sondern Pragmatismus und Krisenmanagement im Zentrum der bundesdeutschen Politik. Kontinuität und Konzentration waren daher die Stichworte, unter deren Motto die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Helmut Schmidt am 17. Mai 1974 stand.

Durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und die Unruhen in Polen verhärteten sich jedoch die Fronten des Kalten Krieges erneut und mündeten im NATO-Doppelbeschluss von 1979. Die ökonomischen Folgen der zweiten Ölkrise, die nach der islamischen Revolution im Iran 1979 ausgelöst wurden, zogen die Bundesrepublik ab 1980 in eine erneute Abwärtsspirale. Nachdem Helmut Schmidt die Bundestagswahlen von 1976 gegen Helmut Kohl und 1980 gegen Franz-Josef Strauß gewonnen hatte, verschärfte sich der Streit innerhalb der Regierungskoalition um die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusehends. Am 17. September 1982 zerbrach die Koalition und die SPD stellte ein eigenes Kabinett auf. Mit einem konstruktiven Misstrauensvotum stürzte Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 Bundeskanzler Schmidt, und CDU und FDP bildeten die neue Regierung. Die Bundestagswahlen vom 6. März 1983 gewann die CDU mit Helmut Kohl an der Spitze.

Die Regierungserklärungen von Helmut Kohl nach seiner Wahl zum Bundeskanzler im Jahr 1983 markierten die programmatischen Schwerpunkte der Regierungspolitik für die kommenden Jahre: Wirtschaftlicher Aufschwung, Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Anschluss an die wissenschaftlich-technologische Entwicklung durch eine Stärkung des Investitionswillens und der Investitionsfähigkeit. Doch während es in den folgenden Jahren in der Tat zu einem neuen konjunkturellen Aufschwung mit Wachstumsraten bis zu 4% kam, muss-

te man auch die Erfahrung machen, dass das Problem des Überangebots an Arbeitskräften schwer zu lösen war. Erst gegen Ende der 1980er Jahre ging die Arbeitslosenquote von 9,1% 1984 auf 7,2% 1990 zurück, blieb aber weiterhin auf hohem Niveau und stieg bis 1996 sogar auf 11,6% an.

Die Wahlen zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 gewann die CDU mit Helmut Kohl an der Spitze. Zu einem zentralen Thema wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Staaten vor sich gehenden Veränderungen, die schließlich zum Ende der Ost-West-Konfrontation und zum Fall der innerdeutschen Mauer führten. Am 18. Mai 1989 wurde die Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnet, die am 1. Juli in Kraft trat. Die vier Siegermächte stimmten im September mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der Einheit zu und entließen Deutschland in die volle Souveränität. Am 3. Oktober 1990 wurden die beiden deutschen Staaten wiedervereinigt. 1990 trat der erste gesamtdeutsch gewählte Bundestag unter Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Die vordringlichste Aufgabe für die nächsten Jahre war v.a., die wiedervereinigungsbedingten innenpolitischen Probleme zu lösen, wozu insbesondere der Aufbau Ost, der den Einsatz gewaltiger Finanzmittel erforderte, gehörte.

In Bayern wurde das politische Geschehen bis ins Jahr 1978 von der Ära Alfons Goppel geprägt, der einen besonderen Akzent in seinem dritten Kabinett mit der Einrichtung des bundesweit ersten Umweltministeriums auf Landesebene setzte.

Dieses Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wurde durch einen Beschluss des bayerischen Landtages im Dezember 1970 gegründet. Dieses neue Ressort übernahm der damalige CSU-Generalsekretär Dr. Max Streibl. Zu den zentralen Aufgaben des Staatsministeriums gehörte zunächst die Aufstellung eines Landesentwicklungsprogramms. Als Teilabschnitt des Landesentwicklungsprogramms erfolgte die Einteilung des Staatsgebietes in 18 Planungsregionen.<sup>40</sup>

Ein weiterer Teilabschnitt des Landesentwicklungsprogramms, mit dem der Freistaat Bayern in ein Netz zentraler Orte gegliedert wurde, trat am 1. September 1973 in Kraft. In einer Sitzung am 7. Mai 1974 wurde letztlich der vom Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erarbeitete Entwurf des Landesentwicklungsprogramms beschlossen. Die Staatsregierung legte damit das umfassendste in Bayern bisher erarbeitete Planungswerk der Öffentlichkeit vor. Eines der wesentlichen Ziele des Landesentwicklungsprogramms war und ist es, eine räumlich ausgewogene Landesentwicklung herbeizuführen. Hierzu gehörte insbesondere, das vorhandene Gefälle zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Ballungsräumen und den strukturschwachen, meist ländlichen und peripheren Gebieten weiter abzubauen.<sup>41</sup>

Während in Bonn eine Koalition aus SPD und FDP die Regierung führte, erzielte die CSU auch bei der Landtagswahl 1974 mit 62,1% einen triumphalen Erfolg. Die wesentlichen Schwerpunkte der Regierungsarbeit in der Ära Goppel lagen v.a. in der Wirtschaftspolitik, der Verteidigung der föderativen Rechte des Freistaats gegenüber dem Bund, der Kulturpolitik, den immer dringlicher werdenden Fragen des Umweltschutzes und der Gebietsreformen auf Landkreis- und Gemeindeebene, welche die Leistungsfähigkeit des Verwaltungswesens im Freistaates grundlegend verbessern sollten. Diese in den 1970er Jahren durchgeführte

<sup>40</sup> Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (1974): Landesentwicklung in Bayern; Landesentwicklungsprogramm (Entwurf) Kurzfassung; S. 8 f.

<sup>41</sup> ders., ebenda; S. 8 f.



Reform gehört zu den einschneidendsten Maßnahmen im Bereich der Gebietsaufteilung seit den Zeiten von Montgelas und König Ludwig I. in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>42</sup>

Die Feststellung, dass im Jahr 1970 noch über 20% der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern wohnten und rund die Hälfte aller Gemeinden sogar weniger als 500 Einwohner hatte, führte zu der Einsicht, dass diese Verwaltungsgliederung nicht mehr den wirtschaftlichen Anforderungen und sozialen Verhältnissen entsprach. Die gesamtgesellschaftliche Situation hatte sich mittlerweile durch den Übergang von einer flächenbezogenen Agrargesellschaft ständischer Prägung zu einer standortorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft einem grundlegenden Wandlungsprozess unterzogen. An die Stelle von agrargesellschaftlich und handwerklich geprägten Dörfern, die sich mit Gütern oder Dienstleistungen entweder eigenständig versorgten oder nur den nächsten Marktort in Anspruch nahmen, ist ein ausgeprägtes System zentraler Orte mit zugehörigen Einzugsbereichen auf mehreren Hierarchiestufen getreten, innerhalb derer intensive funktionale Verflechtungen bestehen. Die steigende Mobilität der Bevölkerung führte überdies zu einer Dimensionsvergrößerung der menschlichen Aktionsradien, z.B. bei der Ausübung der sog. Grundfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeitverhalten).

All diese kurz angerissenen Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Situation in ihrer räumlichen Ausprägung machten ein Überdenken der vor ganz anderem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergrund geschaffenen Verwaltungsgebiete, sowohl in ihrer Funktion als auch in ihrer räumlichen Ausdehnung und ihres Verhältnisses zueinander, zwingend erforderlich. Anfang der 1970er Jahre legte die Staatsregierung daher ein Konzept zur Verwaltungsgebietsreform vor. Während der vierstufige Verwaltungsaufbau von Land, Regierungsbezirk, Landkreis und Gemeinde beibehalten wurde, hat die Gemeinde den stärksten Wandel aller räumlichen Organisationsformen erlebt. Die Durchführung der Gebietsreform auf kommunaler Ebene begann bereits 1969 auf freiwilliger Basis. Die weitere, nun durch Rechtsverordnung der Staatsregierung vorgenommene Neugliederung trat am 1. Mai 1978 in Kraft. Durch nachträgliche Änderungen und Korrekturen ergab sich letztlich für den 31. Dezember 1981 eine Zahl von 2.050 Gemeinden, darunter 1.083 Mitgliedsgemeinden in 345 Verwaltungsgemeinschaften. Darüber hinaus wurde die Anzahl der Landkreise von 143 auf 71 reduziert. In den beiden folgenden Karten ist die Verwaltungsgliederung Bayerns vor der Gebietsreform im Jahr 1970 bzw. die deutlich strukturiertere Gebietsaufteilung nach der Reform im Jahr 1976 dargestellt.

---

<sup>42</sup> Hartmann, P. C. (2004): Bayerns Weg in die Gegenwart; S. 581

Karte 7 Bayerns Verwaltungsgliederung 1970



Karte 8 Bayerns Verwaltungsgliederung 1976



Mit dem Abschluss der Gemeindegebietsreform endete auch die Ära von Alfons Goppel als bayerischer Ministerpräsident. Franz Josef Strauß, der seit 1961 Vorsitzender der CSU war übernahm das Amt von Alfons Goppel und wurde neuer bayerischer Ministerpräsident. Nachdem die CSU auch die Landtagswahlen von 1982 und 1986 souverän gewonnen hatte, konnte Franz Josef Strauß bis zu seinem Tod im Oktober 1988 mit einer jeweils absoluten CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag regieren. Die zwei ersten Kabinette Strauß legten den Schwerpunkt ihrer Regierungsarbeit, neben der Verteidigung der eigenstaatlichen Rechte Bayerns gegenüber dem Bund, v.a. auf eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Fortsetzung der Verkehrserschließung und der regionalen Strukturpolitik, die Förderung des

Mittelstandes und den Erhalt der hohen Investitionsraten. Kontinuität in der Bildungspolitik, der weitere Ausbau der Hochschulen sowie eine intensive Beschäftigung mit dem Fragenkreis der Landesentwicklung und des Umweltschutzes besaßen ebenfalls hohe Priorität.<sup>43</sup>

Bei den 11. Landtagswahlen am 12. Oktober 1986 konnte die CSU mit 55,8% der Stimmen ihre absolute Mehrheit behaupten und Franz Josef Strauß blieb weiterhin bayerischer Ministerpräsident. Nachdem sich die CSU-Landtagsfraktion sehr rasch auf den 56jährigen Finanzminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Max Streibl als ihren Kandidaten für das Amt des Regierungschefs geeinigt hatte, wurde dieser am 19. Oktober 1988 zum neuen bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Einen Schwerpunkt seiner Politik bildete der Versuch, die Regionen im Vereinten Europa zu stärken und eine Art „Europa der Regionen“ zu fördern.

Die Grenzöffnung zur DDR am 9. November 1989 und die Beseitigung des „Eisernen Vorhangs“ befreite Bayern schließlich vom Schicksal des Randstaats, vielmehr kam es wieder zurück in der Mitte Europas. Auf der einen Seite war damit die Perspektive einer stärkeren Orientierung nach Norden und Osten verbunden. Auf der anderen Seite entstand jedoch auch ein neuer und ungewohnter Wettbewerbsdruck aus den östlichen „Billiglohnländern“. Die Landesplanung war demnach mit völlig neuen Konstellationen konfrontiert. Unumgänglich war zunächst die Neukonzipierung des Landesentwicklungsprogramms. Zudem wurden grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte für Nordbayern, Nordwestböhmen, das Sächsische Vogtland, den Bayerischen Wald, den Böhmerwald und Oberösterreich ausgearbeitet. Die Kommunen griffen hierzu das Vorbild der „Euregiones“ auf, wie sie schon in den 1960er Jahren an den Grenzen zu den Niederlanden, zu Frankreich und der Schweiz entwickelt worden waren.

Die europäische Randlage bedingte eine allgemein als notwendig anerkannte Subventionspolitik in Form der Grenzlandförderung. Bei der Industrieansiedlung, durch Staatsbeteiligungen direkt und Förderprogramme indirekt angestoßen, hatten sich regionale Monostrukturen herausgebildet, die besonders krisenanfällig waren. Nach dem „Vereinigungsboom“, von dem Bayerns Wirtschaft stark profitieren konnte, traten somit zunehmend auch negative ökonomische Entwicklungen in Erscheinung. Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 92% im Zeitraum von 1970 bis 1991 konnte im Freistaat trotzdem ein enormer Wirtschaftsaufschwung verzeichnet werden. Bayern nahm hinter Hessen damit den zweiten Rang unter den alten Bundesländern ein.

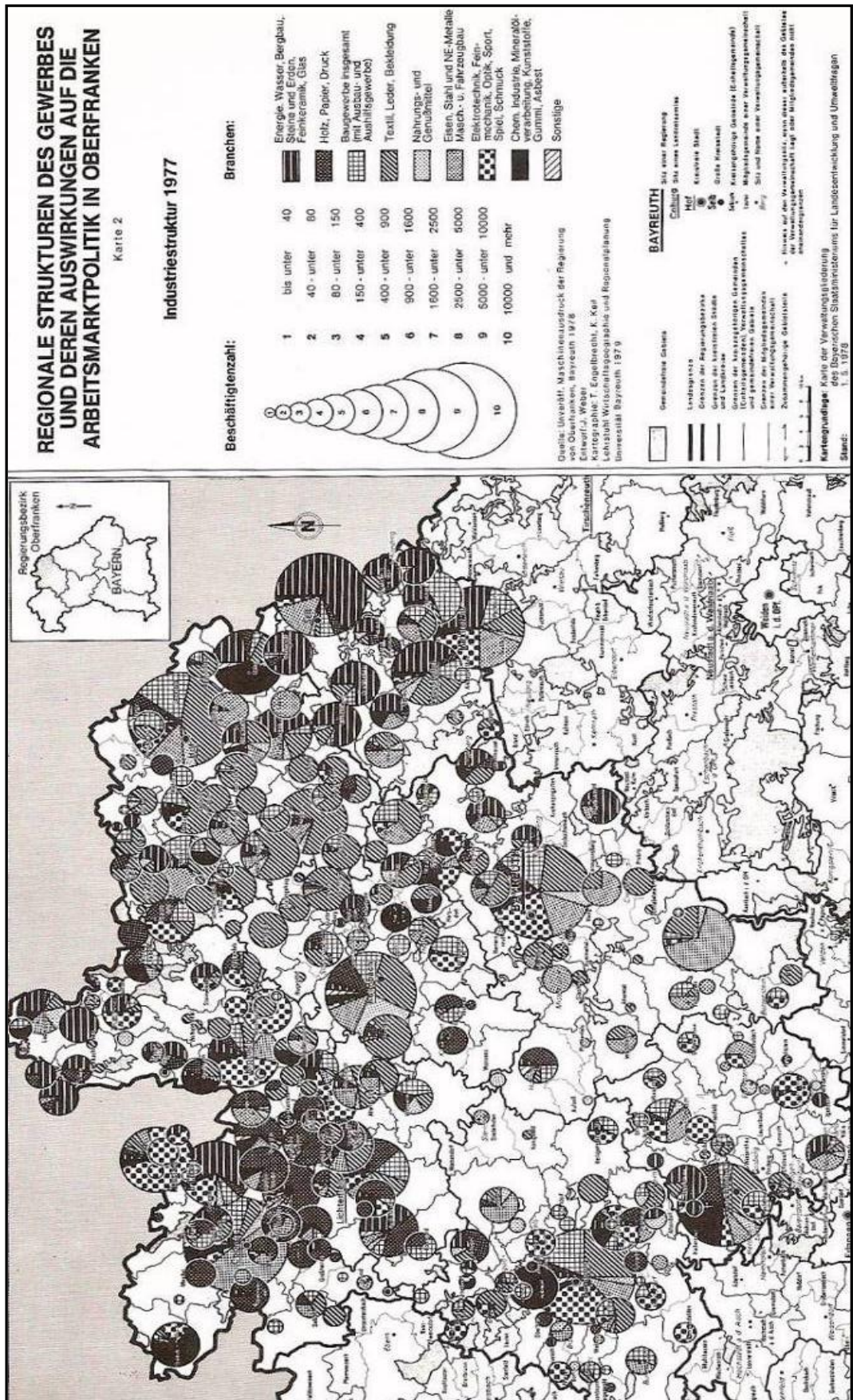
### **3.2 Die Situation im Untersuchungsraum**

Trotz der Textilkrisen von 1957/58 und 1975/76 war der deutliche Überhang industrieller Aktivität raumprägend und erschwerte, wie bereits beschrieben den sektoralen Strukturwandel in der Region. Die räumlichen Ausbreitungsprozesse in der Elektroindustrie und der chemischen Industrie sorgten zwar für eine Auflockerung, stellten jedoch nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung, um die Rationalisierungen in der Textilindustrie auszugleichen.

---

<sup>43</sup> Hartmann, P. C. (2004): Bayerns Weg in die Gegenwart; S. 589

Karte 9 Gewerbestruktur in Oberfranken

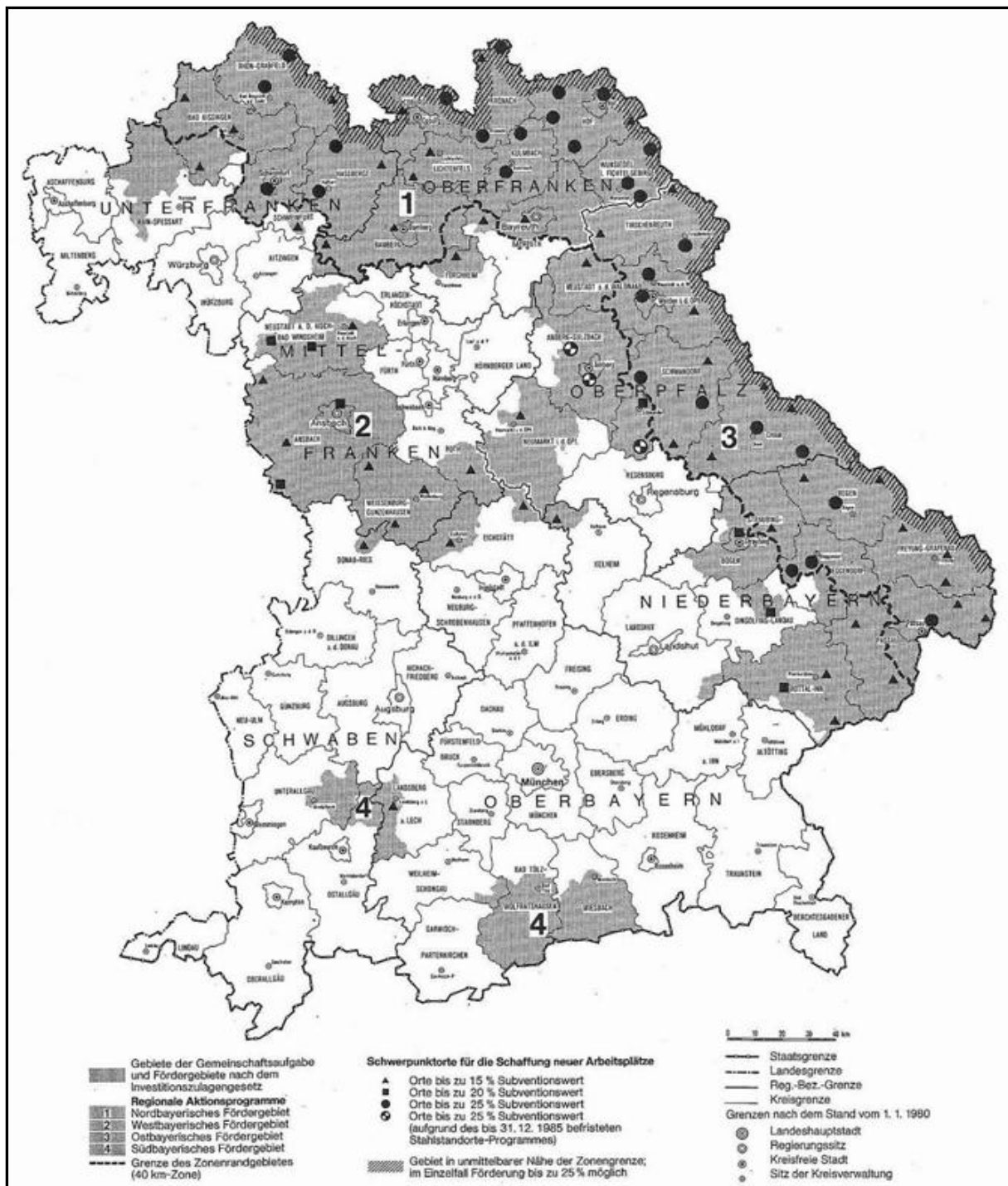


Die regionale Differenzierung zeigt sich auch in den Entwicklungsabläufen bis in die 70er Jahre, konnte doch der Rückgang der Beschäftigtenzahlen in den altindustrialisierten Branchen, besonders stark in der Stadt Hof mit einem Verlust von 5.000 Arbeitsplätzen, nicht durch andere Betriebe oder den sich bereits vollziehenden Wandel der Wirtschaftsbereiche kompensiert werden. So sank zwar der Anteil der Landwirtschaft von 26% 1950 auf 11% 1974, der Dienstleistungsbereich stieg von 24% auf 34%, Industrie und Handwerk machten jedoch mit 55% 1974 immer noch den höchsten Anteil aus; damals der höchste Wert in Bayern. Die seit dem Mauerbau extrem periphere Lage Oberfrankens entsprach demnach nicht dem Charakter eines Notstandsgebietes, sondern einer industriell hoch entwickelten Region, die durch politische Veränderungen eine völlig neue Standortbewertung erfahren hatte.

Erst durch die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den 80er Jahren, beispielsweise die Überwindung der 2.Ölkrise 1979/1980 bzw. in der Sowjetunion die Einführung neuer Wirtschafts-Konzepte zeigte sich die hohe Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft Oberfrankens. Der häufig zitierte Strukturwandel nahm an Fahrt zu, sowohl in Hinsicht auf die drei großen Wirtschaftszweige bzw. in Richtung Tertiärisierung aber auch innerhalb der Branchen und führte zu einem Rückgang in produzierenden Bereichen bei einer Zunahme von Marketing, Vertrieb und Logistik. Die positive Entwicklung bei Kunststoffwaren, im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik bis Mitte der 80er Jahre bei einem weiteren Rückgang im Textilgewerbe und in der Ledererzeugung bzw. -verarbeitung belegen dies augenscheinlich. Ebenso zählte u.a. zu den Kennzeichen dieser Jahre ein deutlicher Anstieg des Bruttoinlandsproduktes, wenn auch weniger stark als im bayerischen Durchschnitt und eine außergewöhnlich hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen. Diese weist allerdings darauf hin, dass es bei der Betrachtung Oberfrankens unbedingt notwendig ist, immer auf die kleinräumige Differenzierung, d.h. einer deutlichen Steigerung der Wirtschaftskraft im westlichen Oberfranken sowie auf das durchaus häufig auftretende Phänomen eines Nebeneinanders von beachtlichen unternehmerischen Erfolgen bei nur geringen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu achten.

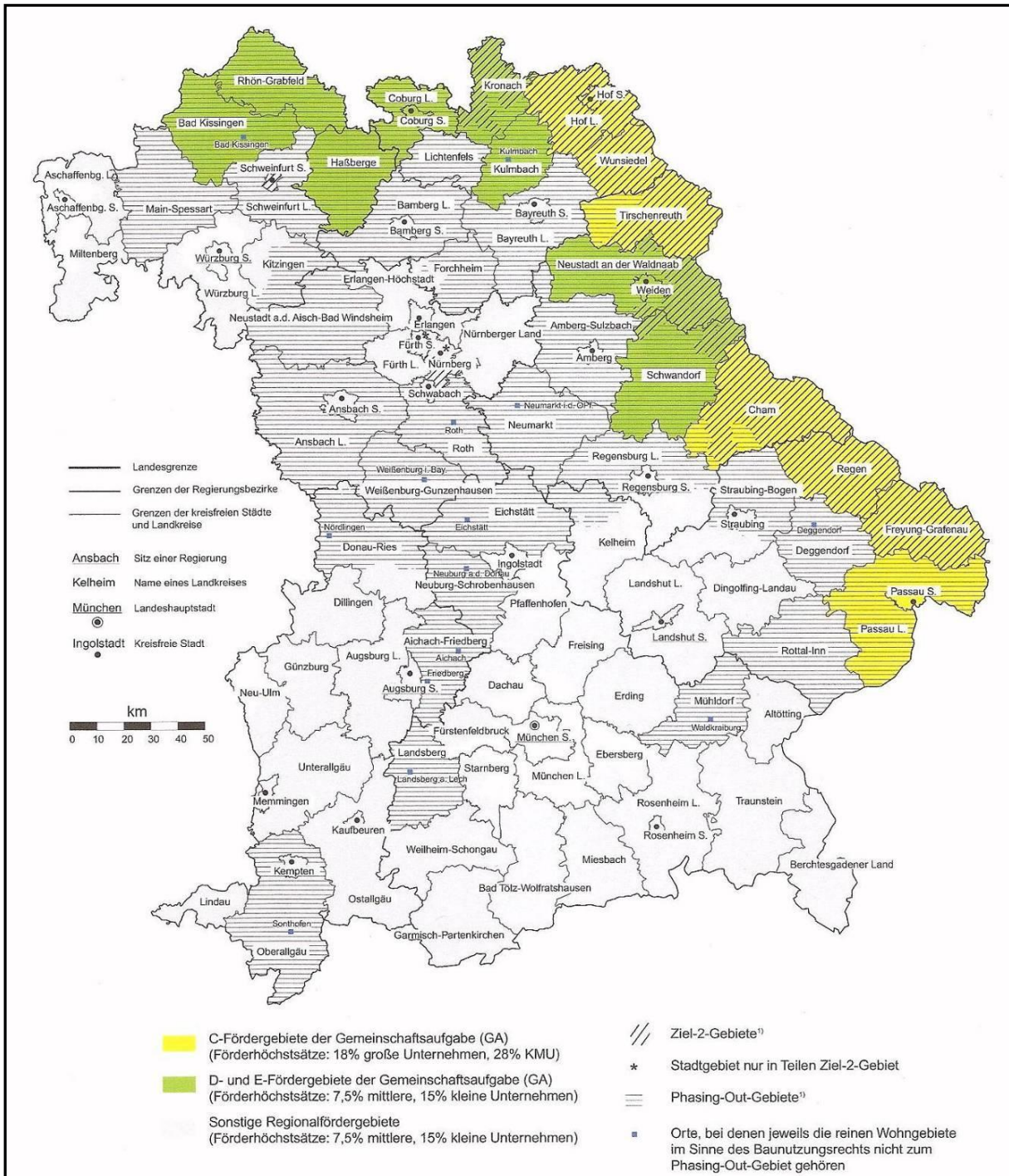
Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 und die dadurch mögliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Oktober 1990 sind für den Regierungsbezirk Oberfranken die wohl einflussreichsten Veränderungen der späten 1980er und 1990er Jahre gewesen. Besonders der Grenzraum der Region war, wie bereits beschrieben, durch den Verlust historisch gewachsener Verkehrs- und Handelswege sowie die Zerstörung der Wirtschaftsbeziehungen zu Sachsen und Thüringen, geprägt. Frühzeitig erkannten die bayerische Landes- und die Bundesregierung die Gefahr der wirtschaftlichen Verödung dieser Regionen und bemühten sich daher um eine Sonderstellung des Zonenrandgebietes. Neben regionalen Förderprogrammen wie Frachthilfen oder Bevorzugung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an dort ansässige Unternehmen, wurde der folgende Grundsatz bereits 1965 in das ROG aufgenommen: „Die Leistungskraft des Zonenrandgebiets bevorzugt mit dem Ziel zu stärken, dass in allen seinen Teilen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen werden, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sind.“ Gefestigt wurde dieser Grundsatz später im Zonenrandförderungsgesetz von 1971.

Karte 10 Die Fördergebietssituation in Bayern am 01.01.1985



Wie in Karte 10 zu sehen ist, war das Zonenrandgebiet ein 40 km breiter Streifen entlang der Ostgrenze der ehem. DDR und der ehem. Tschechoslowakei. Um Fördermittel zu erhalten, mussten mindestens 50% des Gebietes bzw. der Bevölkerung eines Kreises in diesem Streifen liegen. In Oberfranken wurde dieses Kriterium von den kreisfreien Städten Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof sowie von den Landkreisen Bamberg (mit Ausnahme südl. Gemeinden), Bayreuth (mit Ausnahme südl. Gemeinden), Coburg, Kronach, Lichtenfels und Wunsiedel i.F. erfüllt. Das gleiche galt mit Einschränkungen für den Landkreis Kulmbach und Teile des Landkreises Forchheim. In der Oberpfalz fielen die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt an der Waldnaab und Cham in die Förderzone.

Karte 11 Die Fördergebietsituation in Bayern am 01.01.2004



Quelle: BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE (2008): Konjunkturbericht Bayern; Wirtschaft und Arbeitsmarkt im ersten Vierteljahr 2008, in: <http://www.Stmwivt.bayern.de/pdf/wirtschaft/Konjunktur-bericht.pdf>, (vom 10.06.2008)

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wurde die deutschlandpolitische Begründung für die Zonenrandförderung hinfällig. Die negativen wirtschaftlichen Folgen der jahrzehntelangen Randlage bestanden jedoch nach wie vor und schwächten sich erst im weiteren Zeitverlauf ab. Die Zonenrandförderung sollte daher im Zeitraum von sieben Jahren zurückgefahren werden, endete auf Drängen der EG-Kommission jedoch bereits zum 31. Dezember 1994. Der Wegfall der Förderung, welche die



wirtschaftliche Entwicklung Oberfrankens als Element der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beeinflusst hatte, löste daher bei vielen regionalen Akteuren Verunsicherung aus.<sup>44</sup>

Die seit 1969 bestehende Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist auf die Förderung strukturschwacher Regionen beschränkt und soll als zentrales Element der Regionalentwicklung als Hilfe zur Selbsthilfe fungieren. Der Vergleich der Fördergebietssituation in Bayern im Jahr 1984 und im Jahr 2004 zeigt, dass die betroffenen Gebiete in Oberfranken flächenmäßig deutlich geschrumpft sind.

### 3.3 Von der zentralisierten Landesentwicklungs- zur Regionalpolitik

Die sozialen, ökonomischen und verwaltungstechnischen Entwicklungen der 80er Jahre stellten auch die regionale Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auf den Prüfstand. So machte das Aufkommen des ökologischen Gedankenguts sowie veränderte Ansprüche der Bevölkerung, eine Bewertung des Begriffs „Entwicklung“ notwendig, da sich diese nicht in der Reduzierung des Begriffs auf Wirtschaftswachstum ausreichend abbilden lässt. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit ergänzen den Entwicklungsbegriff in Richtung eines auf Ausgewogenheit und Nachhaltigkeit zielenden Entwicklungsbegriffs.

Die klassische, ökonomisch orientierte Regionalpolitik stellt, aufbauend auf dem Exportbasis-Ansatz, die Bewertung von Leistungen einer Region über die Regionsgrenzen hinaus in den Vordergrund. Durch überwiegend finanzielle Mittel versuchte man vor diesem theoretischen Hintergrund die Triebkräfte regionaler Wirtschaft, d.h. insbesondere Industrieunternehmen zur Investitionsfähigkeit bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen anzureizen. Durch die technisch-formale Form dieser Wirtschaftspolitik wurden jedoch wichtige Faktoren, wie etwa das spezifische Wissen, das in einer Region vorhanden ist, außer Acht gelassen.

Ausgehend von Beobachtung etwa im Dritten Italien oder auch dem Silicon Valley in Kalifornien, heftete sich der Blick der Wissenschaft immer mehr auf „weiche“ Faktoren, wie Kreativität, Innovationsfähigkeit und Flexibilität der Menschen, Unternehmen und Institutionen einer Region. Das „kreative Milieu“ als Keimzelle wirtschaftlicher Entwicklung stellt zudem psychologische Faktoren der Gruppenbildung in den Vordergrund. Begleitet wurden diese neuen wissenschaftlichen Sichtweisen durch einen zunehmenden Ruf nach Partizipation und regionaler Eigenständigkeit durch die Bürger und den Mittelstand. Auf diese Weise fand der zunehmende Partizipationswille der Bürgerbewegungen und bürgerlichen Initiativen seinen Niederschlag in der endogenen Regionalentwicklung. In diesem neuen Zusammenhang erscheint die Region nicht mehr als Subventionsempfänger oder als „Container“, sondern als eine Art Organisation, die es versteht, die Potentiale aller regionalen Akteure zu mobilisieren und zu nutzen, um Regionalentwicklung „von unten nach oben“ in die Wege zu leiten. Die Region erscheint in diesem neuen Denkgebäude mehrdimensional: politisch-administrativ in den gegebenen Verwaltungsgrenzen, im Sinne von Entwicklung und Erfolg als Produktions-Cluster bzw. als Milieu des Innovationsgeschehens sowie im soziokulturellen Sinne als emotionale Raumbezogenheit.

Die Verbindung evolutorischer Ansätze wird damit verständlich, ist doch die heutige Regionalkultur durch jahrhundertelange Einflüsse geprägt, in Oberfranken sehr häufig durch von

---

<sup>44</sup> Strecker, W. (1995): Aktuelle Fragen zum Auslaufen der Zonenrandförderung; S. 30f

außerhalb der Region einwirkende Kräfte, denkt man nur historisch an die Auswirkungen Preußens, zu Montgelas oder die industrielle Revolution in Sachsen. Regionalkultur wird jedoch auch durch Denkmuster, Muster des Fühlens und des potentiellen Handelns gestaltet.

Im Rahmen der neuen Sichtweise ist auch die Verlagerung und Dezentralisierung öffentlicher Einrichtungen zu sehen, die in den 80er Jahren stattfanden. Ausgehend von der Annahme, dass trotz der endogenen Potentiale staatliche Steuerungsmechanismen notwendig sind, um eine weitere Peripherisierung strukturschwacher Regionen einerseits und andererseits eine Fortsetzung der Agglomerations- und Konzentrationsprozesse zu verhindern, begann man vermehrt, öffentliche Einrichtungen in ländlich-periphere Regionen zu verlagern.

Während es in der ersten Phase der Dezentralisierung staatlicher Einrichtungen in den 70er Jahren neben regionalökonomischen Impulsen im wesentlichen um das Ziel des Ausgleichs von (Versorgungs-) Defiziten, also beispielsweise um die Schaffung gleichwertiger Bildungschancen und Zugangsmöglichkeiten in höhere Bildungseinrichtungen und somit um die Gründung von Universitäten und Fachhochschulen oder auch um den Aufbau medizinischer Einrichtungen (z.B. Gesundheitsämter) ging, liegen den jüngsten Maßnahmen der Neugründung oder Verlagerung staatlicher Einrichtungen andere Motive zugrunde. Im Vordergrund stehen dabei sowohl strukturpolitische als auch arbeitsmarktstrukturelle Wirkungen., wobei – in Anbetracht zunehmender regionalstruktureller Disparitäten der Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen das regionalpolitisch relevante Ziel darstellt. Dieser aus dem Zielsystem der bayerischen Landesentwicklungspolitik abgeleitete Stellenwert der Dezentralisierung staatlicher Einrichtungen findet auch Eingang in den Standortentscheidungs- und –findungsprozess staatlicher Neugründungen oder Verlagerungen. Neben verwaltungsorganisatorischen Aspekten finden in dem Standortentscheidungsprozess zunehmend regionale und kommunale Strukturdefizite Berücksichtigung. beispielsweise im Bereich der Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt oder Verkehrsstruktur. Damit verbindet sich aus der Sicht der Landesentwicklungspolitik die Erwartung, dass die Dezentralisierung administrativer Institutionen eine Reihe regionaler und kommunaler Wirkungen induziert, die Ansatzpunkte einer sich selbst tragenden Entwicklung sein können.<sup>45</sup>

Die regionalökonomischen Dimensionen der Neugründung einer staatlichen Einrichtung wird an den Beispielen der Universität Bayreuth (Baubeginn 1974) und der Bayerischen Beamtenfachhochschule in Hof deutlich: Einer der bedeutendsten Ausgabefaktoren einer neugegründeten staatlichen Einrichtung stellt das Volumen der Bauinvestitionen dar, geht es dabei doch um einen Investitionszeitraum von mindestens fünf bis zehn Jahren. (Uni Bayreuth 12 – 15 Jahre; Bayerische Beamtenfachhochschule in Hof 6 – 8 Jahre). Durch die Bauinvestitionen entstanden direkte Transformationen der zur Verfügung gestellten Finanzmittel an die bauausführenden Unternehmen; über die Gehälter und Löhne gelangt das Geld schließlich in den regionalen Wirtschaftskreislauf, ein Effekt, der bei orts- oder regionsfremden Unternehmen, auch bei Einrichtung einer zeitlich befristeten Zweigniederlassung (wie etwa bei der GRW vorgeschrieben), nicht gegeben sein muss.<sup>46</sup>

Das Gesamtvolumen der Bauinvestitionen betrug im Falle der Universität Bayreuth im Zeitraum von 1974 – 1987 236 Mio. DM, wobei der Ausbau der Universität bis heute noch nicht

---

<sup>45</sup> Troeger-Weiß, G. (1987) Dezentralisierung und Landesentwicklungspolitik in Bayern; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung H.52, Bayreuth

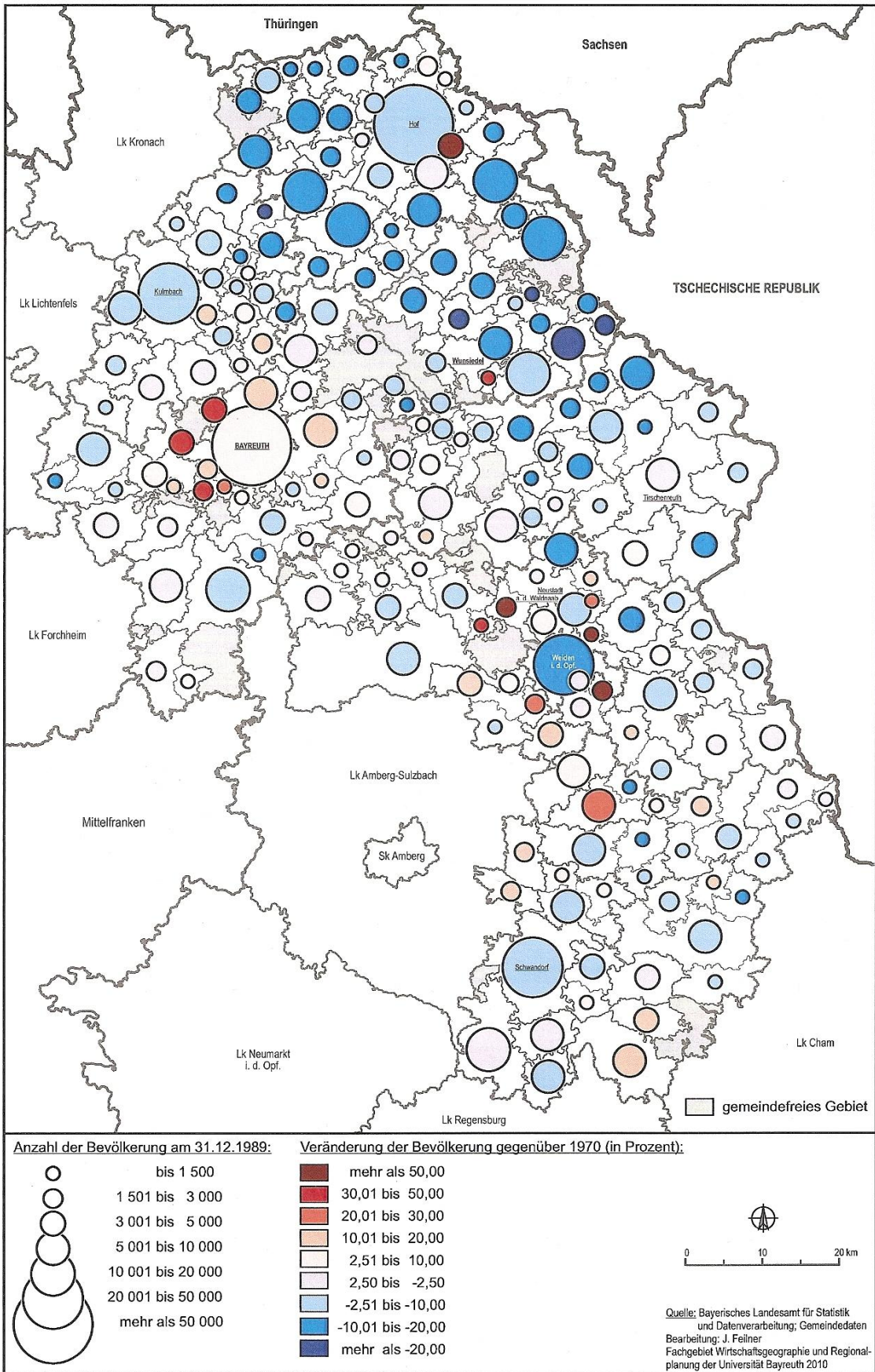
<sup>46</sup> dies., ebenda

abgeschlossen ist. Das Beispiel des Gebäudes Naturwissenschaften I (Gesamtinvestition ca. 90 Mio. DM) zeigt deutlich, dass ca. 2/3 aller Bauausgaben (Bauvorbereitung, Bauausführung, gutachterliche Tätigkeit, Kunst am Bau u.a.) an in Oberfranken ansässige Unternehmen gingen. Es muss jedoch gesagt werden, dass die Ausstrahlungen der ersten Bauphase hauptsächlich auf Unternehmen in Stadt und Landkreis Bayreuth zu spüren waren. Die anderen Landkreise partizipierten nur bedingt. Bei der Bayerischen Beamtenhochschule in Hof schlug die Bauinvestition mit ca. 44 Mio. DM zu Buche. Auch hier floss ein großer Teil der Investitionen an Unternehmen aus der Stadt Hof. Beachtenswert ist, dass die Verteilung der Erst- und Betriebsinvestitionen einen eindeutigen Schwerpunkt im östlichen Teil von Oberfranken aufweist, während in die Planungsregion Oberfranken West nur vereinzelt und kleinere Bauaufträge vergeben wurden.<sup>47</sup>

---

<sup>47</sup> dies., ebenda,

Karte 12 Bevölkerungsveränderung zwischen 1970 und 1989



### 3.4 Die Situation des Tourismus in der Untersuchungsregion

#### – Das hohe Fichtelgebirge als Beispiel

Oberfranken-Ost zählte, wie bereits beschrieben, vor dem 2. Weltkrieg zu einem wichtigsten Fremdenverkehrsgebiet im Deutschen Reich. Da nach dem Krieg die Region von einem Großteil der Herkunftsgebiete seiner Gäste abgeschnitten war, hatten die meisten Fremdenverkehrsgemeinden im Untersuchungsraum große Probleme. West-Berlin, das seine touristischen Zielgebiete im Thüringer Wald, im Erzgebirge und Riesengebirge bzw. im Ostteil des Harzes verloren hatte, wurde als Herkunftsgebiet deshalb sehr interessant, so erreichte der Anteil an Berlinern im Jahre 1954 in Oberfranken 70% und mehr. Die günstige verkehrsstrukturelle Anschließung des Fichtelgebirges war im Zusammenhang mit dem lange bestehenden Buspendelverkehr Berlin-Bischofsgrün sicherlich ein wichtiger Entwicklungsfaktor für den Aufbau des Tourismus im Fichtelgebirge.

Trotz allem muss die Entwicklung des Fremdenverkehrs in den 90er Jahren bereits als rückläufig und im bayernweiten Vergleich unterdurchschnittlich in der Entwicklung bezeichnet werden. In den größeren Fremdenverkehrsgemeinden ist zwischen 1975 und 1986 eine rückläufige Entwicklung der Fremdenverkehrszahlen festzustellen, so etwa in Warmensteinach, Wirsberg, Bad Berneck u.a. Allerdings sind auch eine Reihe von Gemeinden von positiven Entwicklungstendenzen geprägt, etwa Bischofsgrün, Fichtelberg oder Weißenstadt, was jedoch teilweise auf die bescheidene Ausgangssituation im Bereich der touristischen Entwicklung zurückzuführen ist. Darüberhinaus zeigt sich, dass nahezu alle oberfränkischen Gemeinden Rückgänge bei der Zahl der Ankünfte zu verzeichnen hatten.

Die touristische Bedeutung der Gemeinden in der Planungsregion Oberfranken-Ost bleibt – gemessen am Indikator der absoluten Zahl der Übernachtungen im Vergleich zur Bevölkerung, der sog. Fremdenverkehrsintensität – in den 90er Jahren bescheiden, weist doch die Mehrzahl der Fremdenverkehrsgemeinden zwischen 100.000 und 250.000 Übernachtungen auf, so dass die wirtschaftliche Bedeutung nur in ausgewählten Bereichen entsprechend gegeben ist. Darüber hinaus erfuhren die oberfränkischen Mittelgebirgsräume einen Strukturwandel in der touristischen Nachfrage, sind sie doch nicht mehr Ziel der Haupturlaubsreise, sondern der Zweit- und Dritturlaubsreise, was die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in ausgewählten Gemeinden, so etwa in Bischofsgrün mit 8 Tagen oder in Bad Berneck mit 6 Tagen belegen. Außerdem gelang es in dieser Zeit nur teilweise neue Gästegruppen anzusprechen und zu gewinnen.

Obwohl das landschaftliche Attraktivitätspotential in den oberfränkischen und oberpfälzischen Mittelgebirgen sicherlich vorhanden ist, muss doch erwähnt werden, dass dieses allein noch nicht für eine Intensivierung des Fremdenverkehrs ausreichend war. Hinzu kommt, dass die Struktur des Beherbergungsgewerbes innerregional im Hinblick auf die qualitative und quantitative Ausstattung große Unterschiede aufwies, während die vorhandene Bettenkapazität quantitativ als ausreichend betrachtet werden konnte, wies die qualitative Struktur im Betrachtungszeitraum – im Vergleich zum übrigen Bayern – große Probleme auf. Ein großer Teil der Bettenkapazität befand sich in Privatquartieren, was sich insbesondere im Frankenwald beobachten ließ. Gewerbliche Betriebe mit relativ hoher Bettenkapazität und Voraussetzungen für den Bustourismus lagen eher in Randbereichen. Oftmals entsprach jedoch die Ausstattungsqualität in den Privatquartieren nicht den Anforderungen der Nachfrager; so war ein großer Teil der Privatzimmer in der Kategorie D angesiedelt, d.h. ohne Dusche und WC im Zimmer.

## **4. Deutsche Wiedervereinigung und regionale Sonderkonjunktur 1989 bis 1996**

### **4.1 Die überregionalen Rahmenbedingungen**

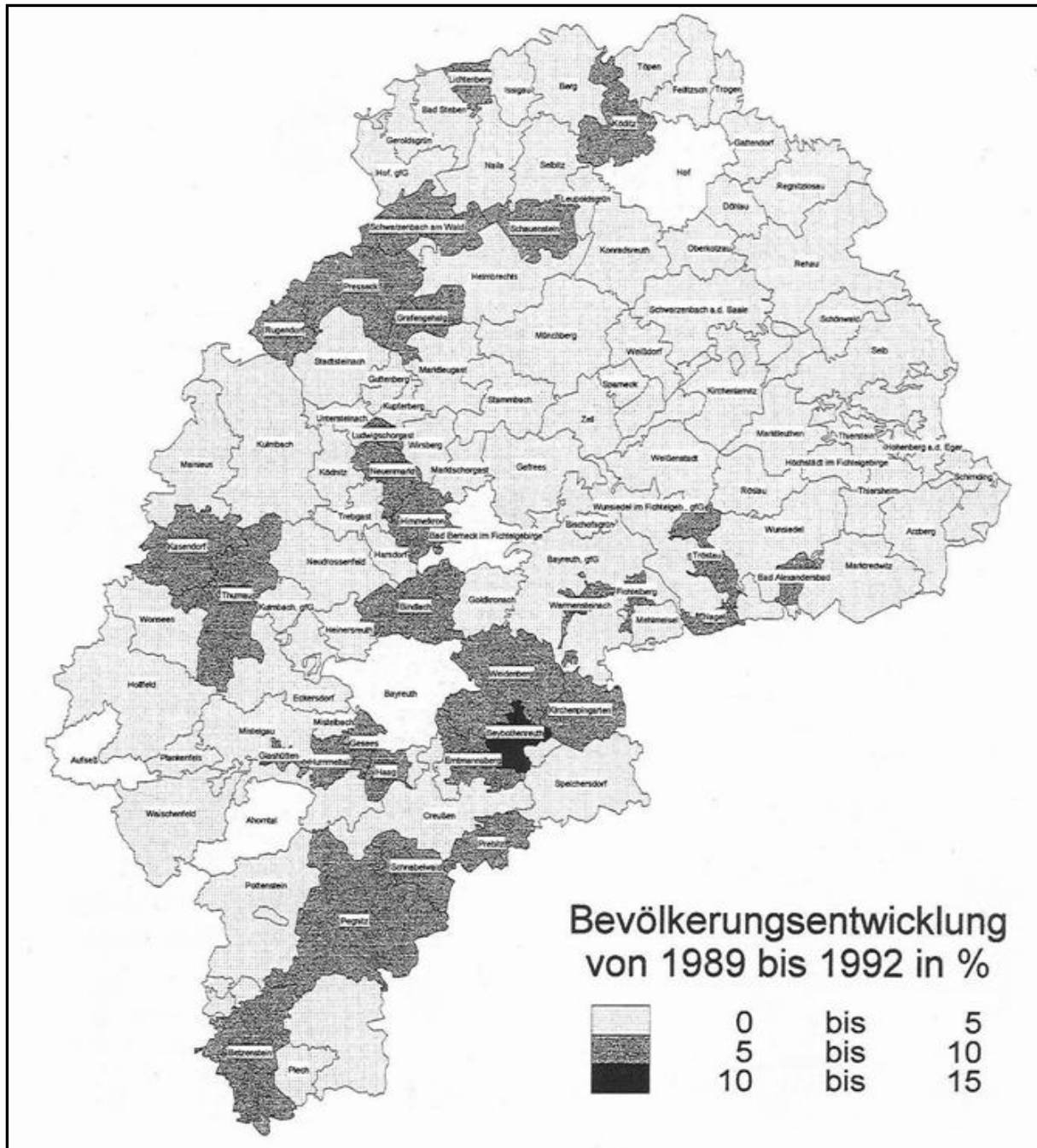
Die Rahmenbedingungen der regionalen Entwicklung änderten sich völlig durch den Zusammenbruch des politischen Systems in den RgW-Ländern und vor allem durch die deutsche Wiedervereinigung. Dabei war der Wegbruch der Zonenrandförderung für Oberfranken v.a. deshalb problematisch, weil im gleichen Zuge die Förderungen in den neuen Bundesländern deutlich angehoben wurden. Der Regierungsbezirk ist daher nach wie vor mit den Problemen einer Grenzregion konfrontiert. Während sich jedoch im Standortwettbewerb mit Thüringen und Sachsen das ungünstige Fördergefälle negativ auswirkte, verschärfte sich die wirtschaftliche Situation seit der Öffnung der Grenzen zu Osteuropa und insbesondere zur Tschechischen Republik infolge der dort niedrigeren Arbeitskosten.

Bezüglich der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Oberfrankens haben sich infolge der Grenzöffnung jedoch auch viele positive Impulse ergeben. Die Region rückte von der Lage am Rande Europas wieder in den Mittelpunkt der Europäischen Gemeinschaft. Gerade für die exportorientierten Betriebe eröffneten sich dadurch neue Absatzmärkte, wobei gerade die Tschechische Republik zu einem der wichtigsten Handelspartner nicht nur für Oberfranken, sondern für ganz Deutschland wurde.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Oberfrankens verlief sehr unterschiedlich. Betrachtet man etwa den Zeitraum zwischen 1981 und 1989, so nahm die Bevölkerung beispielsweise im Umland von Bayreuth oder im Einflussbereich des großen Verdichtungsraumes Nürnberg/Fürth/Erlangen bis zu 30% zu. In Nordostoberfranken, mit den Schwerpunkten um Stadtsteinach und Grafengehaig bzw. Helmbrechts sowie Schwarzenbach an der Saale, Selb oder Arzberg kam es hingegen zu starken Bevölkerungsverlusten bis zu 20%. Dies lag sicherlich zum einen an der peripheren Lage, auch im Zusammenhang mit dem Rückgang der Landwirtschaft in diesen ertragsschwachen Gebieten bzw. am Rückgang der klassischen Industriebranchen Textil und Porzellan. Zu völlig neuen Entwicklungstendenzen kam es dann durch die politische Wende und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90. Zuwanderer aus den neuen Bundesländern führten zu einem Ausgleich, teilweise sogar zu einer Umkehr der bisherigen Entwicklungen.

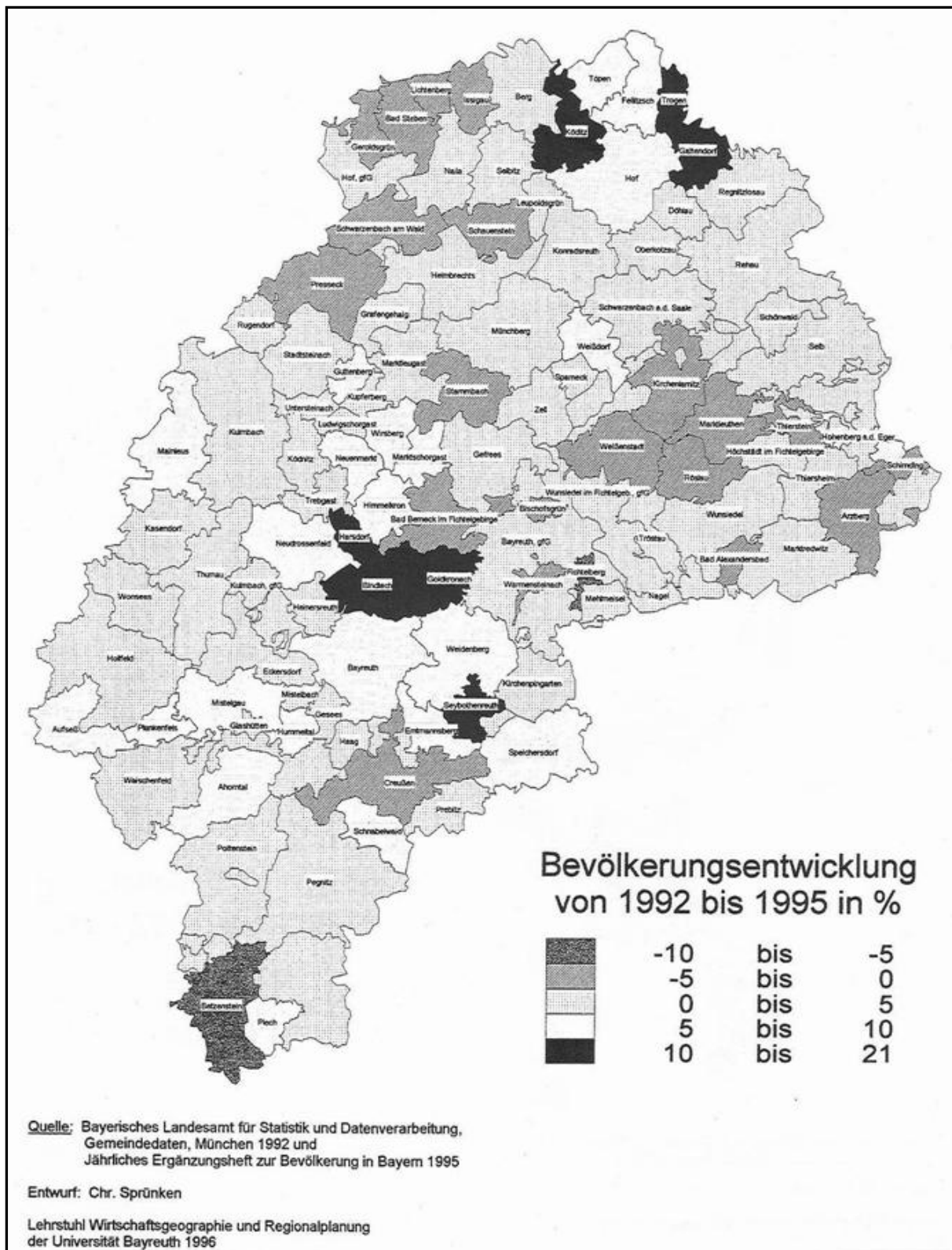
Das Jahr 1990 war das Jahr mit dem höchsten Wanderungsgewinn gegenüber der ehemaligen DDR, über 77.000 Personen bayernweit. Auch für Oberfranken brachte dieses Jahr die stärksten Gewinne, beispielsweise mit 159,7 Personen je 10.000 Einwohner für die Region Oberfranken-Ost. Die Wanderungsgewinne gingen zwar ab 1991 gegenüber den neuen Bundesländern zurück aber selbst das Jahr 1993 erbrachte noch weitere Zuwanderungen, so dass von Seiten der Bevölkerungsentwicklung die Grenzöffnung als ein wichtiger positiver Wanderungsimpuls zu werten ist (als eine Art Sonderkonjunktur).

Karte 13 Bevölkerungsentwicklung im östlichen Oberfranken 1989 bis 1992



Quelle: Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung (2008)

Karte 14 Bevölkerungsentwicklung im östlichen Oberfranken 1992 bis 1995 in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung, Bayreuth 2008, Daten aus: BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG

Ab dem Jahr 1993 trat ein neues Phänomen auf, dass der oberfränkische Raum seit dem 2. Weltkrieg bislang nicht kannte, nämlich die Auswirkung offener Grenzen. Allmählich setzten sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen und „Normalisierungstendenzen“ offener Gren-



zen durch, die dazu führten, dass sich das Bevölkerungswachstum nach 1992 verlangsamte und teilweise sogar in eine Bevölkerungsabnahme umkehrte. Während beispielsweise die nördlichen Umlandgemeinden von Bayreuth und Hof einen weiterhin starken Bevölkerungszuwachs von über 10% verzeichnen konnten, verloren die peripher gelegenen Gemeinden des Landkreises Wunsiedel i.F. wieder an Einwohnern. Der Grund hierfür liegt darin, dass sich die Wanderungsbewegungen aus den neuen Bundesländern mittlerweile erheblich verringert hatten und sich der wirtschaftliche Strukturwandel im östlichen Oberfranken bis hin zum Strukturbruch einiger altindustrialisierter Branchen besonders markant auswirkte. Selbst Wirtschaftszweige, die noch vor wenigen Jahren als Wachstumsbranchen angesehen wurden, wie der Maschinenbau und die Elektroindustrie, wiesen negative Entwicklungen auf.

Mit seinen rund 1,1 Mio. Einwohnern war und ist der Regierungsbezirk Oberfranken von einer Vielzahl Zentraler Orte geprägt, wobei ein Netz von 53 Zentralen Orten mit den Stufen der Unter-, Mittel- und Oberzentren den Kern der Siedlungsstruktur bildet. Die Zunahme der Zahl Zentraler Orte in Oberfranken stellt ein Ergebnis des Landesentwicklungsprogramms Bayern 1994 dar. Vergleicht man das Netz Zentraler Orte mit der Situation im Landesentwicklungsprogramm Bayern 1984, so zeigt sich im Fall der Planungsregion Oberfranken-West ein Zuwachs von neun Zentralen Orten (ausschließlich Unterzentren). In der Folge führte dies dazu, dass Bamberg und Coburg, von Möglichen Oberzentren zu Oberzentren aufgestuft wurden. Noch deutlicher fiel allerdings der Anstieg im östlichen Oberfranken aus. Auch hier wurden die Möglichen Oberzentren Bayreuth und Hof zu Oberzentren aufgestuft, insgesamt hatte sich in der Planungsregion Oberfranken-Ost die Zahl der Zentralen Orte innerhalb eines Jahrzehnts von 16 auf 30 nahezu verdoppelt, wobei diese Ausweitung v.a. auf eine Lockerung des Kriterienkatalogs zurückzuführen war. Zugleich ist damit auch von Seiten der Politik die Absicht zu erkennen, ein Signal für die Chancen und Möglichkeiten der Entwicklung an der nun offenen Grenze zu geben. Festzuhalten bleibt jedoch, dass eine Höherstufung in der Zentrale-Orte-Hierarchie in erster Linie ein Planungsraster für die Landesplanung darstellt und keine unmittelbaren Wirkungen auf die Entwicklung einer Gemeinde entfaltet, wenngleich der Image-Faktor nicht unterschätzt werden darf.

## 4.2 Die Situation im Untersuchungsraum

Der direkte Einfluss der Wiedervereinigung auf die grenznahen Gebiete Oberfrankens muss zunächst als eher gering eingestuft werden. So zeichnet etwa OFFER 1991 folgendes Bild:

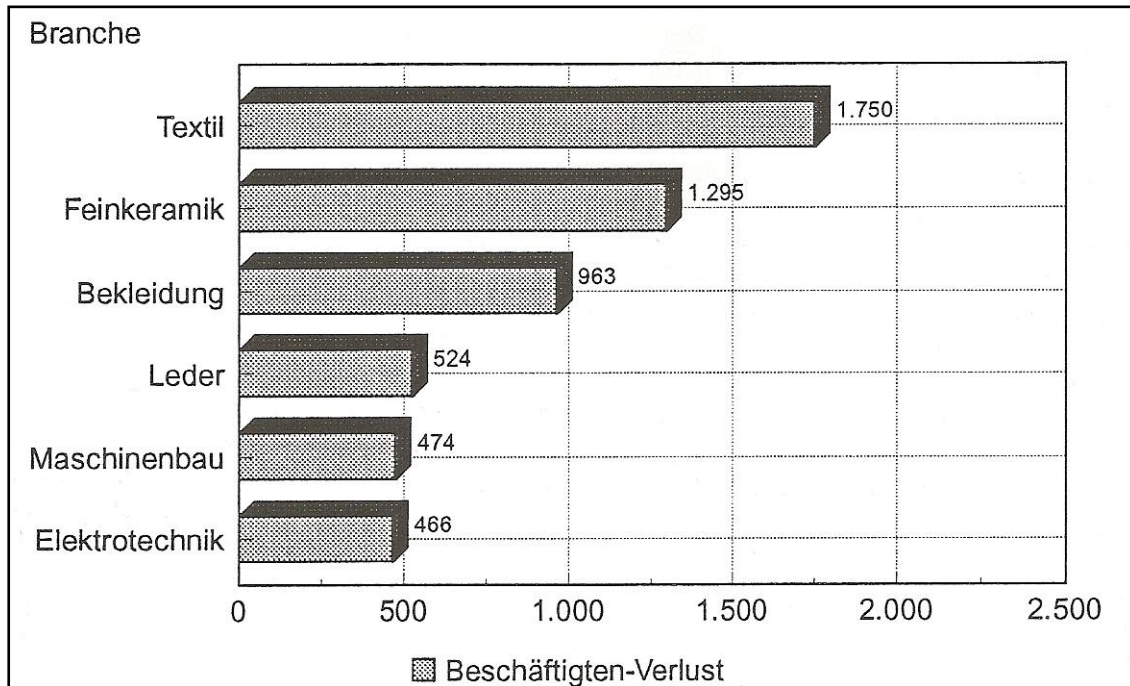
*„Wie dokumentiert, sind die positiven Wachstumsimpulse durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bzw. die Herstellung der deutschen Einheit in den ehemaligen Zonenrandgebieten nahe der Tschechoslowakei vergleichsweise gering. Insbesondere konnte für die zur Tschechischen Republik nahen Grenzgebiete eine relativ geringere Investitionsreagibilität auf die Investitionsbedingungen in den neuen Bundesländern nachgewiesen werden.“<sup>48</sup>*

Es wird offensichtlich, dass durch den bloßen Wegfall des Eisernen Vorhangs noch kein Problem des Grenzraums gelöst war. Eine realistischere Sichtweise auf die Problematik sowie die positive Prognose des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur Technologie und Verkehr, die v.a. auf den Chancen der Kooperation mit osteuropäischen Unternehmen beruhten, machten trotzdem den Weg für eine neue Form der Regionalpolitik

<sup>48</sup> Offer, M. (1991) Das Zonenrandgebiet nach der deutschen Einigung; Mainz, S.234

und Wirtschaftsentwicklung frei. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufstufung von zentralen Orten im peripheren Raum zusehen, sollte doch so die Reaktions- und Handlungsfähigkeit der Gemeinden erhöht werden.

Abb. 3 Arbeitsplatzabbau in Oberfranken



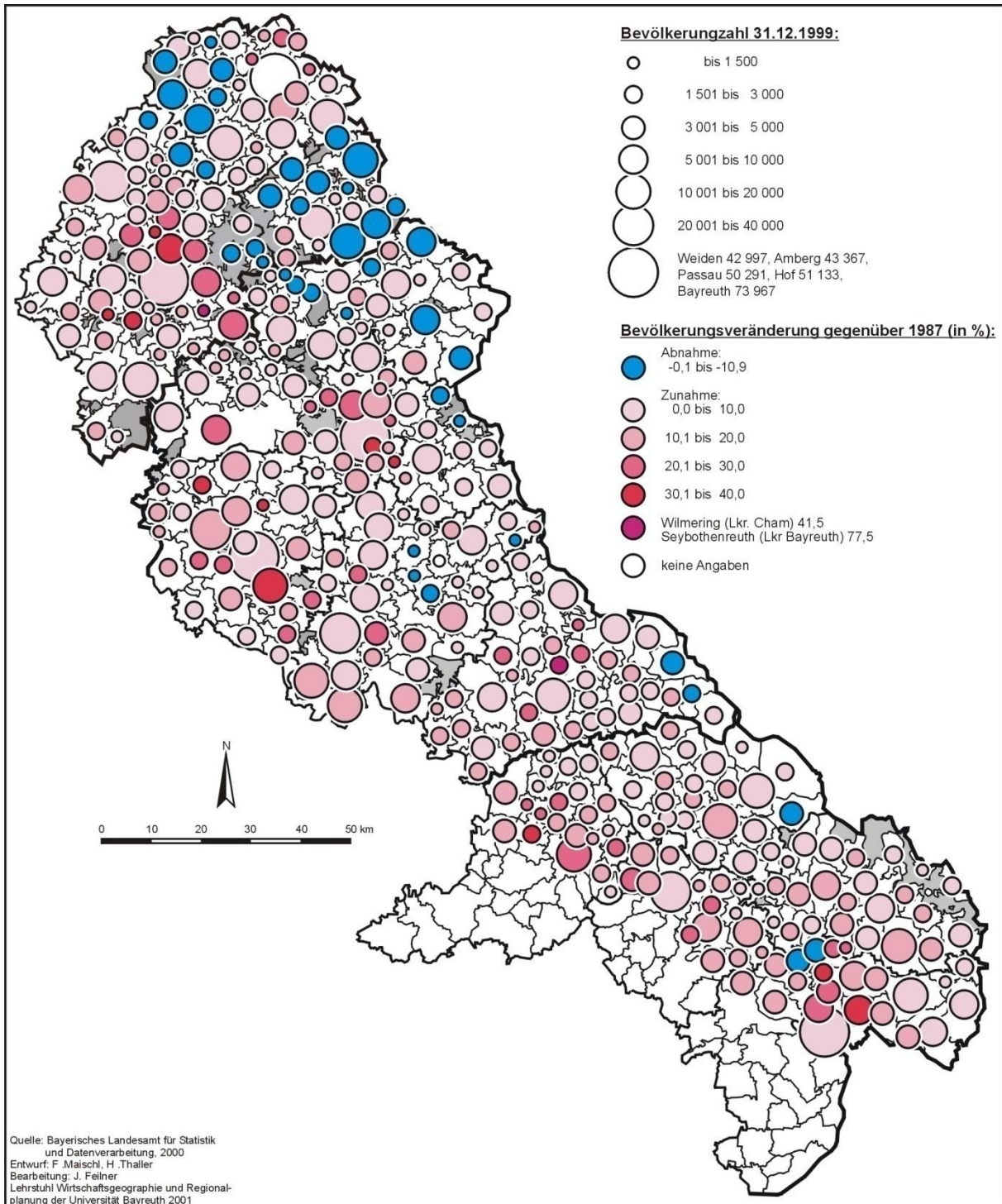
Quelle: Eigener Entwurf, Bayreuth 1993

Der Strukturwandel nahm nun auch im Untersuchungsraum an Fahrt zu. Die deutsche Wiedervereinigung und ihre Sonderkonjunktur 1990-1994 waren in ihrer Auswirkung auf den Grenzraum gravierend. So konnte Oberfranken nach der deutschen Wiedervereinigung durch ein überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaft in vielen Bereichen profitieren. Jedoch führte das weitestgehende Wegbrechen der Grenzlandförderung bei gleichzeitigem Anheben der Förderungen in den neuen Bundesländern zu einem enormen regionalen Gefälle. Zudem konnte sich das wirtschaftliche Wachstum nicht auf den Arbeitsmarkt auswirken. Arbeitsplatzabbau war in allen industriellen Branchen spürbar.

Diese Situation wirkte sich auch auf die Veränderung der Bevölkerungszahlen aus. Bereits 1993 setzten in den Landkreisen Hof, Kronach und Wunsiedel, aber auch in der Fränkischen Schweiz, starke Wanderungsbewegungen zuungunsten der Ballungsräume ein. Weswegen die Bevölkerungszahlen von 1987 bald wieder unterschritten wurden. Diese Entwicklung ist auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurückzuführen und die Tatsache, dass es gerade für qualifizierte Arbeitskräfte nur wenig Entwicklungsmöglichkeiten in den Abwanderungsregionen gab. Hier wirkte sich gerade die kleinteilige Unternehmensstruktur mit geringen Aufstiegsmöglichkeiten in der Region aus.

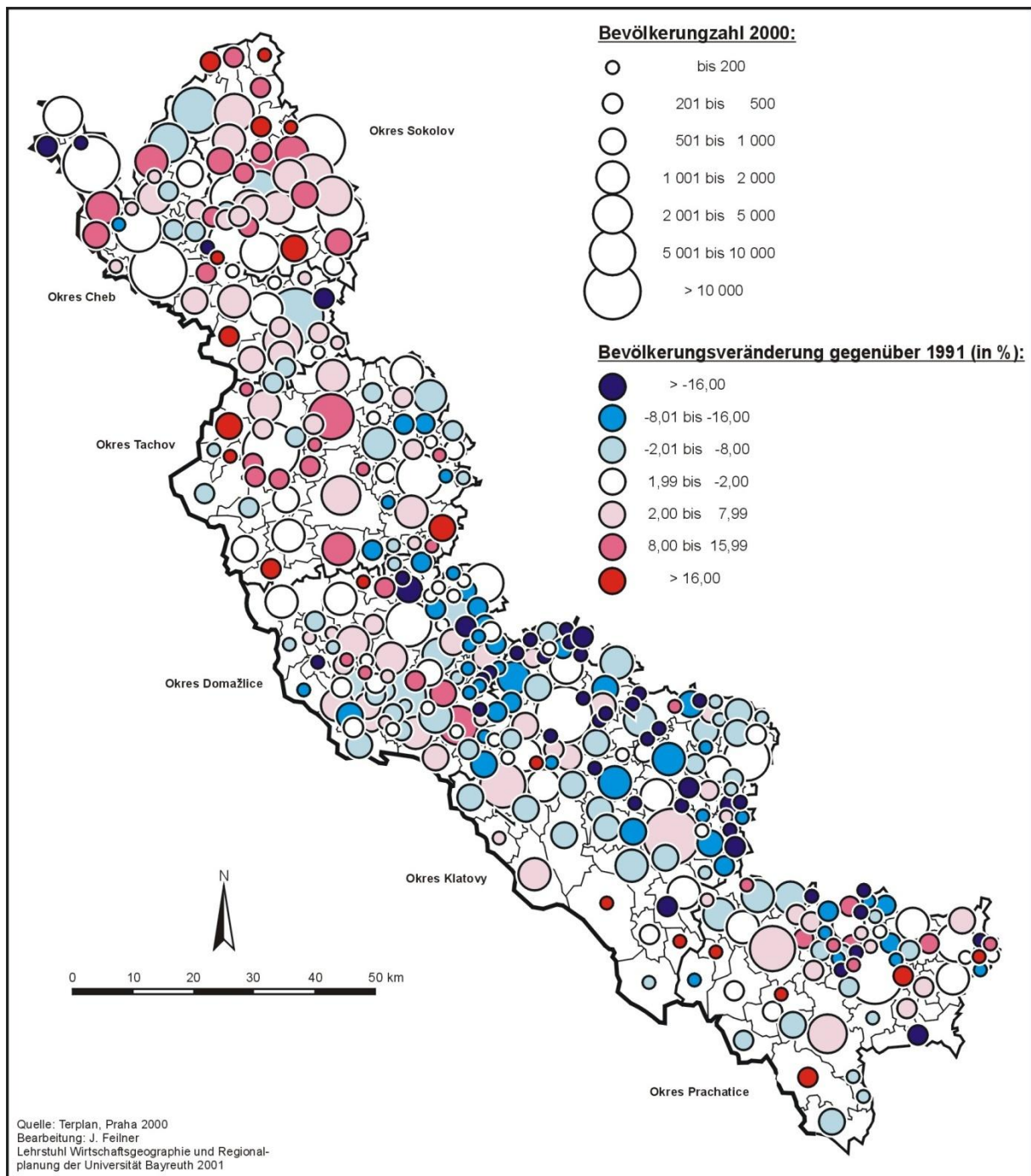
Ansonsten ist die Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsraum gegenüber 1987 durchaus positiv. Diese Tatsache weist eher auf eine ökonomische Stabilisierung im Untersuchungsraum hin.

Karte 15 Bevölkerungszahl 1999 und Veränderung gegenüber 1987 (in %)



**Quelle:** Eigene Darstellung, Bayreuth 2001

Karte 16 Bevölkerungsentwicklung in der Tschechischen Republik 1991 - 2000



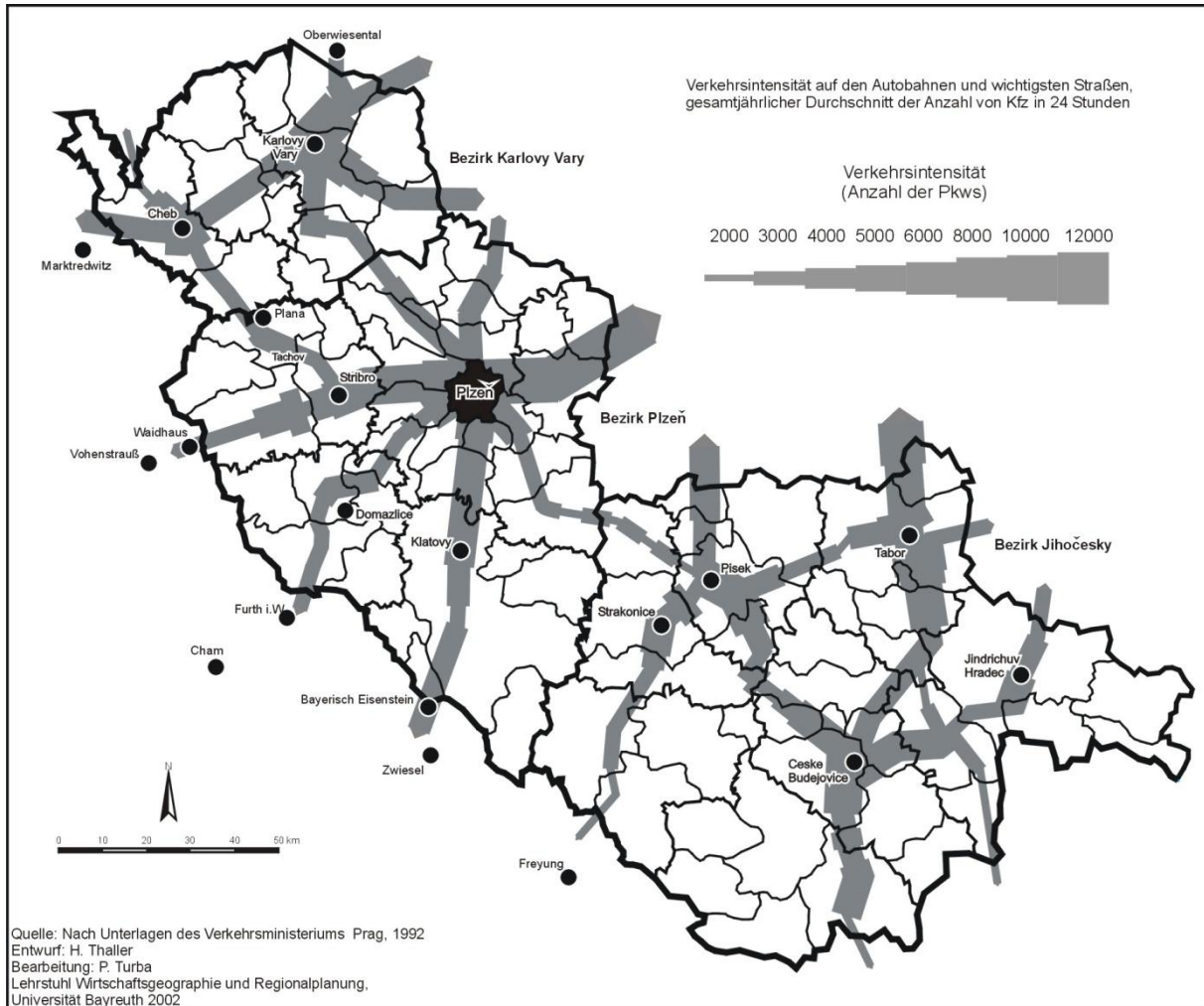
**Quelle:** Eigene Darstellung, Bayreuth 2001

Karte 16 zeigt, dass es in der Tschechischen Republik gerade die Bereiche in der Nähe zur deutschen Grenze und im besonderen Maße die nördlichen Okres (Cheb, Tachov und Sokolov) sind, die eine positive Entwicklung ihrer Bevölkerungszahlen erlebten.

Karte 17 belegt, dass zwischen Cheb/Eger und Selb bereits kurz nach der Auflösung der Sowjetunion die höchste Verkehrsintensität herrschte. Dies ist, neben der positiven Entwicklung der Bevölkerung durchaus als ein Signal für eine Aufbruchsstimmung zu werten. Leider konnte diese Situation nicht auf den gesamten deutschen Grenzraum übertragen werden. Aufgrund des Wegfallens der Zonenrandförderung und dem damit einhergehenden Förder-

gefälle floss ein Großteil des Investitionskapitals in die neuen Bundesländer und im Zuge der Privatisierung der tschechischen Industrie auch dorthin.

Karte 17 Verkehrsintensität zwischen Deutschland und Tschechien 1992



Quelle: Eigene Darstellung, Bayreuth 2002

### 4.3 Direkte Auswirkungen der Grenzöffnung

Eine Betrachtung der grenzübergreifenden Verflechtungen ab 1989 soll im Folgenden die Auswirkungen der Grenzöffnung auf die Lebensrealität im Untersuchungsraum dokumentieren. Im Untersuchungsgebiet liegen die sechs Grenzübergänge Selb, Schirnding, Waldsassen, Mähring, Bärnau und Waidhaus. Bis unmittelbar nach 1989 waren zunächst nur Schirnding und Waidhaus für den internationalen Verkehr geöffnet. Die südliche Verbindung über Waidhaus, gleichzeitig als Europastraße 50 ausgewiesen, sollte mittelfristig als Autobahn ausgebaut werden und eine leistungsfähige Verbindung zwischen dem mittelfränkischen Verdichtungsraum, Prag und den osteuropäischen Ländern bilden. Die Betrachtung des Grenzverkehrsaufkommens und hier insbesondere des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs verdeutlicht zunächst die offensichtliche Veränderung der Rahmenbedingungen in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Der grenzüberschreitende Personenverkehr betrug im Jahr 1980 noch 840.000, im Umbruchjahr 1989 schon 2,3 Mio. und bereits 1991 35 Mio. Personen. Danach verlangsamte sich die Entwicklung etwas. Bis 1996 war nur noch eine Steigerung um weitere 5 Mio. zu verzeichnen.<sup>49</sup> Aus den verflechtungsanalytischen Betrachtungen zeigte sich nicht nur, dass seit der Grenzöffnung rege grenzüberschreitende Beziehungen entstanden sind. Sie konzentrieren sich zudem in hohem Maße auf die Region und zeigen damit die Bedeutung kleinräumiger Verflechtungen.

Starke Kontakte haben sich auch bei der grenzüberschreitenden Wirtschaftsverflechtung entwickelt. Gerade bei der Wirtschaft zeigt sich der Effekt der stark unterschiedlichen Struktur, nach der das „Korea vor der Haustür“ auf deutscher Seite bereits nach wenigen Jahren zu hohen Teilnahmeraten an grenzüberschreitender Kooperation geführt hat. Von den in der Tschechischen Republik registrierten Joint Ventures waren über 40% mit deutscher Beteiligung angelegt. Bei den Beziehungen zu den marktwirtschaftlichen Ländern nahm und nimmt die BRD den klaren ersten Platz ein. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die kurzen Verkehrswege aber auch durch die traditionellen Kontakte mit Abnehmern und Zulieferern.

Auch auf westböhmischer Seite ist die Beteiligung an grenzüberschreitenden Partnerschaften sehr weit fortgeschritten. Durchaus von Bedeutung ist, dass auch kleine Betriebe die Chance entsprechend aufgenommen haben, wie für eine grenzüberschreitende Regionalentwicklung oftmals eingefordert. Allerdings warfen die grenzüberschreitenden Verflechtungen auch zahlreiche Diskussionen auf. Eine Umfrage der IHK Oberfranken Bayreuth ergab etwa im Jahre 1993, dass 45% der Betriebe hauptsächlich aufgrund von Auslandsinvestitionen ihre Inlandsinvestitionen zurücknahmen oder sogar gar nicht mehr investieren wollten. 42% der Betriebe planten dabei den Abbau von Beschäftigten in Oberfranken.

Die Arbeitsmarktverflechtungen zwischen den Grenzräumen belegen, dass auch auf diesem Gebiet ein reger Austausch stattfand. Allein im Landkreis Wunsiedel kamen nach Informationen des Arbeitsamtes Bayreuth über die Grenzgängerregelung 1991 über 1900 Arbeitskräfte aus dem Nachbarland. Die Dunkelziffer illegaler grenzüberschreitender Tätigkeit reichte nach Einschätzung der Arbeitsämter von 50% bis 100% der legalen Zahlen. In der Konsequenz zeigten sich die Effekte für den nordostbayerischen Arbeitsmarkt jedoch in den Verdrängungseffekten älterer und weniger gut ausgebildeter Arbeitskräfte, so dass die Arbeitslosenquote in den Bereichen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord trotz des Anstieges der Zahl der Arbeitsplätze ebenfalls anstieg.<sup>50</sup> Auch die Reduzierung der Werkvertragskontingente, mit denen die Arbeitsverwaltung die Notbremse zu ziehen versuchte, änderte dieses Problem aufgrund der schwarz tätigen Grenzgänger nicht.

Auch auf der tschechischen Seite herrschten Ängste vor. So befürchtete man eine Überfremdung und einen Ausverkauf durch das ausländische Kapital. Außerdem wurde der Abzug junger Arbeitskräfte, wobei v.a. die Selektivität im Hinblick auf junge, dynamische und gut qualifizierte Bevölkerungsgruppen negativ bewertet. Im Vordergrund standen v.a. die Berufsgruppen Gastronomie und Hotellerie sowie soziale Berufe.

Bei den Einkaufsverflechtungen wurde zum damaligen Zeitpunkt noch keine Breitenwirkung festgestellt. Die in Oberfranken zusätzlich realisierte Kaufkraft der Tschechen blieb in ihrer absoluten Bedeutung eher gering. Hier wirkte sich die Grenzöffnung nach Thüringen und

<sup>49</sup> Birk, F.; Identitätsraummanagement in grenzüberschreitenden Regionen – die EUREGIO EGRENSIS; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 190, Bayreuth 2000; S. 91

<sup>50</sup> ders., ebenda; S. 92

Sachsen weit stärker aus. Der Abzug der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung war in bestimmten Branchen jedoch deutlich zu spüren. Tabakwaren etwa hatten im Grenzraum 60-80% Umsatzeinbußen zu beklagen; ähnliches im Bereich Alkoholika. Ebenfalls zu beobachten waren Abzugseffekte bei den Dienstleistungen, wobei insbesondere die Gastronomie viele Kunden an die Anbieter in Westböhmen verlor. Auf tschechischer Seite wurde die besondere Nachfrage nach Kunstwerken und Antiquitäten nur in Einzelfällen in wenig fundierten Stellungnahmen unter der Rubrik „kaufen alles weg“ kritisiert, auf die regionalen Wertschöpfungseffekte wurde jedoch nicht hingewiesen.

Gegenseitige persönliche Kontakte zu Freunden, Bekannten und Verwandten spielten offenkundig ebenfalls eine bedeutende Rolle. Allerdings muss die große Bedeutung der Sprachbarriere betont werden. Räumlich konzentrierten sich die Verflechtungen in der Tschechischen Republik auf wenige bekannte Ziele bei geringer Aufenthaltsdauer, so dass von einer breiten, grenzüberschreitenden Orientierung noch keine Rede sein konnte.

#### **4.4 Regionale Fallstudien – Die Stadt Rehau und der Kurort Bad Steben**

Die Stadt Rehau mit ca. 80 km<sup>2</sup> Gemeindefläche und über 10.000 Einwohnern gehört zu den größten Städten des Landkreises Hof. Leder-, Porzellan- und Bekleidungsindustrie sowie die Firma REHAU AG als führendes Unternehmen in der Herstellung und Verarbeitung polymerer Werkstoffe geben Rehau den Charakter einer Industriestadt. Die großen Industriebetriebe und das breitgefächerte Spektrum an mittelständischen Betrieben bieten nicht nur den Rehauern, sondern auch vielen Erwerbstätigen aus den Nachbargemeinden eine große Zahl an Arbeitsstätten. Große Waldflächen im Osten der Stadt und die hügelige Landschaft führten zum Slogan „Stadt Rehau – Industriestadt im Grünen, mit Herz und Kultur“.

Bad Steben ist mit 600 m über dem Meeresspiegel an der Grenze zu Thüringen inmitten des Frankenwaldes das höchstgelegene bayerische Staatsbad. Das föhnfreie Mittelgebirgsklima mit reiner Luft und die Hochtallage wirken sich gerade bei Herzkranken günstig aus. Die hauptsächlichen Kurmittel sind Radon, Kohlensäure und Moor. Der stille oberfränkische Kurort verzeichnete nach dem Krieg einen starken Zuwachs an Kurgästen. Mit der Tempelquelle zählt Bad Steben zu den wenigen Radon-Heilbädern Mitteleuropas. Aufgrund seiner Attraktivität wurde Bad Steben auch als bevorzugter Wohnstandort von jungen Familien und älteren Menschen gewählt.

In beiden Orten zeigte sich, dass die Öffnung der Grenze altersabhängig beurteilt wurde. Die älteren Menschen hatten die Grenzziehung miterlebt. Vorher bestanden rege Kontakte zu der Bevölkerung in Thüringen, Sachsen und Böhmen. Meist hielten diese Kontakte auch während der 40-jährigen Trennung durch die Grenze an. Den jüngeren Bevölkerungsschichten fehlten oftmals Beziehungen zu diesen Gebieten. Es ließ sich deshalb mit zunehmendem Alter eine positive Beurteilung der Gebiete feststellen.

#### **4.5 Die Euregio Egrensis**

Die Idee, eine Euregio in diesem Raum zu schaffen, entstand bereits 1990. In der Folgezeit organisierten sich die drei verschiedenen Teilräume. Die Einrichtung der tschechischen Arbeitsgemeinschaft wurde bereits 1991 veranlasst. 1992 wurde die EUREGIO EGRENSIS-Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V. mit Sitz in Marktredwitz eingerichtet. In dem eingetragenen

Verein sind Kommunen, Unternehmen und zahlreiche andere Verbände und Institutionen organisiert. Wenig später fand die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Sächsisches Vogtland / Westerzgebirge in Bad Elster statt. Die Verbindung der drei Arbeitsgemeinschaften in einer grenzüberschreitenden Organisation sowie die Organisation grenzüberschreitender Arbeitsgruppen erfolgten am 3.2.1993 in Eger/Cheb.

Die EUREGIO EGRENSIS erstreckte sich in Bayern auf die Planungsregionen Oberfranken-Ost mit den Landkreisen Hof, Kulmbach, Wunsiedel i.F., Bayreuth sowie auf die kreisfreien Städte Hof und Bayreuth, in der Region Oberpfalz Nord auf die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt an der Waldnaab, Amberg-Sulzbach, Schwandorf und die kreisfreien Städte Weiden und Amberg. Auf tschechischer Seite waren zunächst die Kreise Karlsbad/Karlovy Vary, Tachau/Tachov, Falkenau/Sokolov und Eger/Cheb einbezogen. Hinzu kommt eine Reihe von Landkreisen im sächsischen und thüringischen Grenzraum.

Das grenzüberschreitende Trilaterale Entwicklungskonzept sollte einen Vergleich der Entwicklungssituation in allen drei Staaten ermöglichen. Daran waren Gutachter aus allen drei Ländern beteiligt. Konzeptionelle Schwerpunkte der Euroregion zum Gründungszeitpunkt waren:

- Grenzüberschreitende Regional- und Kommunalentwicklung in unterschiedlichen Strukturbereichen durch Unterstützung der Zusammenarbeit öffentlicher und privater Planungsträger,
- grenzüberschreitendes Regional-, Projekt- und Umsetzungsmanagement,
- Informationsmanagement, d.h. Weitergabe sowie Vermittlung von Informationen insbesondere im Rahmen der EU-Beratung (Information über europäische Fördermöglichkeiten),
- Konfliktmanagement bei regional oder kommunal divergierenden Entwicklungen durch Diskussion in den Gremien der EUREGIO EGRENSIS,
- Regionalmarketing und Öffentlichkeitsarbeit,
- Stärkung der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit des Dreiländerecks Bayern-Sachsen/ Thüringen-Böhmen.

Die EUREGIO EGRENSIS war jedoch nicht der einzige Ansatz der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung. Zu den weiteren Ansatzpunkten zählten die ÖKOREGIO EGRENSIS – eine Art Parallelorganisation mit Umweltbezug – und das Festival Mitte Europa, das vom Sänger Thomas Thomaschke bereits Anfang der 90er Jahre als völkerverbindendes Kulturereignis in diesem Raum etabliert wurde. Weiter existierten eine ganze Reihe weiterer grenzüberschreitender Projekte, wie etwa die Sommerakademie in Eger.

## **5. Die Zeit von 1997 bis 2004: Der Weg zur EU-Osterweiterung**

### **5.1 Die überregionalen Rahmenbedingungen**

Bei den Bundestagswahlen vom 27. September 1998 ging die Ära von Helmut Kohl zu Ende. Erstmals gelang es den Sozialdemokraten, eine Wahl aus der Opposition heraus zu gewinnen und stärkste Fraktion zu werden. Zusammen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bildete die SPD die rot-grüne Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Zu den Zielen der neuen Regierung gehörten u.a. eine ökologische Steuerreform sowie der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie. Auch die Senkung der Arbeitslosenquote stand auf der Ta-



gesordnung, da mit 4,8 Mio. Arbeitslosen im Februar 1998 ein neuer Nachkriegsrekord erreicht wurde.

In den Sommermonaten des Jahres 1999 zog der Bundestag von Bonn nach Berlin um und nahm dort am 7. September 1999 seine Arbeit auf. Mit der Eröffnung des Reichstages wurde Berlin nun auch de facto Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Zu den ersten Maßnahmen der Regierungskoalition auf arbeits-, sozial- und gesundheitspolitischem Gebiet gehörten die Rücknahme einer Reihe von sozialen Kürzungen und Einschränkungen, die der vorhergehende Bundestag mit der Mehrheit von Union und FDP beschlossen hatte. Doch immer stärker bestimmten gravierende soziale, wirtschaftliche und finanzielle Probleme die Debatten im Bundestag: Schwaches Wirtschaftswachstum, steter Anstieg der Arbeitslosigkeit, die immer schwieriger werdende Haushalts- und Finanzlage. Zudem zeigte sich, dass der Sozialstaat auf die demographischen Veränderungen der Gesellschaft nicht genügend vorbereitet war: Immer mehr älteren Menschen stehen immer weniger Kinder gegenüber. Hinzu kamen für Bund, Länder und Gemeinden ansteigende Schuldenlasten. Ein in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers im März 2003 angekündigtes Reformprogramm, die Agenda 2010, sollte auf diese Probleme Antworten geben.

Gegen die umfassende Reform des Arbeitsmarkts kam es wegen befürchteter Leistungskürzungen zu zahlreichen außerparlamentarischen Protestaktionen, insbesondere gegen die zusammenfassend als Hartz IV bezeichneten Reformen. Auch in der Fraktion und Partei der SPD regte sich mehr und mehr Widerstand gegen Teile der Agenda 2010. Mit dem Wahlsieg der CDU bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 verstärkte sich die Stimmenmehrheit im Bundesrat zugunsten der Opposition. Deshalb entschloss sich Bundeskanzler Schröder, vorgezogene Neuwahlen anzustreben. Wie vom Kanzler erwartet, fand der Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, in der namentlichen Abstimmung am 1. Juli 2005 nicht die erforderliche Mehrheit. Bundespräsident Horst Köhler löste daraufhin den Bundestag auf und setzte Neuwahlen an.

## **5.2 Die Situation in Bayern**

Nachdem Edmund Stoiber am 21. Oktober 1994 erneut zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, kam es 1998 zu einigen Verfassungsänderungen. Es wurden erfolgreiche Volksbegehren und in der Folge Volksentscheide zur Abschaffung der zweiten Kammer Bayerns, d.h. des Senats, und andere Verfassungsveränderungen betrieben. Außerdem wurden mit großer Mehrheit die Weiterentwicklung von Grundrechten und Staatszielen und schließlich die Reform von Landtag und Staatsregierung beschlossen.

Die Landtagswahlen vom 13. September 1998 gewann die CSU mit 52,9% der Stimmen. Zum ersten Mal seit 1974 konnte die CSU mit diesem Wahlergebnis wieder zulegen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung (83%) Edmund Stoiber als guten Ministerpräsidenten einstufte und 72% ihr Land als die wirtschaftliche Nummer eins in Deutschland ansahen. Und in der Tat hatte Bayern 1998 die geringste Arbeitslosigkeit, die größte Investitionsrate und darüber hinaus die geringste Pro-Kopf-Verschuldung unter allen Bundesländern. Letztere lag im Freistaat Ende 1997 bei 4.867 DM je Einwohner

und betrug damit nicht einmal ein Fünftel der Verschuldung Bremens (25.063 DM je Einwohner) und wenig mehr als ein Drittel der des Saarlandes (13.990 DM je Einwohner).<sup>51</sup>

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosenquote im Freistaat, so war diese im Zeitraum von 1997 bis 2007 meist unter allen Bundesländern am geringsten. Angesichts der allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland stieg ab 2002 auch die Arbeitslosigkeit in Bayern stark an und der Freistaat verlor seine Spitzenposition im Wirtschaftsbereich teilweise an Baden-Württemberg, blieb aber in Deutschland weit vorne. Bis zum April 2008 senkte sich die Arbeitslosenquote von zwischenzeitlich 8% wieder auf 4,4%, womit Bayern im Ländervergleich weiterhin seine zweitgünstigste Position hinter Baden Württemberg (4,2%) behaupten konnte.<sup>52</sup>

Bei den Patentanmeldungen, einem Indikator für die Innovationsfähigkeit eines Landes, nahm Bayern im Landesvergleich ebenfalls eine gute Position ein. So erreichte der Freistaat 1997 bei diesen Anmeldungen pro 100.000 Einwohner mit großem Abstand gegenüber den anderen Bundesländern, gleich hinter Baden-Württemberg, den 2. Platz. Im gleichen Jahr wies Bayern mit 17,5% auch die höchste Investitionsquote unter den westdeutschen Flächenstaaten auf. Obwohl diese 2007 auf 12,7% zurückging, war sie noch immer deutlich höher als die der anderen Bundesländer. Positiv gestaltete sich auch die Umsatzentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes im Freistaat.<sup>53</sup>

Betrachtet man die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer von 1998 bis 2007, so ist deren Anzahl im betrachteten Zeitraum um rund 230.000 gestiegen, was u.a. auf den Bevölkerungszuwachs von rund 500.000 Personen im selben Zeitraum, auf 12.523 Mio. Einwohner am 31. Dezember 2007, zurückzuführen ist. Während die Beschäftigtenzahlen im primären Sektor sowie im Produzierenden Gewerbe leicht rückläufig waren, stieg die Arbeitnehmerzahl im Bereich Handel, Verkehr und Gastwirtschaft, v.a. aber im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen deutlich an. Diese beispielhaft angeführten Wirtschaftsdaten zeigen, dass sich der Freistaat Bayern auf seinem Weg zum führenden High-Tech- und Dienstleistungsstandort in Deutschland enorm weiterentwickelt hat.<sup>54</sup> Während der Großraum München als wirtschaftlich stärkste Region im Freistaat gilt, ist die Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen wichtigster Industriestandort in Nordbayern. Dr. Günther Beckstein, der das Amt von Edmund Stoiber am 9. Oktober 2007 übernommen hatte, konzentrierte sich vor allem darauf, die ländlichen Regionen zu stärken, um Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig zu positionieren. Er wurde am 27. Oktober 2008 von Horst Seehofer abgelöst, der seit dem das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten ausübt.

---

<sup>51</sup> HARTMANN, P. C. (2004): Bayerns Weg in die Gegenwart; S. 602 und 161f

<sup>52</sup> ders., ebenda, S.602 und 161f

<sup>53</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2007): Statistik kommunal 2006, CD-Rom und Hartmann, P. C. (2004): Bayerns Weg in die Gegenwart; S. 624

<sup>54</sup> BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG (2007): Statistik kommunal 2006, CD-Rom

### 5.3 Die Situation im Untersuchungsraum

Allein durch seine geographische Lage stellt Oberfranken bereits eine Besonderheit dar. Sowohl die räumliche Nähe zur ehemaligen DDR als auch zu Osteuropa beeinflusste die Entwicklung in der Region durch Grenzziehungen und -öffnungen, sowie die spätere EU-Osterweiterung im Jahr 2004 enorm. Der Regierungsbezirk Oberfranken kann dabei stets als ein sehr vielfältiger Raum definiert werden, nicht nur was die naturräumlichen Gegebenheiten, sondern auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen betrifft. Eben diese Vielfalt trägt entscheidend dazu bei, dass sich die Teilräume Oberfrankens sehr unterschiedlich entwickelt haben und somit eine räumliche Differenzierung bei verschiedenen Betrachtungen unabdingbar ist.

Betrachtet man beispielsweise die Entwicklung der Bevölkerungszahlen, so wurde in den bisherigen Ausführungen bereits dargestellt, dass die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer positiven Entwicklung der Einwohnerzahlen in fast allen Teilen Oberfrankens führte. Ab 1995 relativierten sich diese Zahlen jedoch wieder, wobei bis zum Jahr 2007 v.a. auch die Auswirkungen der Suburbanisierung deutlich wurden. Während die kreisfreien Städte Bamberg und Bayreuth im betrachteten Zeitraum ihre Einwohnerzahlen etwa halten konnten, verzeichneten Coburg und v.a. Hof einen deutlichen Einwohnerrückgang. Bei den Landkreisen konnten Bamberg und Forchheim stark zulegen. Letzteres profitierte insbesondere von der Nähe zum Großen Verdichtungsraum Nürnberg/Fürth/Erlangen. Hohe Bevölkerungsverluste mussten hingegen die Grenzgebiete zu den Neuen Bundesländern und zur Tschechischen Republik hinnehmen, wobei neben dem Landkreis Kronach v.a. die Landkreise Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge stark betroffen waren.

Alle anderen Landkreise verzeichneten nur leichte Bevölkerungsverluste bzw. konnten ihre Einwohnerzahlen relativ konstant halten. Trotz dieser regionalen Unterschiede blieb die Bevölkerungszahl des Regierungsbezirks seit 1950 stets relativ konstant bei etwa 1,1 Mio. Einwohner, was dadurch zu erklären ist, dass die Region Oberfranken-West in den letzten Jahrzehnten eine Bevölkerungszunahme und die Region Oberfranken-Ost eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen hatte.<sup>55</sup>

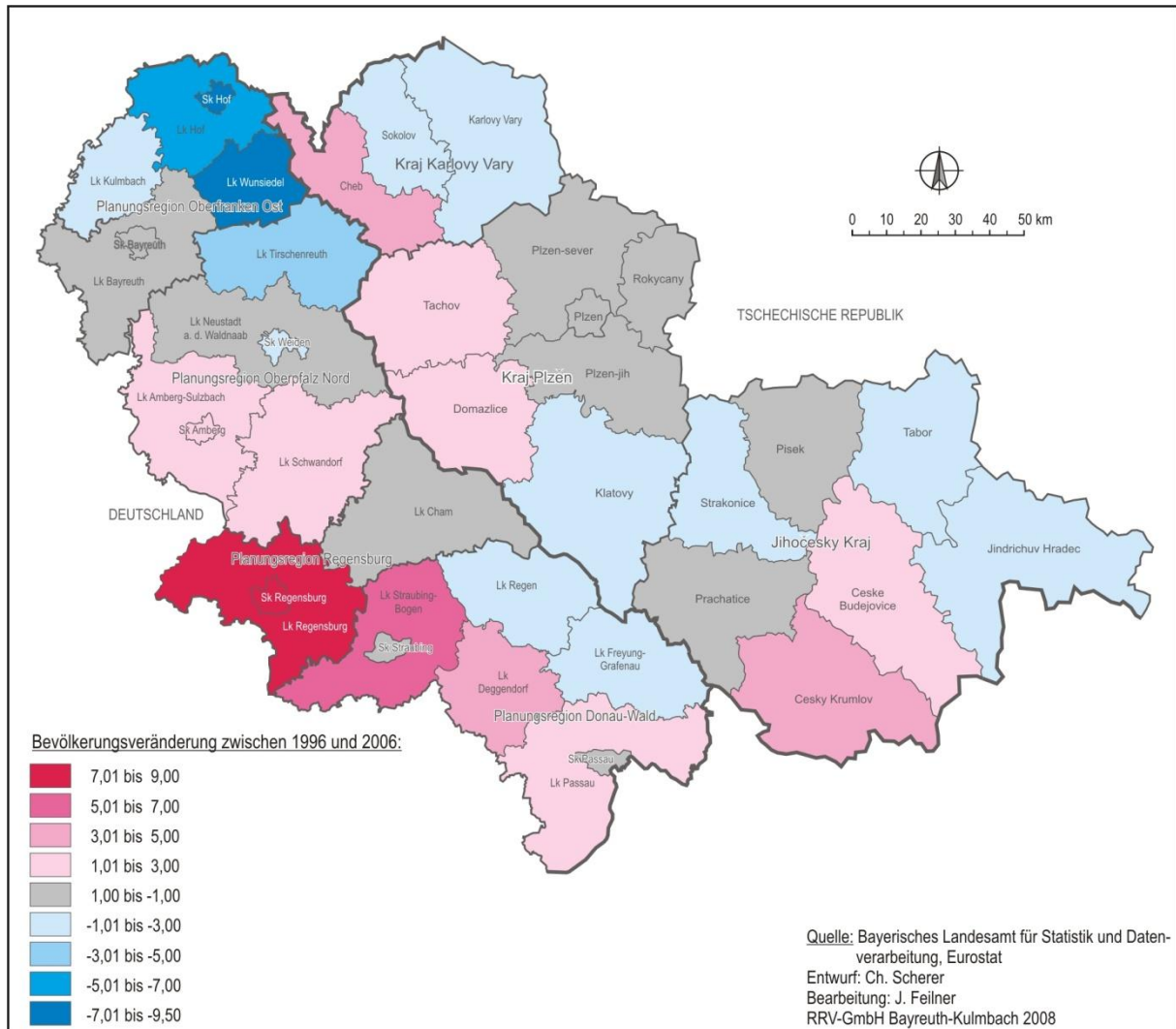
Bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung ist im Untersuchungsraum, gerade in den letzten Jahren, ein deutlicher Strukturwandel zu erkennen. Im Jahr 1990 entfiel noch der Großteil der Beschäftigten auf das Produzierende Gewerbe. V.a. in den Landkreisen war der Beschäftigungsgrad in diesem Bereich sehr hoch, während in den kreisfreien Städten die Dienstleistungen eine höhere Bedeutung aufwiesen. Mitte der 1990er Jahre war dann ein Rückgang der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe deutlich erkennbar, während der Handel und die Dienstleistungen kaum zunahmen und die durch Arbeitsplatzverluste freigesetzten Beschäftigten nicht auffangen konnten. Während sich der Beschäftigtenrückgang im Produzierenden Gewerbe bis heute fortsetzt, stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den Bereichen Handel und Dienstleistungen v.a. in den letzten Jahren kontinuierlich.

Bei einer Gesamtbetrachtung Oberfrankens kann man die Verschiebung der Relationen der Sektoren untereinander deutlich erkennen. Während die Bereiche Handel und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen einen Zugewinn von 1% bzw. 4% in den Jahren von 1990 bis 1995 und von nochmals 4% bzw. 5% bis zum Jahr 2006 verzeichnen konnten, verlor das Produzierende Gewerbe in denselben Zeiträumen 5% bzw. 9%. Trotz dieser Entwicklungen ist

<sup>55</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2007): Statistik kommunal 2006, CD-Rom

Oberfranken nach wie vor eine der hervorstechenden Industrieregionen Europas und verzeichnet die dritthöchste Industriedichte in der Europäischen Union. Die Zahl der Industriebeschäftigten je 1.000 Einwohner liegt 40% über dem Bundesdurchschnitt.<sup>56</sup>

Karte 18 Bevölkerungsveränderung zwischen 1996 und 2006



Aufgrund dieser hohen Industriedichte und der vielschichtigen Industriestruktur haben sich in den vergangenen Jahren auch zahlreiche überregional aktive Dienstleistungsunternehmen niedergelassen, die heute zu den Hauptwachstumsträgern der Region zählen. Die oberfränkische Wirtschaft profitiert von vergleichsweise niedrigen Löhnen und Gehältern und wie die Beschäftigten von den unterdurchschnittlichen Lebenshaltungskosten. Die Stärke der Region ist seine mittelständische Struktur mit einer Vielzahl von hochmodernen Betrieben, die oft Marktführer in ihrem Teilsegment sind. Insgesamt sind in Oberfranken rund 600 sog. „hidden leader“ ansässig.<sup>57</sup>

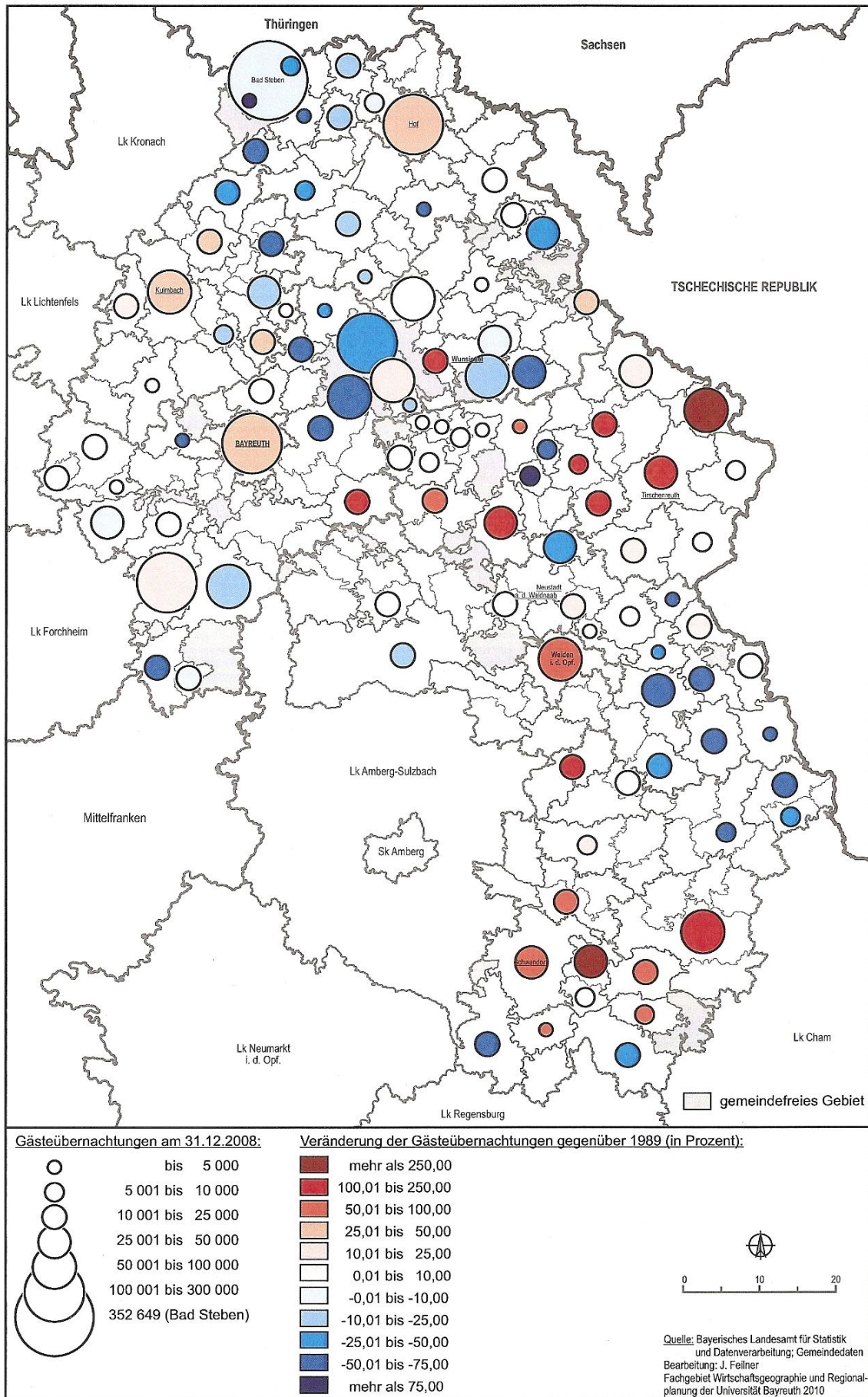
<sup>56</sup> ders., ebenda

<sup>57</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2007): Statistik kommunal 2006, CD-Rom

Zuletzt sein noch kurz auf die Situation des Tourismus hingewiesen, da dieser eine wichtige Einnahmequelle im Untersuchungsraum, v.a. in Oberfranken darstellt. Sowohl die einzigartigen Naturräume Fränkische Schweiz, Fichtelgebirge und Frankenwald aber auch Städte wie Bamberg, Regensburg und Coburg ziehen mit ihrem kulturellen Erbe zahlreiche Touristen an. Eine weitere Besonderheit der Region sind die Themenstraßen, wie die Burgenstraße aber auch zu Ge- und Verbrauchsgütern aus der Region wie Porzellan, Bier, Textil oder Spielwaren.

In den letzten 10 Jahren entwickelte sich der Tourismus in Oberfranken äußerst unterschiedlich. Generell kann man sagen, dass sich das Gebiet zwischen dem Frankenwald und dem Fichtelgebirge eher rückläufig entwickelt und andererseits sehr dynamische Entwicklungsachsen, wie z.B. Forchheim – Bamberg - Bad Staffelstein – Coburg - Bad Rodach, existieren. Auch weite Teile der Fränkischen Schweiz oder des Hohen Fichtelgebirges weisen recht positive Werte auf, was eine gewisse Konzentration, besonders entlang dynamischer Verkehrskorridore deutlich macht. Die Region versucht in den letzten Jahren verstärkt ihre touristischen Potentiale zu nutzen und ist auf dem Weg, sich als „Genussregion Oberfranken“ erfolgreich auf dem Markt zu positionieren.

Karte 19 Veränderung der Gästeübernachtungen zwischen 1989 und 2008



#### 5.4 Befürchtete Auswirkungen der EU-Osterweiterung

Die Tschechische Republik hat am 17. Januar 1996 ihren Beitritt zur Europäischen Union erklärt und strebte eine Vollmitgliedschaft in der EU an.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Abgrenzung der Fördergebiete, insbesondere der für die regionale Wirtschaft lange Zeit interessanten Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Freistaat zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), immer wieder verändert worden war, und das sowohl inhaltlich als auch in bezug auf die regionale Abgrenzung in Oberfranken, erfuhr die Diskussion nun eine neue Variante. Die in der Agenda 2000 enthaltenen Vorschläge zur Struktur- und damit Regionalpolitik waren deshalb so gravierend für Oberfranken, weil unabhängig von der Osterweiterung der EU der Finanzrahmen der Gemeinschaft mit 1,27% des BSP der Mitgliedstaaten konstant bleiben soll. Die Mittel für die Strukturfonds als wesentlicher Hintergrund der Regionalpolitik sollten mit 0,46% des BSP festgeschrieben werden. Durch die Erweiterung der Mitgliedschaft befürchtete man eine zwangsläufige Reduzierung der Förderkulisse und den Förderbeiträgen in den bisherigen Mitgliedsstaaten.<sup>58</sup>

Versucht man nun die Bereiche in Oberfranken und der Oberpfalz herauszugreifen, in denen eine potentielle Bedrohung durch einen EU-Beitritt der Tschechischen Republik befürchtet wurde, so sind es jene, in denen die Tschechische Republik Standort- und Wettbewerbsvorteile besaß, also<sup>59</sup>:

- Relativ einfach standardisierte Massenprodukte, die kapitalintensiv erzeugt werden und aufgrund der im Bereich Energieinputs und Transportkosten damals noch bestehenden Marktverzerrungen deutlich billiger hergestellt werden konnten. Solche Produkte werden fast ausschließlich umweltintensiv erzeugt, geringe Standards hinsichtlich zulässiger Emissionen bei der Fertigung konnten daher in dieser Gütergruppe als Bedrohungsfaktor für den Produktionsstandort Oberfranken angesehen werden.
- Produktionen unter Verwendung von Standard-Technologien, bei denen der Arbeitskostenanteil hoch, das Lohnniveau dagegen niedrig ist. Für diese Produktionen stellte das große Arbeitskräftepotential und das hohe Lohngefälle eine deutliche Bedrohung des Standortes in Bayern dar.

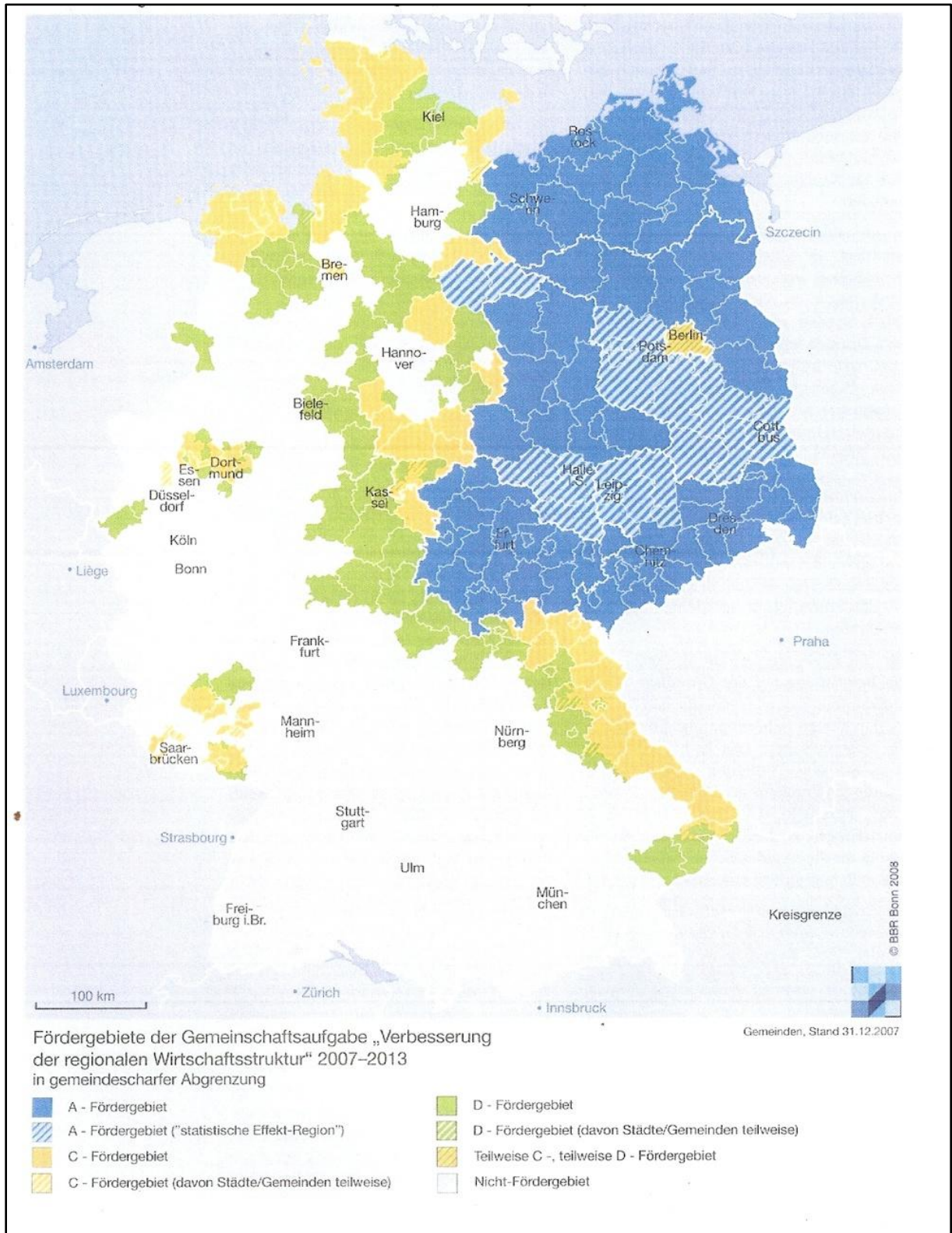
Angesichts der Tatsache, dass ein nicht unwesentlicher Teil der oberfränkischen Wirtschaft, der 1990 bis 1992 enge Beziehungen zum benachbarten böhmischen Raum aufnahm, sich inzwischen von dort wieder zurückgezogen hatte, erschien es zumindest im handwerklichen, industriellen und im dienstleistenden Bereich, ja selbst im touristischen Sektor möglich und realistisch, dass die oberfränkischen Unternehmen die Herausforderungen bewältigen können.

---

<sup>58</sup> Maier, J. (1998): EU-Osterweiterung und mögliche Auswirkungen auf Oberfranken, in: Maier, J. (Hrsg.) EU-Osterweiterung und Auswirkungen auf Oberfranken, S.14

<sup>59</sup> ders., ebenda, S.13

Karte 20 Aktuelle Fördergebietskulisse der GRW (2007)



Andererseits hatten sich im Zuge der Reformprozesse in der Tschechischen Republik die Außenhandelsverflechtungen mit der BRD seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich ausgeweitet. Wurden 1993 noch Waren im Wert von 7,9 Mrd. DM in die Tschechische Republik ausgeführt, so waren es 1995 bereits rd. 12,1 Mrd. DM. 1,6% aller Exporte der deutschen



Wirtschaft entfielen somit auf die Tschechische Republik. Die daraus resultierende Steigerungsrate von 53,5% lag deutlich oberhalb des entsprechenden Wertes für sämtliche mittel- und osteuropäischen Reformländer (28,9%), zugleich wurde aber auch die Steigerungsrate sämtlicher deutscher Exporte (18,5%) übertroffen, was wiederum ein Beleg für die Dynamik des tschechischen Marktes war.<sup>60</sup>

Aufgrund dieses rapiden Wachstums hatte sich die Position der Tschechischen Republik unter sämtlichen mittel- und osteuropäischen Ländern als Exportland kontinuierlich ausgeweitet. So stellte der tschechische Markt nach Polen zum damaligen Zeitpunkt das wichtigste Zielgebiet deutscher Exporte innerhalb der RGW-Staaten dar.<sup>61</sup>

23,0% aller Exporte der deutschen Wirtschaft in die Tschechische Republik stammen aus Bayern und 37,8% aller tschechischen Exporte in die BRD entfielen auf Bayern. Dass es sich hierbei um ein Ergebnis der direkten Nachbarschaft Bayerns zur Tschechischen Republik handelt, belegt der hohe Stellenwert der Tschechischen Republik unter sämtlichen mittel- und osteuropäischen Reformländern sowohl bei den Importen als auch – mit einem höheren Anteilswert – bei den Exporten, ebenso wie die Bedeutung der Tschechischen Republik innerhalb sämtlicher bayerischer Im- und Exporte. So flossen 1994 2,1% aller Exporte in die Tschechische Republik und bereits 3,4% aller Wareneinfuhren nach Bayern kamen aus der Tschechischen Republik.<sup>62</sup>

Untersucht man die Handelsströme zwischen Bayern und der Tschechischen Republik auf die Warengruppen, so dominierte sowohl bei Importen als auch Exporten der Austausch von Endprodukten mit einem Anteilswert von jeweils mehr als 2/3. Auch die großen Rohstoffvorkommen in den Grenzgebieten – etwa Kaolin, Zement oder Holz – in Verbindung mit den günstigen Rohstoffpreisen trugen zu einem deutlichen Gewicht der Warengruppe „Rohstoffe“ bei den Importen bei.<sup>63</sup>

## 5.5 Die Arbeitsmarktsituation im Untersuchungsraum

Trotz allem hat sich, neben dem allgemeinen Strukturwandel, sicherlich auch die zunehmende Integration der Tschechischen Republik in die EU auf den Arbeitsmarkt der Grenzregion ausgewirkt. So waren und sind alle bayerischen Landkreise die an die Tschechische Republik grenzen stark industriell geprägt. Die Industriestruktur gleicht oftmals der in Tschechien.

Im Landkreis Hof lag der industrielle Schwerpunkt etwa in den Bereichen Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und Glas. Zwar spielte auch der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau eine zunehmend wichtige Rolle, trotzdem ist die Beschäftigtenzahl im industriellen Sektor von 40.600 (1993) Personen auf 27.500 (2003) zurückgegangen. Zwar sorgte die FH Hof mit ihren Studiengängen, wie z.B. Werkstoff- und Oberflächentechnik zu einer Modernisierung der angeschlagenen Branchen bei, jedoch entstanden neue Arbeitsplätze hauptsächlich in weniger personalintensiven

---

<sup>60</sup> Maier, J. (1998): EU-Osterweiterung und mögliche Auswirkungen auf Oberfranken, in: Maier, J. (Hrsg.) EU-Osterweiterung und Auswirkungen auf Oberfranken, S.16

<sup>61</sup> ders., ebenda, S.16

<sup>62</sup> ders., ebenda, S.16

<sup>63</sup> ders., ebenda, S.17

Sektoren, wie etwa der Eisen- und Metallverarbeitung bzw. in der Herstellung und Verarbeitung von Kunststoffen.<sup>64</sup>

Auch im Landkreis Wunsiedel war im Zeitraum von 1992 bis 2003 ein Rückgang bei den Beschäftigten im industriellen Sektor um 35% (von 23.400 im Jahre 1993 auf 15.200 im Jahr 2003) festzustellen. Neben dem hohen Besatz an traditionellen Branchen (Porzellan) wirkte sich vor allem der Mangel an industriellen Neuansiedlungen auf die Arbeitsmarktsituation aus.<sup>65</sup>

Etwas besser stellte sich die Situation im Landkreis Neustadt an der Waldnaab dar. Das Zentrum der europäischen Bleiglasindustrie unterlag aufgrund seines Besatzes mit den Branchen Eisen, Metall sowie Elektroindustrie und Holz/Steine/Erden weniger stark dem Strukturwandel. Zwischen 1993 und 2003 ist der Anzahl der Beschäftigten im industriellen Sektor von 19.220 (1993) auf 14.500 Personen (2003) zurückgegangen. Positiv für die Region war der Grenzübergang Waidhaus, welcher der bedeutendste Grenzübergang zwischen der Tschechischen Republik und der BRD war.<sup>66</sup>

Der Landkreis Tirschenreuth war von seinem Industriebesatz her vergleichbar mit den Landkreisen Hof und Wunsiedel. Neben der Bleiglasindustrie lag der Schwerpunkt im sekundären Sektor in der Porzellan- und Glasindustrie. Auch die Verluste an Arbeitsplätzen in dem Landkreis sind daher mit denen in den Landkreisen Hof und Wunsiedel vergleichbar (1993: 19.000; 2004: 13.000). Gleichzeitig begann man damit, den Dienstleistungssektor auszubauen, etwa durch den Ausbau des Sybillenbades (1989-1995).<sup>67</sup>

In den tschechischen Grenzbezirken fiel der Rückgang der industriellen Arbeitsplätze mit 9% vergleichsweise gering aus. 1993 waren hier 68.400 Personen in der Industrie beschäftigt, 2003 waren es noch 62.200 Personen. Aufgrund der relativ ähnlichen Wirtschaftsstruktur mit Schwerpunkten ebenfalls in der Glas- und Porzellanindustrie sowie in der Gewinnung der dafür benötigten Rohstoffe, sorgte das große Lohngefälle zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik für ein Abwandern der Arbeitsplätze. Aufgrund der Mängel in der Infrastruktur konnte sich dieser Effekt jedoch nicht optimal auswirken. Stärker konnte der Bereich Dienstleistungen von der Entwicklung des Tourismus mit Schwerpunkt auf den Thermalbädern profitieren.<sup>68</sup>

Karte 21 zeigt deutlich, dass der Abbau mit Arbeitsplätzen auch mit einer wirtschaftlichen Konsolidierung einherging. Betroffen war v.a. die Siedlungszentren der stark industrialisierten Landkreise Hof, Wunsiedel sowie der Landkreis Bayreuth. Des Weiteren fand eine starke Abnahme in den grenznahen Gemeinden statt.

---

<sup>64</sup> Maier, J. (2006) Die Grenze als verbindendes Element – Beispiel bayerisch-böhmische Grenze in der EUREGIO EGRENSIS, Bayreuth, S.8

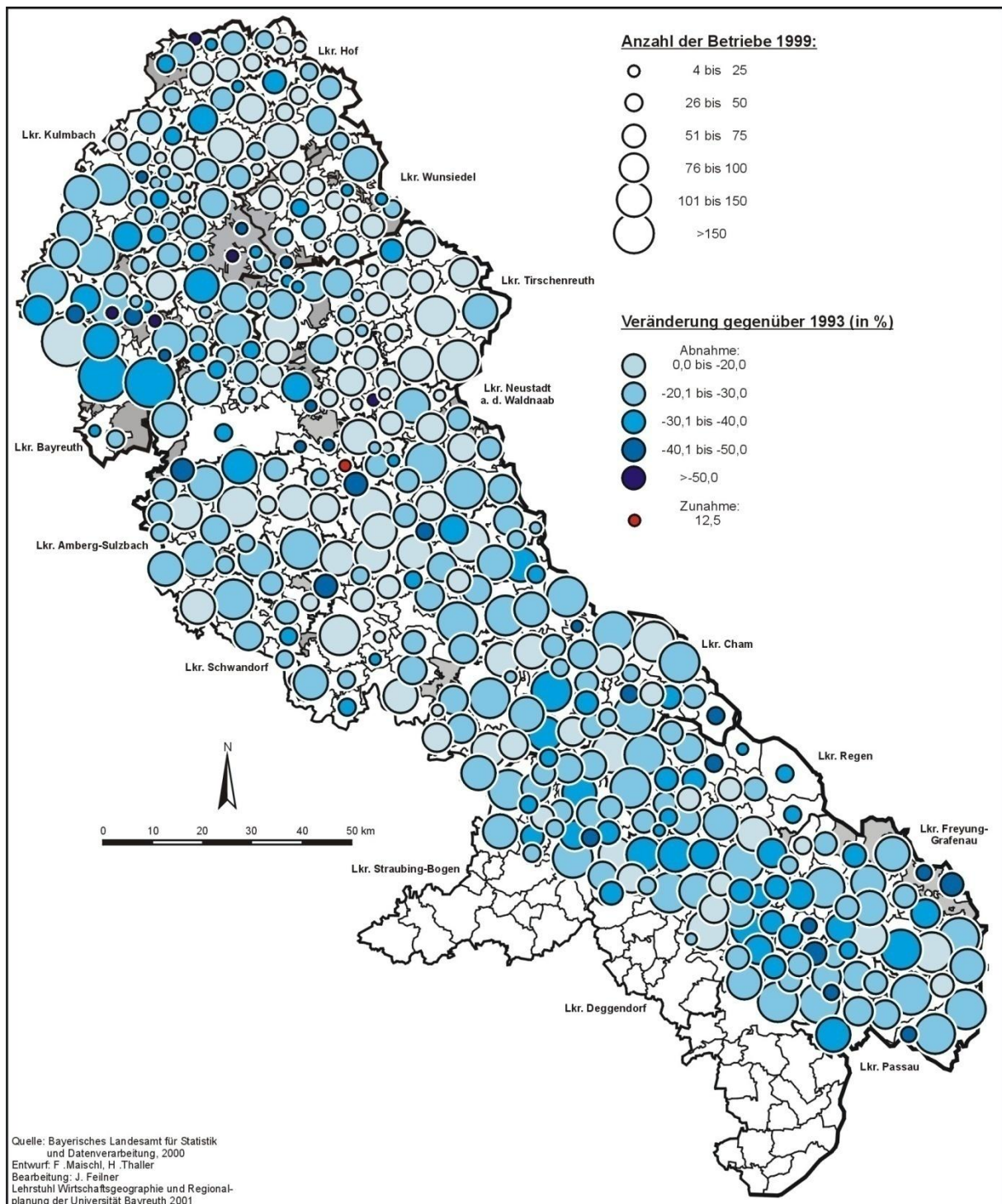
<sup>65</sup> ders., ebenda, S.8

<sup>66</sup> ders., ebenda, S.8

<sup>67</sup> ders., ebenda, S.9

<sup>68</sup> ders., ebenda, S.9

Karte 21 Anzahl der Betriebe 1999 und Veränderung (in %) gegenüber 1993



**Quelle:** Eigene Darstellung, Bayreuth 2001

## 5.6 Entwicklungen im Tourismus

Im Übernachtungs-Fremdenverkehr profitierten besonders die größeren Städte und die beiden Heilbäder Bad Rodach und Bad Staffelstein von dem Gesundheitstrend bzw. den Kultur- und Städtereisen, während die traditionellen Mittelgebirgslagen aufgrund entgegengesetzter Trends mit ungünstigen Entwicklungen zu kämpfen hatten. Unterstrichen wurde dieser re-

gionale Aspekt noch durch einen Branchenwandel, schieden doch zunehmend die früher starken Privatquartiere und Pensionen aus dem Wettbewerb aus.

Durch den verstärkten Auf- und Ausbau größerer und großer Hotels nach der Wiedervereinigung kam es nicht nur zu einer neuen Generation profihaft geführter Hotels an verschiedenen Standorten, sondern eben auch zu einer regionalen Konzentration bzw. einem Überangebot an Gästebetten. Dies führte und führt zu einer ungünstigen Auslastung der Betriebe, wobei sich insbesondere die renommierten Unternehmen intensiv um ihre Kunden kümmerten. Festzuhalten ist folglich, dass die Rahmenbedingungen für die Situation etwa im Fichtelgebirge unvorteilhaft verliefen.

Der Einfluss der Konkurrenz auf diese Situation aus Westböhmen muss hier eher als gering eingestuft werden. Argumentationen in diese Richtung waren, abgesehen von einigen Tagungs- und Kongressaktivitäten zahlreicher Unternehmen aus Oberfranken in den Jahren 1990 bis 1993, zu diesem Zeitpunkt nicht mehr festzustellen. Die Umfrage der IHK Oberfranken Bayreuth belegte eher eine positive Einschätzung der Geschäftslage im Beherbergungsbetrieb: Knapp 48% der antwortenden Betriebe wiesen auf steigende Umsätze hin, im Verpflegungsbereich waren es noch 40%, wobei die positiven Antworten vor allem von größeren Betrieben, mit mehr als 2 Mio. DM Jahresumsatz, auch noch zwischen 250.000 und 2 Mio. DM Umsatz, gegeben wurden.

Zieht man als Vergleich die Situation in Westböhmen heran, so sind die Gästebetten insbesondere im Kernbereich des Angebotes z.T. drastisch reduziert worden. Karlsbad/Karlovy Vary kam 1998 auf insgesamt 8.300 Gästebetten, erheblich weniger als vergleichbar renommierte Standorte in Europa. Marienbad/Marianske Lazne verfügte bei Kurhäusern der AG, Sanatorien, Hotels mit Kurangeboten und sonstigen Hotels über die Kapazität von 3.876 Betten 1998, wobei sich gerade im Kurbereich die Transformation bemerkbar machte, sank doch die Zahl der Betten in Kurhäusern und Sanatorien von 2.366 im Jahre 1986 auf 1.822 im Jahre 1998 ab (vgl. auch Karte 22).

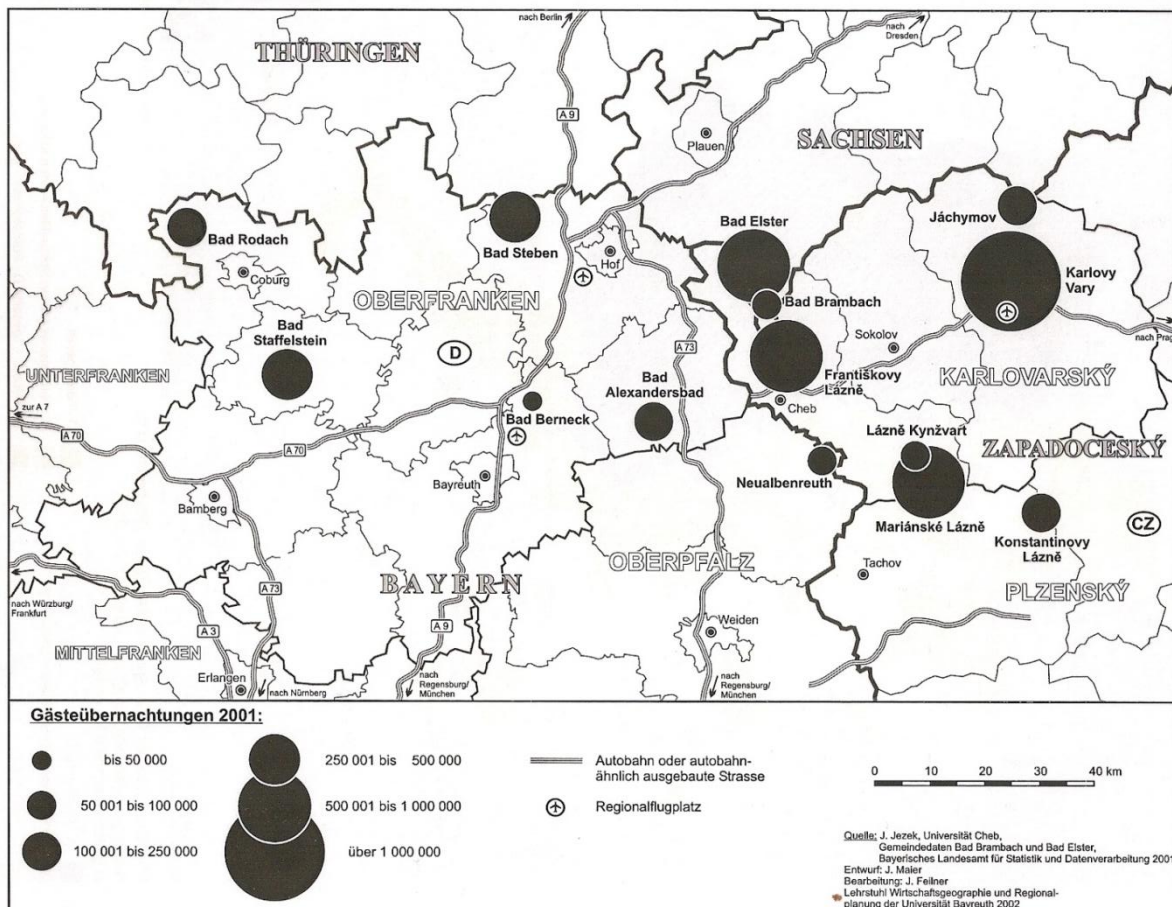
Die Frage der verstärkten Konkurrenz kann leider nicht befriedigend beantwortet werden, da entsprechende Untersuchungen fehlen. Sicherlich ist die Zahl der „neuen Kurgäste“ in den Heilbädern, besonders in Marienbad, von Jahr zu Jahr gestiegen, es gab allerdings auch keinen ausgeprägten Boom unmittelbar nach der Grenzöffnung wie bei den Tagesbesuchern. Aus der unmittelbaren Nachbarschaft (bayerisch-sächsischer Grenzraum) stammte nur ein geringer Anteil der Kurgäste.

Im dem „Trilaterale Entwicklungskonzept“ nimmt v.a. der Fremdenverkehr eine bedeutende Stellung ein, da er für die sozio-ökonomische Entwicklung der Grenzregionen als besonders wichtig erscheint. Um diesen Sektor weiterzuentwickeln, spielte die Zusammenarbeit der Heilbäder und Kurorte eine wichtige Rolle. Durch die Bündelung der Kräfte aller regionalen Akteure und Entscheidungsträger und ein Aufbrechen des bisherigen Konkurrenzdenkens sollten Synergien gehoben werden.

Chancen zur Zusammenarbeit wurden auf folgenden Gebieten gesehen:

- Infrastrukturelle Ausstattung und Umweltfragen,
- bädertouristisches Management,
- bädertouristisches Marketing,
- Kurwesen,
- kulturelles Angebot sowie Sportinfrastruktur.

Karte 22 Gästeübernachtungen 2001 im Kurherz Europas



Im Bereich der Infrastruktur wirkten sich v.a. die lange geschlossenen Grenzen nach Tschechien und zu Sachsen aus. So besteht eine schlechte Ost-West-Verbindung, was teilweise komplizierte Anfahrtswege für die Gäste bedeutet. Der kontinuierliche Ausbau der Straßen-, Schienen und Flugverkehrsanbindung war also in aller Interesse. Erste Schritte waren die Einrichtung von Buslinien zur Vernetzung der Kurorte untereinander und eine Abstimmung der Regionalflughäfen Bayreuth, Hof und Karlsbad.

Im Bereich des Managements stellte sicherlich die Einführung eines Arbeitskreises bestehend aus kommunalen Entscheidungsträgern der betroffenen Kurorte einen wichtigen Schritt zur Kooperation dar. Ziel war es, regelmäßig Informationen auszutauschen und Aktivitäten untereinander abzustimmen. Eine gemeinsame Geschäftsstelle konnte leider nicht eingerichtet werden.

Hauptanliegen gemeinsamer Marketingmaßnahmen war für das Dreiländereck Bayern-Sachsen-Böhmen das Image des internationalen Bäderstandortes aufzubauen. Neben der Herausgabe gemeinsamen Werbematerials versuchte man die Region auf Messen und gegenüber Reiseveranstaltern als homogene Destination darzustellen.

Eine abschließende Bewertung der Maßnahmen ist sicherlich schwierig, jedoch erkannte man damals bereits – zumindest unter den renommierten Kurorten -, dass man durchaus von der Nachbarschaft profitieren kann und das sich durch die Europäische Integration neue Chancen für die Branche ergeben würden. Möglicherweise gerade aufgrund den, sich bereits abzeichnenden Einschnitten, die Finanzierung der Kuren durch die gesetzlichen Krankenkassen betreffend.

## 5.7 Situation der nachbarschaftlichen Mentalität

Im Folgenden soll auf die Situation der grenzüberschreitenden Mentalität, als Resultat der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Einflüsse der vergangenen Jahre, aber auch im zunehmenden Maße beeinflusst durch die vielfältigen grenzüberschreitenden Projekte und Maßnahmen, eingegangen werden.

In einer Untersuchung von 2002<sup>69</sup> im bayerisch-tschechischen Grenzraum wurde die Einstellung der Bewohner auf beiden Seiten der Grenze gegenüber dem jeweiligen Nachbarn als im Wesentlichen zurückhaltend, ablehnend oder zumindest zwiespältig angesehen. In der Bevölkerung bestanden nur geringe Informationen; eine Identifikation mit dem Raum über die Grenze hinweg war demnach bei der überwiegenden Mehrheit nicht gegeben. Nicht selten beherrschen allgemeine Vorurteile, die im unmittelbaren Grenzraum stärker ausgeprägt schienen, das Bild vom Nachbarn.

Im bayerischen Grenzraum wird dieses Bild zum einen aus Überlieferungen, aus negativen Pressemeldungen vornehmlich mit Bezug auf Prostitution und Kriminalität geprägt, aber auch durch eigene Reisen in die Tschechische Republik, die allerdings selten das Ergebnis intensiver Kontakte sind. Vielmehr beschränken sich die Begegnungen auf Fahrten in den nahen tschechischen Grenzraum zum billigen Einkaufen und Tanken. Kontakte zur tschechischen Bevölkerung kamen hier, wenn dann nur am Rande zustande. Dabei wurden im Wesentlichen die schlechte bauliche Substanz, Schikanen der tschechischen Polizei, aufdringliche Händler u.ä. wahrgenommen.

Darüber hinaus war ein relativ großer Teil der Bevölkerung bisher noch nie in der Tschechischen Republik. Die Beschäftigung mit der Tschechischen Republik als europäisches Nachbarland stellte damals also kein großes Thema innerhalb der bayerischen Bevölkerung dar. Persönliche Beziehungen existierten hingegen nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung, der auch eine positive Einstellung zur EU-Osterweiterung und einer guten Nachbarschaft hatte. Vor allem Ängste prägten daher die Einschätzung der EU-Osterweiterung von bayerischer Seite.

Auch im tschechischen Grenzraum war die Einstellung gegenüber dem deutschen Nachbarn eher zurückhaltend und vorurteilsbehaftet, wobei jedoch eine größere Aufgeschlossenheit als im bayerischen Gebiet vorzufinden war. Die Eindrücke von der deutschen Bevölkerung resultieren oft aus deren Aufhalten im tschechischen Grenzraum, die nicht selten Überlegenheitsgefühle gegenüber den tschechischen Nachbarn demonstrieren. So wurden die Besucher zwar als freundlich und ordentlich aber oft auch als rücksichtslos und überheblich empfunden. Zudem trugen auch hier negative Schlagzeilen in der Presse zu Vorbehalten und Ängsten gegenüber dem deutschen Nachbarn und der EU-Osterweiterung bei. Fehlende

<sup>69</sup> Stech, K. (2002) Nachbarschaftliche Mentalität im bayerisch-tschechischen Grenzraum; Schriften zur Raumordnung und Raumplanung Band 10; Augsburg-Kaiserslautern; S.26

Informationen über die Lebensweise und den Alltag der Nachbarn taten ihr Übriges. Es ließ sich feststellen, dass auch auf tschechischer Seite ein Großteil der Bevölkerung wenig an der Verbesserung des nachbarschaftlichen Verhältnisses interessiert war.<sup>70</sup>

## **5.8 Die Regionalpolitik vor dem Hintergrund der Europäischen Integration**

Die EU-Osterweiterung kann nicht nur als ein historisches Ereignis gesehen werden, sondern hat für viele Räume eines Landes, besonders in der Nähe zu bisherigen EU-Ländern aber auch in entfernteren Gebieten neue Rahmenbedingungen geschaffen. Begleitet wurden diese Prozesse, wie bereits beschrieben, mit neuen Chancen und Risiken aber auch besonders mit Ängsten und Sorgen der Bevölkerung. Auf diese Herausforderungen musste die Regionalpolitik Antworten finden.

Bei der Formulierung der neuen Regionalpolitik stellten Netzwerke einen wichtigen Einfluss dar. In Bayern entstanden neben den Wettbewerben wie „Regionen der Zukunft“ etwa eine ganze Reihe von Städtenetzen unterschiedlicher Größe und Funktion. Dieses Modell wurde auch auf die europäischen Grenzregionen übertragen. Die Europäische Kommission sieht diese als „Drehscheibe für alle grenzübergreifenden Aufgaben und Kontakte“ an. Sie sollten eine grenzüberschreitende Dienstleistungsfunktion erfüllen, die sie für die Bürger, die Wirtschaft und die öffentlich-rechtlichen Institutionen in ihrer Grenzregion wahrnehmen sollen. Im deutsch-tschechischen Grenzraum sind so fünf Euregiones entstanden. Eine davon ist die EUREGIO EGRENSIS.

Zur Finanzierung neuer, grenzüberschreitender Vorhaben standen nun EU-Fördergelder bereit, seit 1991 etwa INTERREG I bzw. seit 1995 INTERREG II. Die Gemeinschaftsinitiative der EU diene der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den an den Binnen- und Außengrenzen der EU gelegenen Regionen.

## **6. Die Zeit von 2004 bis 2008: Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Wirtschaftskrise und Konjunkturaufschwung**

### **6.1 Die überregionalen Rahmenbedingungen**

Am 1. Mai 2004 wuchs die EU von 15 auf 25 Mitglieder an. Diese Erweiterung der EU im großen Stil war seinerzeit sehr umstritten. Vor allem der damalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen setzte sich dafür ein, dass zehn Länder zugleich in die EU aufgenommen wurden: Malta, Zypern, Slowenien, Ungarn, Litauen, Slowakei, Polen, Tschechien, Estland und Lettland.

Die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die alten und neuen Mitgliedsstaaten lassen sich grundsätzlich in vier Teilbereiche untergliedern, wobei sich verschiedene Einflüsse überschneiden und nicht strikt getrennt werden können. Die Gebiete Wirtschaft, Sicherheit und Gesellschaft/Kultur betreffen eher die Einzelstaaten, während die Effekte auf die Institutionen und Strukturen der EU die Gemeinschaft selbst berühren. Ein möglicher fünfter Punkt wäre die Veränderung des Gleichgewichts innerhalb der EU, verbunden mit einem Bedeutungszuwachs der mitteleuropäischen Staaten und der BRD im speziellen sowie der Gefahr einer „Zwei-Klassen-Union“ mit „reichen“ Ländern im Westen und „armen“ im Osten. Die größten

---

<sup>70</sup> dies., ebenda S.23

Befürchtungen der westeuropäischen Staaten lagen dabei in den Unterschieden der Lohn- und Arbeitskosten zu den Kandidatenländern. Aufgrund der weitaus geringeren Löhne in den MOE-Staaten wurde eine zunehmende Verlagerung von Betrieben oder Betriebsteilen in diese Länder vermutet und war teilweise schon vor der Erweiterung vorzufinden. Dabei diente die Verlagerung i.d.R. der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den Herkunftsstaaten, zumal man davon ausgehen konnte, dass die Arbeitslöhne in den MOE-Staaten kontinuierlich steigen würden und somit ein geringer werdender Faktor für die Entscheidung einer Standortinvestition darstellen würden.

Nicht zuletzt als Folgen der Erweiterung stürzte die EU zunehmend in eine Legitimitätskrise. Dies zeigte sich 2005 bei den Referenden über die EU-Verfassung. Mit dem Vertragswerk, das bei den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden scheiterte, wollte die Europäische Union die Voraussetzung für weitere Erweiterungsrunden schaffen. Mit dem Lissabon-Vertrag unternahm die EU einen erneuten Schritt zu einer inneren Reform. Bei der Ratifikation des Vertrags kam es jedoch erneut in mehreren Mitgliedstaaten zu Schwierigkeiten. Insbesondere ein ablehnendes Referendum in Irland im Sommer 2008 verzögerte den ursprünglichen Zeitplan. Nach einer Wiederholung des Referendums im Herbst 2009 trat der Vertrag schließlich zum 1. Dezember 2009 in Kraft.

Der Vertrag beinhaltet einige Neuregelungen, die die demokratische Struktur zwischen den EU- und den Mitgliedsstaaten betreffen, wie etwa die Ausweitung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments, und die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union sowie die Einführung der doppelten Mehrheit als Abstimmungsverfahren (allerdings erst ab 2014), um die Möglichkeit eines einzelstaatlichen Vetos zu reduzieren. Darüber hinaus wurde das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates eingeführt, der künftig für je zweieinhalb Jahre vom Europäischen Rat ernannt werden soll, um eine größere Kontinuität in dessen Aktivitäten zu sichern sowie die Ernennung eines EU-Außenministers. Auch die Kompetenzen der EU wurden durch die Formulierung eines Kompetenzkatalogs deutlicher als bisher definiert. Im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, dass die Integration zwischen zwei Staaten unabhängig von anderen Staaten stattfinden kann. Außerdem wurden die Beitrittskriterien zur EU weiter verschärft und Regelungen über den freiwilligen Austritt von Mitgliedstaaten aus der EU getroffen.

Die Jahre zwischen 2005 und 2007 zeichneten sich in Deutschland und besonders in Bayern durch ein langsames aber stetiges Wirtschaftswachstum und einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen aus. 2008 jedoch wirkte sich die weltweite Finanzkrise, die ihren Ursprung in der US-amerikanischen Immobilienkrise nahm, auf die deutsche Wirtschaft aus. Die Krise ist Folge eines spekulativ aufgeblähten Wirtschaftswachstums in den USA und einer weltweiten kreditfinanzierten Massenspekulation. Die Krise äußerte sich weltweit zunächst in Verlusten und Insolvenzen bei Unternehmen der Finanzbranche, vorwiegend nach dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Großbank Lehman Brothers im September 2008, und seit Ende des Jahres 2008 auch in der Realwirtschaft. Weil durch den Weiterverkauf fauler Kredite diese in aller Welt verstreut waren, weitete sich die Krise durch die enge Verzahnung der Einzelwirtschaften und Finanzströme global aus. Die Finanzkrise betraf in der Folge in zunehmendem Maße die globale Wirtschaft. Durch die Verknappung der Liquidität von Banken wurden Kredite extrem teuer. Dadurch äußerte sich die Krise unter anderem in Produktionsenkungen und Unternehmenszusammenbrüchen. Viele Unternehmen der Realwirtschaft, wie der Autobauer General Motors, meldeten Konkurs an und entließen Mitarbeiter. In der



Kette der Ereignisse kam es u. a. zu einem massiven Rückgang des Welthandels und zu protektionistischen Tendenzen. Die Folge waren steigende Arbeitslosigkeit und beginnende Deflation.

Die ohnehin hohe Staatsverschuldung vieler Staaten stieg durch Konjunkturprogramme. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2011 einen konsolidierten Haushalt vorzulegen, wurde durch die Finanzkrise uneinlösbar. In keinem anderen europäischen Land schrumpfte die Wirtschaft stärker als in der BRD. Laut einer Studie der DEKA Bank, die die Wirtschaftsleistung von weltweit 31 Staaten untersuchte, brach die deutsche Wirtschaft zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 um 6,9 Prozent ein. Mit dem Konjunkturpaket versuchte die Bundesregierung eine Stabilisierung der Lage zu erreichen. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit 400 Mrd. Euro, das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ mit 50 Mrd. Euro sowie das Konjunkturprogramm „Stark in der Krise, entschlossen für den nächsten Aufschwung“ mit 14 Mrd. Euro trieben die Staatsverschuldung in neue Höhen.

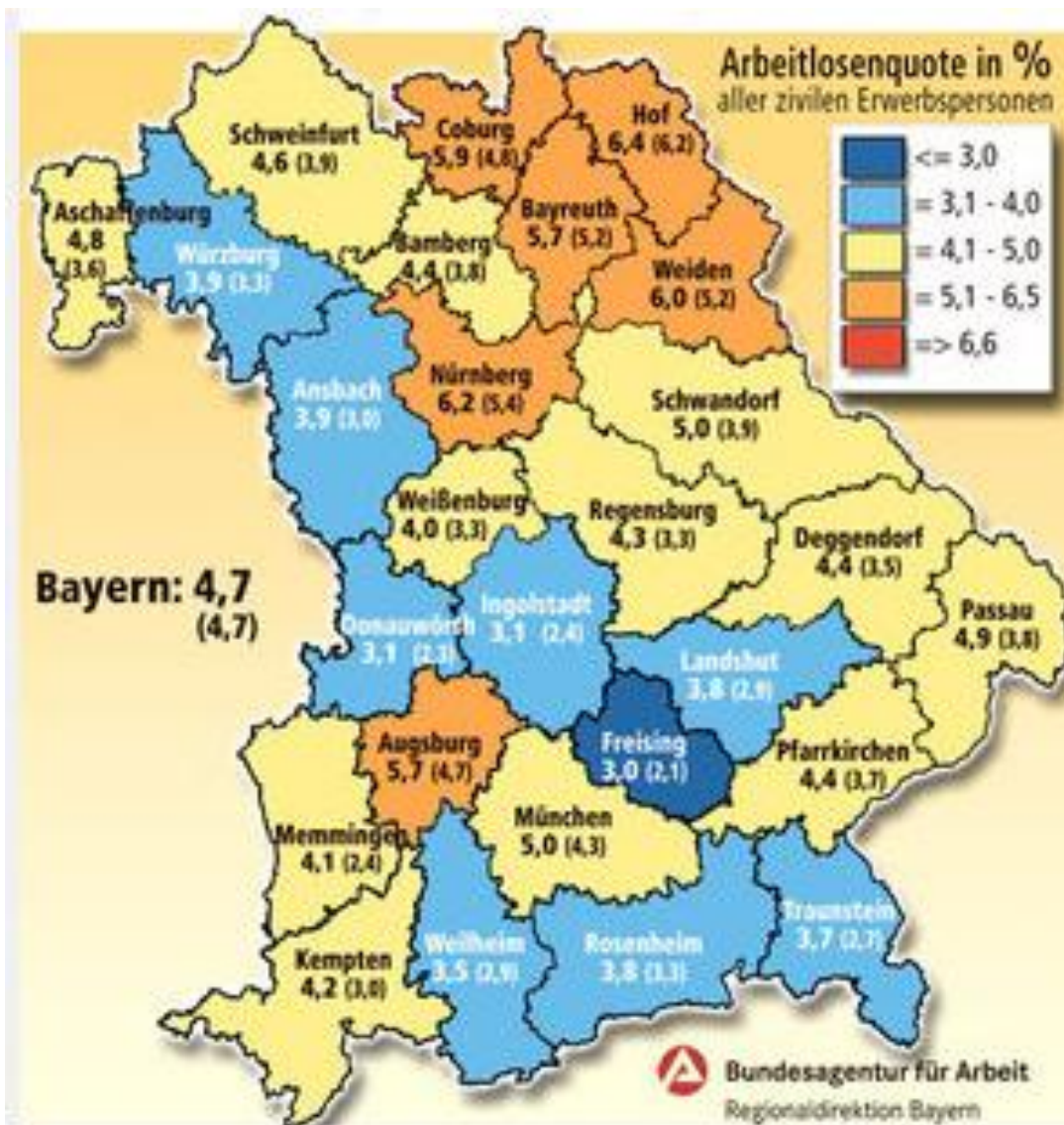
Die Kreditklemme führte 2009 laut dem Statistischem Bundesamt zu dem massivsten Stellenabbau nach 1995. Die weltweite Rezession und die starke Abhängigkeit vom Export haben um den Jahreswechsel zu den heftigsten Auftragseinbrüchen der Nachkriegszeit geführt. Obwohl das Wachstum seit März 2009 wieder anzog, reichte der Zuwachs dem Deutschen Industrie- und Handelstag zufolge nicht aus, um den Stellenabbau aufzuhalten. Dementsprechend hat das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im Vorjahresvergleich deutlich abgenommen. Es lag im zweiten Quartal 2009 bei 897.000 Stellen. Das waren 27.000 oder 3 Prozent mehr als im Vorquartal und 230.000 oder 20 Prozent weniger als vor einem Jahr. Auch die Zahl der Leistungsempfänger hatte im Vergleich zu 2008 zugenommen. Im September erhielten 5.916.000 erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Das waren 278.000 mehr als vor einem Jahr.

Aufgrund der Kurzarbeit konnte trotz allem eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes erreicht werden. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland betrug laut Statistischem Bundesamt im Juni 2010 wieder 40,2 Millionen. Damit lag die Zahl erstmals seit zwölf Monaten wieder über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung war im April 2010 nach der Hochrechnung der BA bei 27,5 Millionen Beschäftigten; gegenüber dem Vorjahr war das eine Zunahme um 118.000. Maßgeblich dafür war der anhaltende Zuwachs bei der Teilzeitbeschäftigung (+180.000), während die Vollzeitbeschäftigung rückläufig war (-60.000). Maßgeblich veränderte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt ab dem Sommer 2010, was dazu führte, dass im Oktober 2010 die Arbeitslosigkeit in Bayern auf 3,8 % zurückging, was nahezu dem Wert von 2008 entsprach (vgl. Karte 23).<sup>71</sup>

---

<sup>71</sup> STMWIVT Bayern (2010) Der Arbeitsmarkt Bayern Oktober 2010; unter: <http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/wirtschaft/Arbeitsmarkt.pdf>

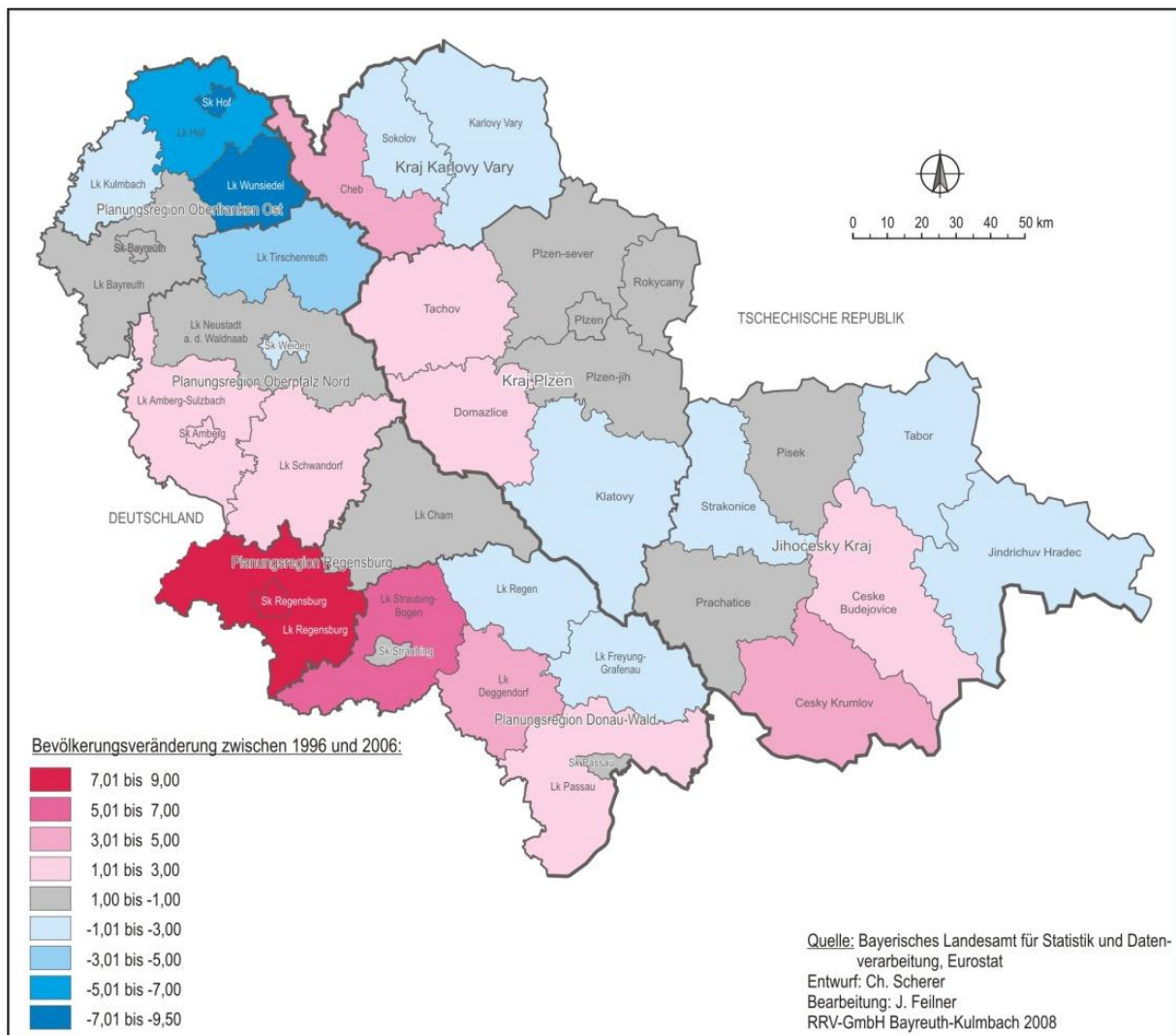
Karte 23 Arbeitslosigkeit in Bayern im Juli 2009



## 6.2 Bevölkerungsveränderung im Untersuchungsraum

Hinsichtlich der Bevölkerungsveränderung bestand im Untersuchungsraum eine heterogene Entwicklung. Während im nord-östlichen Teil, v.a. in den Land- und Stadtkreisen Hof, Wunsiedel und auch Tirschenreuth eine weitere Abnahme der Bevölkerung stattfand, nahm in den Gebieten auf der tschechischen Seite der Grenze (Cheb, Tachov und Domacize) die Bevölkerung zu. Ein solches Auseinanderklaffen der Bevölkerungsentwicklung beiderseits der Grenze war sonst nicht erkennbar. Karte 24 zeigt vielmehr, dass die Entwicklung der Bevölkerung sonst relativ ähnlich verlief. Insgesamt ist in der Untersuchungsregion ein starkes Nord-Süd-Gefälle erkennbar.

Karte 24 Bevölkerungsveränderung in der Grenzregion 1996 bis 2006 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung, Bayreuth 2008

### 6.3 Technologiepolitik in Bayern

Die moderne Regionalpolitik setzte in diesem Zeitraum zunehmend auf die Vernetzung der Akteure. Die gewohnte „Gießkannen-Förderung“ trat zunehmend in den Hintergrund und wurde abgelöst durch eine gezielte Förderung von Wachstumspotentialen. Sowohl die bayerische Clusteroffensive als auch das bundesweite Konzept der Metropolregionen war Ausdruck dieser Entwicklung. Durch eine bessere Vernetzung sollen sich Wachstumsimpulse aus den Entwicklungszentren schneller ausbreiten. Nach Schumpeter steht die Förderung von Innovationstätigkeit und -fähigkeit nun im Zentrum räumlich orientierter Wirtschaftspolitik, was bedeutet, dass auch in der BRD ein gegenüber den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts neues Paradigma die Regionalpolitik bestimmt.

Die Clusteroffensive Bayern stellt eine Form der Technologiepolitik für Bayern dar. Sie wurde 2006 gestartet. Für die bayerische Technologiepolitik sind zwei strategische Pfade entscheidend<sup>72</sup>:

- Im Rahmen der Technologieinitiative wird damit die Entwicklung neuer, innovativer Produkte und Verfahren unterstützt. Das als Darlehensprogramm konzipierte bayerische Technologieförderprogramm ist für die Entwicklung neuer oder wesentlicher Produkte einschlägig. Ergänzt wird dieses Programm durch eine Reihe sektoraler Technologieförderprogramme.
- Mit den beiden Säulen „Clusteroffensive“ und „Regionalmanagement“ zielt die bayerische Clusterpolitik im Rahmen „Bayern innovativ“ auf eine Steigerung der Innovationsfähigkeit bayerischer Unternehmen und Regionen. Die Clusteroffensive ist landesweit angelegt und vernetzt Wirtschaft und Wissenschaft in erfolgsversprechenden Technologiefeldern. Ergänzend soll das Regionalmanagement regionale Stärken identifizieren und Entwicklungspotentiale von Teilräumen und -regionen aufdecken. Durch eine bessere Vernetzung der Akteure vor Ort sollen neue Ideen entwickelt und Wachstum und Beschäftigung generiert werden.

Die Allianz Bayern Innovativ stellt einen übergeordneten Impulsgeber für die neue Technologiepolitik dar. Die Basis der bayerischen Clusterpolitik bilden die wirtschaftlichen Kompetenzen, welche in 19 landesweiten Clustern zusammengefasst sind. Die Cluster gliedern sich in drei Grundarten: High-Tech-orientierte Cluster (z.B. Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt oder Medizintechnik), produktionsorientierte Cluster (z.B. Automotive, Energietechnik oder Logistik) und Querschnittstechnologien (z.B. Nanotechnologie, Mechatronik und Automation sowie Neue Werkstoffe). Für jeden Cluster wurden landesweite Cluster-Plattformen eingerichtet, die den Wissenstransfer und die Kooperation unter den beteiligten Unternehmen verbessern sollen. Die in der Allianz Bayern Innovativ zusammengefasste bayerische Clusterpolitik war zunächst auf den Zeitraum 2006 – 2010 beschränkt und umfasste ein Budget von 50 Mio. Euro, die aus Privatisierungserlösen bereitgestellt wurden.<sup>73</sup>

#### **6.4 Wegfall der Grenzkontrollen und Zusammenarbeit im kulturellen Bereich**

Mit dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik hat sich die Situation der Grenze weiter in Richtung einer offenen Grenze entwickelt. Am 21. Dezember 2007 trat die Tschechische Republik zudem dem Schengener Abkommen bei, was ein Wegfall der Grenzkontrollen und weitestgehende Freizügigkeit über die Grenze hinweg für die Bewohner des Grenzraumes bedeutete. Dieser Prozess löste jedoch auch Ängste aus, vor allem in Deutschlands wurde vielerorts der Einfall von billigen Arbeitskräften und Diebesbanden befürchtet.

Einen neuen Blick auf die Grenze bot die grenzübergreifende Landesgartenschau in Marktredwitz und Eger/ Cheb 2006. Das Projekt wurde von der Euregio Egrensis betreut und durch INTERREG IIIa-Gelder finanziert. In beiden Städten wurden Sportflächen, Industriebrachen und die Innenstadt in das Gartenschaugelände eingezogen. Für das Pendeln zwi-

<sup>72</sup> Weber, J. (2008) Technologiepolitik – Entwicklungsfaktoren für den ländlichen Raum in Niederbayern; in: Maier, J. (Hrsg.) Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für ländliche periphere Räume in Bayern, Arbeitsmaterial der ARL, Hannover 2008

<sup>73</sup> Zürker, M. (2007) Cluster als neue Komponente der wirtschaftsbezogenen Technologiepolitik, Kaiserslautern 2007; S.262

schen den beiden Gartenschau-Standorten sorgte ein gut ausgebautes Wegenetz mit Fahrrad- oder Verbindungsstrecken für die Fahrt mit dem PKW, dem Bus oder der Bahn. Eigens für die Gartenschau wurde sogar ein weiterer Grenzübergang geöffnet. Angereichert wurde das Angebot rund um die Landesgartenschau durch Fahrten in das deutsche und tschechische Hinterland.

Durch solche Projekte wird die Grenze, die aufgrund der Sprachunterschiede und unterschiedlicher Mentalitäten aber auch aufgrund von Vorurteilen immer noch gesetzt ist, perforiert. Auffällig ist gerade in jüngster Zeit eine Diskrepanz zwischen dem Handeln auf staatspolitischer Ebene und dem Verhaltensmustern der Bewohner der Grenzregion. Während die Bewohner der Region die Grenze zunehmend nicht mehr als Hindernis wahrnehmen und auch auf kommunaler Ebene Annäherungen stattfinden, bauen sich auf politischer Ebene alte, bisher ungeklärte Probleme immer wieder auf.

## 6.5 Die Entwicklung des industriellen Sektors nach der EU-Osterweiterung

Durch die EU-Erweiterung profitierte die oberfränkische Wirtschaft einerseits, geriet aber gleichzeitig unter Druck. Während dem überwiegend regional orientierten Handwerk und den regional orientierten Betrieben der Industrie eine neue Konkurrenz erwuchs, haben exportorientierte Betriebe in den meisten Branchen von den neuen Märkten überwiegend profitiert. Wichtiger Handelspartner der Grenzregion war die Tschechische Republik aber auch Polen, Ungarn und die Slowakische Republik. Die neuen EU-Nachbarländer spielten zum damaligen Zeitpunkt bereits eine wichtigere Rolle als der nordamerikanische Markt für die Wirtschaft im Untersuchungsraum.<sup>74</sup>

Dennoch besteht eine regional unterschiedlich hohe Abhängigkeit von einzelnen Endprodukten. Nach Schätzungen der IHK Oberfranken Bayreuth war 2007 jeder vierte Industriearbeitsplatz in Oberfranken von der KFZ-Industrie abhängig. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich daher ab 2008, mit einem Höhepunkt im Winter 2008, unterschiedlich auf den Untersuchungsraum aus. Aufgrund der diversifizierten Wirtschaftsstruktur konnten jedoch große Einbrüche auf Seiten der Industrie aber auch auf dem regionalen Arbeitsmarkt nicht festgestellt werden. Trotz allem stellte die Wirtschaft im Untersuchungsraum Investitionen zurück.

Ab Frühjahr 2010 hellte sich die Stimmung bei den Unternehmen bereits wieder deutlich auf. In einer Umfrage der IHK Oberfranken Bayreuth im Juni 2010 schätzten die Unternehmen ihre Geschäftslage wieder besser ein. 30% der befragten Unternehmen stufen daher ihre Geschäftslage als positiv ein (Januar: 23%), nur 21% als schlecht (Januar: 24%).<sup>75</sup> Besonders positive Meldungen kamen aus der Investitionsgüterindustrie, die stark von der Krise betroffen war, dem Ernährungsgewerbe, der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie. Am positivsten schätzten die Dienstleister ihre Situation ein. Hier bezeichneten 36% ihre Geschäftslage als gut (30% im Januar), nur 12% als schlecht (Januar: 16%). Lediglich die Touristiker korrigierten ihre Einschätzungen nach

<sup>74</sup> Belina, P. (2007) Wirtschaftsstrukturen und –entwicklungen vom altindustrialisierten Grenzraum zum modernen Verflechtungsraum; in: Maier, J. (Hrsg.) Wirtschaftsgeographie von Oberfranken; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 256; Bayreuth 2007

<sup>75</sup> IHK Oberfranken Bayreuth (2010) Konjunkturumfrage: Zeichen auf Aufschwung; Oberfränkische Wirtschaft 6/2010, Bayreuth 2010

unten, so bezeichneten 24% ihre Lage als gut (Januar: 42%), dagegen 33% als schlecht (Januar 17%).

## 6.6 Die Entwicklung des Handwerks in der Zeit nach der EU-Osterweiterung

Ein besonderes Kennzeichen des Handwerks ist seine dezentrierte Standortstruktur sowie seine mosaikartige Verteilungsstruktur. Damit leistet das Handwerk gerade in ländlich geprägten Räumen einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Stabilität der Region. Dies gilt besonders für die Region Oberfranken. Mit 14 Betrieben je 1000 Einwohnern liegt die Betriebsdichte des Handwerks in Oberfranken geringfügig über dem bayerischen Durchschnitt und deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Die Region Oberfranken hatte aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu den Neuen Bundesländern einerseits und zum neuen EU-Mitgliedsstaat Tschechische Republik andererseits bundesweit eine Ausnahmesituation zu bewältigen. So waren und sind die Folgen der deutschen Wiedervereinigung mit den anhaltenden Förder- und Tarifgefällen noch nicht überwunden.<sup>76</sup> Durch die massiven Kosten-, Steuer- und Förderunterschiede im Zuge der EU-Osterweiterung wurde diese Situation ab 2004 verschärft. Neben den Herausforderungen für die Unternehmen, die sich aus den neuen Marktchancen ergeben, sehen sich insbesondere arbeitsintensive Wirtschaftszweige vor gewaltigen Problemen.

Ausgelöst von diesen Umwälzungen haben sich im oberfränkischen Handwerk merkliche Umstrukturierungsprozesse vollzogen. Nach der Zunahme der Beschäftigungszahlen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung musste das Handwerk seitdem einen Rückgang der Beschäftigten in Kauf nehmen. Im Gegenzug ist jedoch die Anzahl der Betriebe angestiegen. Insbesondere in den Jahren 2004 und 2005 ergaben sich in Folge der novellierten Handwerksordnung überdurchschnittliche Zuwachsraten.<sup>77</sup> Aufgrund der außerordentlich hohen Anforderungen des Marktes an die Unternehmen war dieses Wachstum jedoch nicht nachhaltig. Viele Existenzgründer starteten im Bereichen der zulassungsfreien Handwerksberufe sowie im handwerksähnlichen Gewerbe völlig unvorbereitet, nicht selten aus der Arbeitslosigkeit heraus, in die Selbständigkeit. Es handelt sich dabei meist um Ein-Mann-Betriebe, die nicht zuletzt wegen der Anreizwirkung von Existenzgründerzuschüssen durch die Arbeitsverwaltung, mit geringsten Mitteln den Weg in die Selbständigkeit suchen. Das Tätigkeitsfeld beschränkt sich dabei oft nur auf äußerst enge Marktnischen. Die Überlebensquote von Existenzgründern in den handwerksähnlichen Berufen lag daher sehr viel niedriger als in den Meisterbetrieben des Handwerks.

Trotz des grundlegenden Strukturwandels im Handwerk zeichneten sich in Oberfranken bisher nur geringe Konzentrationsprozesse ab. Es sind jedoch vor allem die ländlichen Gebiete im Stadt-Umland der Städte Bayreuth und Hof, in denen sich das Handwerk hält, in den Randbereichen zu Thüringen und Sachsen sowie zur Tschechischen Republik lässt die Dichte nach.

Zusammengefasst kann, nicht zuletzt auch mit Hilfe von Karte 24 gesagt werden, dass der Grenzraum in den letzten 10 Jahren eine durchaus bemerkenswerte positive Entwicklung

<sup>76</sup> Koller, T. (2007) Handwerk im Regionalfocus – Das Beispiel Oberfranken; in: Maier, J. (Hrsg.) Wirtschaftsgeographie von Oberfranken; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 256; Bayreuth 2007

<sup>77</sup> ders., ebenda, S.108

genommen hat. Dies gilt besonders für Teile des Bayerischen Waldes aber auch Landkreise wie Hof, Kronach, Bayreuth und Tirschenreuth.

#### **IV. Regionale Fallstudien**

Um nun die bisherigen, teilweise allgemeinen, d.h. das gesamte Untersuchungsgebiet umfassenden Darstellungen durch konkrete Einzelstudien zu ergänzen, wird neben unternehmensbiographischen Ansätzen auch aus regionalen Teilraumgutachten bzw. Regionalen Entwicklungskonzepten und ausgewählten themenbezogenen Fallstudien Bezug genommen.

##### **1. Der Ansatz der Unternehmensbiographien**

Die deutsche Unternehmensgeschichte des 19. und 20. Jh. ist wohl eine der spannendsten Kapitel der deutschen Geschichte. So gab es zahlreiche Höhepunkte (Goldene 20er, Wirtschaftswunder), aber auch Tiefpunkte (I. und II. Weltkrieg, Ölkrisen, aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise) und auf regionaler Ebene erhebliche positive und negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Unternehmen (im Untersuchungsraum etwa die Errichtung des Eisernen Vorhangs, die Grenzöffnung zu Beginn der 90er oder die EU-Osterweiterung). Schon immer bestand eine direkte und wechselseitige Beeinflussung zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, so dass anhand der wirtschaftlichen Entwicklungsgeschichte einzelne Rückschlüsse auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung und umgekehrt getätigt werden können. In gesellschaftlicher Hinsicht kommt den Unternehmen als Arbeitgeber eine wichtige Bedeutung zu. Unternehmen stellen daher eine wichtige Keimzelle regionaler Entwicklungsprozesse dar.

Das Gebiet der Unternehmensgeschichtsschreibung ist ein recht komplexes Gebiet, das in Deutschland bisher nur einzelfallartig aufgearbeitet wurde. Ein grundsätzliches Patentrezept für die Zusammenstellung einer Unternehmensbiographie ist daher nicht vorhanden. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht von einer einfachen isolierten Betrachtung von Einzelereignissen ohne Darstellung von Zusammenhängen, bis hin zur Darstellung von bloßen Zahlen, wie beispielsweise die Umsatz- und Beschäftigtenzahlen in Presseinformationen ohne die Meinung der Unternehmensführer einzuholen. Teilweise wird auch ein einfaches Zahlenraster aufgestellt, wodurch eine Chronologie kreiert wird, die nicht immer dem Verlauf der Unternehmensgeschichte entspricht. Allgemein muss festgestellt werden, dass kaum vergleichbare Darstellungen von Unternehmensbiographien existieren, da kein allgemeingültiges Untersuchungskonzept vorhanden ist. Darüber hinaus findet man hauptsächlich Beiträge über die Unternehmensgeschichte von Großbetrieben. Der Einfluss von kleinen und mittleren Unternehmen auf die Entwicklung einer Region wird dabei, im Gegensatz zur Realität, kaum Rechnung getragen. In der historischen Regionalforschung eignen sich diese Ansätze deshalb nur bedingt. Wenn eine Region als ein komplexes System sich wechselseitig beeinflussender Prozesse gesehen werden darf, dann ist es notwendig, mehrere Biographien ausgewählter Unternehmen aus dem zu untersuchenden Raum mit einer Methode darzustellen, die eine hohe Vergleichbarkeit gewährleistet.

Durch den Rückgriff auf den unternehmensbiographischen Ansatz können die bisherigen Fakten, die hauptsächlich auf statistischer Analyse und empirischen Erhebungen beruhen, durch Betroffenenberichte (in diesem Falle Unternehmer) angereichert werden. Als Instrument der Datenerhebung dienen direkte mündliche Befragungen vor Ort. Durch die oftmals

persönlich geprägten Aussagen lassen sich Einstellungen und Motivationen im Zusammenhang mit der Veränderung der Grenze darstellen.

Aufgrund des zeitlichen und finanziellen Rahmens dieser Studie werden 12 Unternehmen aus der Grenzregion ausgewählt. Im Untersuchungsraum spielen Handwerksunternehmen eine wichtige Rolle. Diese eignen sich zudem im besonderen Maße für die Fragestellung, da hier eher kleinräumige Verflechtungen im unmittelbaren Grenzgebiet eine Rolle spielen. Zudem steht dabei, im Gegensatz zu größeren Unternehmen, die Rolle der Mitarbeiter eindeutig im Vordergrund. Persönliche Motivationen, wie etwa individuelle Beziehungs- und Interaktionsmuster, Einstellungen, wie etwa die persönliche Sicht auf den Nachbarn aber auch Fähigkeiten, wie etwa Kenntnisse der fremden Sprache, spielen dabei eine große Rolle. Erweitert werden diese Befragungen durch einige ausgewählte Industrieunternehmen. Hierbei tritt der persönliche Faktor eher in den Hintergrund und betriebswirtschaftliche Erfolgserwartungen wirken sich auf die Kooperation mit anderen Unternehmen und andere Internationalisierungsstrategien wie etwa Standortverlagerungen aus. Die Reichweite der Beziehungen geht in diesem Bereich oftmals über das unmittelbare Grenzgebiet hinaus.

Nach mehrmaligen Anfragen konnten 9 Unternehmen befragt werden, zwei hatten inzwischen keine Beziehungen mehr in die Tschechische Republik, ein Unternehmen wollte sich letztlich nicht an den empirischen Studien beteiligen.

## 1.1 Ausgewählte Unternehmensbiographien

### Beispiel Zahntechnik aus dem Raum Wunsiedel

#### Zu Situation und Entwicklung des Unternehmens:

„Wir sind ein Handwerksbetrieb und ein Dienstleister für Zahnärzte“. Der Betrieb existiert seit 1982, das Unternehmen beschäftigt 11 Mitarbeiter, wobei sich diese Zahl über die Jahre stabilisiert hat.

#### Kooperation mit Betrieben in der Tschechischen Republik:

Der Betrieb startete im Vorfeld der Grenzöffnung mit nur 4 Mitarbeitern. Ziel war es, sich erst einmal in der Region zu etablieren, was auch sehr gut gelang. Das Unternehmen profitierte aus der Tatsache, dass viele Konkurrenten damals massiv in die neuen Bundesländer expandierten und deshalb den einheimischen Markt vernachlässigt haben. Die entstehende Lücke füllte das Unternehmen. Von den Laboren, die in die neuen Bundesländer gingen, existieren heute viele nicht mehr.

Nach Tschechien bestanden eigentlich keine Verbindungen. Das Unternehmen beschäftigte früher jedoch eine Grenzgängerin aus der Tschechischen Republik, mit deren Hilfe Einblicke in die Situation in der Tschechischen Republik gewonnen werden konnten. Aber weitergehende Geschäftsbeziehungen entwickelten sich daraus nicht.

Es gab einmal Überlegungen, gängige Arbeiten in der Tschechischen Republik fertigen zu lassen. Der Versuch war damals schon relativ weit, wurde aber dennoch nicht durchgeführt. Heute ist man froh darüber, weil dieses Segment zu einem Auslaufmodell geworden ist. Der technische Wandel führte dazu, dass mittlerweile sehr viel maschinell hergestellt wird.

Es ist auch in Zukunft nicht daran gedacht, auf dem tschechischen Markt einzusteigen, weil das Wissen fehlt, um geeignete Zahnärzte in der Tschechischen Republik zu identifizieren.



### Beurteilung der EU-Osterweiterung:

Die Angst vor einer neuen Konkurrenzsituation war bei der Grenzöffnung sicherlich vorhanden. Zumindest bis man erste Einblicke in die Situation auf der anderen Seite der Grenze gewinnen konnte. Die HWK, insbesondere das Ost-West-Kompetenzzentrum in Marktredwitz bemühte sich damals stark, um grenzübergreifende Beziehungen zwischen Handwerkern herzustellen und veranstaltete Exkursionen auch für Zahntechniker. Der Know-How-Vorsprung Bayerns auf diesem Gebiet war damals immens, weswegen sich die Angst legte.

Hinzu kommt noch, dass die Betriebe in der Tschechischen Republik sehr klein sind, oftmals sind die Zahntechniker direkt beim Zahnarzt angestellt. Aus diesem Grunde sind auch nur wenige Aufträge von Deutschland über die Grenze gegangen.

Auch in Zukunft wird die Situation entspannt gesehen und eine Expandierung über die Grenze abgelehnt. „Ehrlich gesagt habe ich das abgehakt, aber als Sie mich angerufen haben, habe ich mal wieder einen Gedanken darüber verschwendet.“ Theoretisch bestehe die Möglichkeit zwar weiterhin, jedoch lohnt sich eine Produktion in der Tschechischen Republik nicht mehr. Man müsste vielmehr versuchen, hochwertige Arbeiten, die in der Tschechischen Republik noch nicht angeboten werden können, dorthin zu exportieren. Da die beiden Geschäftsführer jedoch noch stark in die Produktion eingebunden sind, fehlt ihnen die Zeit, Strategien zu entwickeln. „So lang bei uns noch mehr als genug Arbeit vorhanden ist, hat man da keinen Geist dafür.“ Auch bei den Kollegen findet man keine ernsthaften Versuche, in der Tschechischen Republik Fuß zu fassen. Letztendlich handelt es sich dabei um ein finanzielles Problem.

### **Beispiel Zahntechnik aus dem Raum Bad Elster**

#### Zur Situation und Entwicklung des Unternehmens:

Der Inhaber kam direkt nach der deutschen Wiedervereinigung nach Bad Elster. Die Entwicklung war zu Beginn sehr stürmisch, so dass jeden Monat ein neuer Mitarbeiter eingestellt werden konnte. Die meisten Arbeitskräfte arbeiten halbtags. Rechnet man die Stellen zusammen, so beschäftigt das Unternehmen 11-12 Arbeitskräfte. Das Zweigunternehmen in Marktleuthen, das derzeit unbesetzt ist, kam erst danach hinzu. Es fehlt eine Spitzenkraft, der die Führung des Betriebes übertragen werden kann. Relativ früh ist das Unternehmen in der Tschechischen Republik tätig gewesen. Dort selbst als Unternehmer aufzutreten, hat sich aufgrund der rechtlichen Situation als schwer praktikabel herausgestellt. Aus diesem Grunde beschäftigt er eine tschechische Mitarbeiterin.

Konkurrenz aus der Tschechischen Republik hat sich nur wenig ergeben. Es gibt zwar viele Deutsche, die zu einem tschechischen Zahnarzt gehen; es gibt aber auch viele Tschechen, die zu einem deutschen Zahnarzt gehen. Die Deutschen suchen die billigeren Preise in der Tschechischen Republik, die Tschechen die höhere Qualität in der BRD.

Im Bereich der Zahntechnik ist das System in Deutschland und Tschechien zudem sehr unterschiedlich, woraus sich ein Vorteil für deutsche Unternehmen ergibt. In der Tschechischen Republik müssen Zahntechniker an einer FH studieren, haben aber keine praktische Ausbildung. Des Weiteren ist es in der Tschechischen Republik so, dass man bis zu einem gewissen Umsatz keine Mehrwertsteuer abführen muss. Aus diesem Grunde gibt es in der Tschechischen Republik fast nur Unternehmen, die aus 1-2 Mitarbeitern bestehen. Diese kleinen Unternehmen stellen, da sie nur relativ wenige Aufträge ausführen können, keine Konkur-

renz für deutsche Unternehmen dar. Größere Unternehmen gibt es nur in den größeren Städten der Tschechischen Republik.

#### Kooperation mit Betrieben in der Tschechischen Republik:

Das Unternehmen hat eine tschechische Zahntechnikerin in der Tschechischen Republik beschäftigt. Das Arbeitsverhältnis besteht seit 2 Jahren, davor gab es schon ähnliche Konstellationen. Allerdings besteht die Schwierigkeit, gute Arbeitskräfte in der Tschechischen Republik zu finden. Auch die jetzige Angestellte hat noch etwas Ausbildung gebraucht. Ziel ist es, dass die Frau in 2-3 Jahren als Geschäftsführerin eingesetzt werden kann und dann ein richtiger Standort in der Tschechischen Republik aufgebaut werden kann.

Den bürokratischen Aufwand in der Tschechischen Republik bezeichnet der Unternehmer als gigantisch. Zwar ist er als Meister in der Tschechischen Republik anerkannt, was allerdings 2 Jahre gedauert hat, da er ja, wie in Deutschland üblich, nicht studiert hat. Die Genehmigung muss alle 2 Jahre erneuert werden und aufgrund des höheren Spezialisierungsgrades der tschechischen Kollegen müssen, um an Aufträge zu kommen, immer wieder Fortbildungen absolviert werden. Aus diesem Grunde hat der Unternehmer es aufgegeben, persönlich in der Tschechischen Republik unternehmerisch tätig zu werden.

Entwicklungsmöglichkeiten auf dem tschechischen Markt sieht der Inhaber durchaus. Allerdings muss man fähige Mitarbeiter finden. Jedoch machen sich die guten Arbeitskräfte in der Tschechischen Republik lieber selbständig. Der Hauptvorteil einer Niederlassung in der Tschechischen Republik erwächst aus der sozioökonomischen Struktur im Grenzraum. So verzichten immer mehr Patienten aufgrund der hohen Kosten auf hochwertigen Zahnersatz. Eine Auslagerung großer Teile der Fertigung in die Tschechische Republik wird jedoch eher skeptisch gesehen. Eher sieht er in der technischen Innovation einen möglichen Wettbewerbsvorteil für den deutschen Standort. Derzeit werden neue computergetützte Fertigungsverfahren eingeführt.

#### Beurteilung der EU-Osterweiterung:

Zu Beginn waren durchaus Ängste vorhanden, dass eine neue Konkurrenzsituation entsteht. Aber bis auf einige Versuche zu Beginn hat sich diese Situation nicht eingestellt. Heute sieht er die EU-Osterweiterung neutral. Es gibt zwar gute Zahntechniker in der Tschechischen Republik, aufgrund der Tatsache, dass diese jedoch alleine arbeiten, haben sie einfach nicht die Masse, um für ein deutsches Unternehmen gefährlich zu werden.

### **Beispiel Werkzeugbau im Raum Selb**

#### Zur Situation und Entwicklung des Unternehmens:

Es handelt sich um ein alteingesessenes Familienunternehmen aus Selb. Die Firma wurde 1920 gegründet. „Wie es sich für eine anständige Firma aus Selb, der ehemaligen Stadt des Porzellans gehört, liegen natürlich auch unsere Ursprünge in der Porzellanindustrie.“ Am Anfang wurden Vorrichtungen, später Presswerkzeuge für die Keramikindustrie, im speziellen für die technische Keramikindustrie, hergestellt. Gängige Artikel, die damals mit den Werkzeugen produziert wurden, waren Lampenfassungen und Sicherungen aus Porzellan. Mit dem Rückgang der Porzellanindustrie hat man sich der Herstellung von Werkzeugen für die Kunststoffverarbeitung gewidmet. Mittlerweile ist der Betrieb ein reiner Hersteller von Spritzgießwerkzeugen für die kunststoffverarbeitende Industrie. „Wir verstehen uns als reiner

Dienstleister und sind sehr breit aufgestellt. Unsere Kunden kommen, aus der Elektroindustrie, aus der Automobilindustrie, der Spielzeugindustrie und der Medizintechnik.“

Internationale Beziehungen werden in erster Linie über die Kunden gepflegt. „Wir bauen Werkzeuge, die ihren Standort hauptsächlich in der BRD finden. Die damit produzierten Artikel werden weltweit exportiert.“ Spezielle Werkzeuge werden jedoch auch ins Ausland transferiert. Direkt werden Unternehmen in Tschechien, Österreich und Ungarn beliefert, wobei Tschechien keinen wichtigen Markt darstellt. Der deutsch-tschechische Kundenkontakt entsteht in erster Linie dann, wenn Kundenunternehmen einen Standort in der Tschechei gründen. Das sind dann aber trotzdem deutsche Unternehmen.

Die Firma stellt stark erklärungsbedürftige Artikel her. Es hat aber eine gewisse Verlagerung statt gefunden. Kunststoffteile, bei denen man der Meinung war, dass man sie billiger im Ausland herstellen kann, sind z.B. in die Tschechische Republik gewandert und wurden dort produziert. Damit wurden dann auch vor Ort tschechische Werkzeuge eingekauft. Für Produkte, bei denen man der Meinung war, dass eine Produktion in der BRD Sinn macht, wurden hingegen bevorzugt deutsche Werkzeuge eingekauft.

Durch den Fall der Mauer gab es zu Beginn sicherlich „wilde Jahre“, in denen man dachte, dass nur noch mehr tschechische Werkzeuge gekauft werden aber das hat sich schnell wieder normalisiert. Die Kunden unterscheiden bei der Auftragsvergabe sehr stark, ob das Produkt aus der BRD kommt oder aus dem osteuropäischen Ausland.

Eine gewisse Verlockung war am Anfang da, gewisse Teile in die Tschechische Republik auszulagern, um die geringeren Lohnkosten mitzunehmen. „Ich habe mich damals sehr intensiv damit auseinandergesetzt, habe auch einen mehrwöchigen Kurs am Ost-West-Kompetenzzentrum besucht, war aber dann doch der Meinung, dass für ein Familienunternehmen auf viele Jahre gesehen doch die Nachteile überwiegen.“ Das Unternehmen hat 32 Mitarbeiter, da wäre eine Aufspaltung der knappen Management-Ressourcen teurer als der Gewinn von 10-20% an Arbeitslohneinsparung. In der Region besteht zudem der Vorteil, dass das Subventionsgefälle nicht ganz so ausgeprägt ist. „Man hat durchaus auch Chancen am Standort Selbst Investitionszuschüsse zu bekommen. Da ist die Verlagerung eines Unternehmens aus Köln etwa nach Pilsen natürlich interessanter als für ein Unternehmen aus dem grenznahen Gebiet.“

Zudem wird die Situation mit der Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung verglichen. Auch hier hatte man zu Beginn grenzenlosen Enthusiasmus und nach 2-3 Jahren kam die Ernüchterung. Zwischendurch gab es für die Werkzeug-Branche eine solche Situation in Portugal, das hat sich aber auch wieder relativiert.

Gerade die Entlohnung von Facharbeitern hat sich in den letzten Jahren stark angenähert, v.a. im Verhältnis zur Produktivität.

#### Beurteilung der zukünftige Entwicklung:

Wenn man die deutsch-französische und die deutsch-holländische Grenze betrachtet, dann sieht man „wie das auch zwischen Deutschland und Tschechien werden kann“. Herr Göbel ist überzeugt davon, dass die Grenzregion stärker zusammenwachsen wird und sieht die Zukunft optimistisch. Da wird bestimmt das eine oder andere Unternehmen aufgrund des demographischen Wandels auf Arbeitskräfte aus Tschechien zurückgreifen. Auch verstärkte Zusammenarbeit wird sich ergeben. Es wird sich eine Normalisierung wie an den Westgrenzen entwickeln, die Situation im Bereich Handel ist ein Zeichen dafür. Es gibt jedoch keine

Strategie, um auf die neue Situation reagieren zu können. „Wir fahren da keine Strategien, weil wir als kleines, mittelständisches Unternehmen kurzfristig reagieren können. Gerade in der Grenzregion ist es nicht schwierig, einen Mitarbeiter zu finden, der Deutsch und Englisch sprechen kann, um bestimmte Sprachbarrieren aufzubrechen. Auf der anderen Seite gewinnt das Unternehmen neue Mitarbeiter hauptsächlich durch Ausbildung. Da ist ein gewisses Sprachniveau vorhanden.“

#### Beurteilung der EU-Osterweiterung:

Für den Handel hat sich die Situation stark verändert, da ganz andere Einzugsgebiete realisierbar wurden, im Bereich Industrie sind die Auswirkungen jedoch gering gewesen. Im Grenzgebiet fehlt immer noch die Großindustrie, um langfristig wachsen zu können. „Ich bezweifle, dass sich daran etwas ändern wird.“ Dabei ist der Verkehr wirklich ein Problem. Es gibt eine hervorragende Süd-Nord-Verbindung aber eine miserable Anbindung an den Westen. Viele der Kunden sitzen etwa im Bereich Kronach/Kulmbach, das sind etwa 90 km Strecke, aber man braucht doppelt so lang wie nach Regensburg.

#### **Beispiel Steuerungstechnik aus dem Raum Naila**

##### Zur Situation und Entwicklung des Unternehmens:

Die Firma ontec wurde 1997 gegründet und ist im Bereich Steuerungstechnik und Elektronik tätig. Das Unternehmen startet mit fünf Mitarbeitern im Bereich Elektroinstallation und Schaltanlagenbau. Das Unternehmen war von Anfang an serviceorientiert und entwickelte entsprechende Software. 1998/1999 erweiterte man das Angebot in Richtung Mechanik. Langsam stieg man dann auf die Entwicklung von Komplettkomponenten um. Man spezialisierte sich auf kleine Automaten zur Verbesserung von Produktionsflüssen. 2002 errichtete das Unternehmen das jetzige Firmengebäude und ist kontinuierlich gewachsen – mittlerweile beschäftigt das Unternehmen 80 Mitarbeiter. Das Unternehmen ist mittlerweile nur noch im Bereich Automation tätig.

Die Hauptkunden des Unternehmens sind Produzenten aus dem Bereich technische Textilien. Die Hauptabsatzmärkte nach Umsatz stellen Russland, Tschechien, Polen und Indien. Technologisch gesehen sitzen die Hauptabnehmer in Deutschland sowie im westeuropäischen Bereich.

Da das Unternehmen den Kunden Komplettlösungen anbieten will, jedoch nicht das komplette Portfolio selbst abdecken kann, arbeitet das Unternehmen bei ihren Projekten stark mit anderen Unternehmen zusammen. Ein wichtiger Partner im Bereich Software-Entwicklung ist ein Unternehmen aus Mistelgau. Auch Präzessionsarbeiten im Bereich Fräsen und Drehen werden an Unternehmen aus der Umgebung vergeben. Für Entwicklungsaufgaben arbeitet das Unternehmen mit einer Firma aus Aachen zusammen.

Der EU-Beitritt der Tschechischen Republik stellte für das Unternehmen keinen wichtigen Einschnitt dar, da schon vorher Kontakte zu dort ansässigen Unternehmen bestanden. Durch den Wegfall des Zolls und den Wegfall der Bürokratie entstanden aber Vorteile. Das Unternehmen unterhält lediglich Kundenbeziehungen in die Tschechische Republik. Aufgrund der Sprachbarriere zog man eine Verlagerung von Unternehmensteilen nicht in Erwägung. Auch Unternehmenskooperationen mit einem tschechischen Partner sind aufgrund der Komplexität der benötigten der Produkte nicht möglich.

Auch normale Kundenbeziehungen nach Tschechien sind problematisch aufgrund der Sprachunterschiede. Tschechisch-sprachige Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen nicht. Leichter ist die Situation in Russland, da das Unternehmen auf russisch-sprachige Mitarbeiter zurückgreifen kann. In den letzten 2-3 Jahren wurde der tschechische Markt jedoch zunehmend bedeutender. Das Unternehmen gründete eine Handelsniederlassung in Tschechien und konnte so den Absatz erhöhen. Auch durch die Gründung von Zweigunternehmen durch deutsche Kunden wachsen die Kontakte in die CR.

Konkurrenz durch tschechische Unternehmen erfährt ontec v.a. im Bereich Schaltschrankbau. Aus diesem Bereich hat das Unternehmen den Bereich Schaltschrankbau nicht weiter ausgebaut. In der jetzigen Halle waren 1000m<sup>2</sup> für den Schaltschrankbau vorgesehen, diese wurde auf 250 m<sup>2</sup> verkleinert. Stattdessen hat man sich auf den Bereich Spezialmaschinen spezialisiert. Anstatt auf Lohnarbeit zu setzen, suchte man sich einen Wettbewerbsvorteil durch Wissen. Der Mitarbeiterstamm ist heute beträchtlich höher qualifiziert als früher. Das Unternehmen beschäftigt heute fast so viele Meister und Ingenieure wie Lohnarbeiter.

#### Allgemeine Einschätzung der EU-Osterweiterung:

Durch die EU-Osterweiterung ist der Standort wieder mehr in die Mitte gerückt. Die Lage an der Grenze hat zudem dazu geführt, dass wenig Innovationskraft und Kreativität bei den dort ansässigen Unternehmen vorhanden war. Durch die neue Situation sind Impulse entstanden, die den Standort wettbewerbsfähiger werden ließen. Im Vergleich zu den Ballungszentren besteht aber immer noch ein enormer Nachteil, wenn es um die Akquise von hochqualifiziertem Personal geht. Die FH in Hof hat die Situation jedoch erheblich verbessert.

Im Bereich der Produktion besteht mittlerweile eine Arbeitsteilung mit der Tschechischen Republik. Durch die Konkurrenz im Bereich Lohnfertigung sind wettbewerbsfähige deutsche Unternehmen auf den Bereich Spezialmaschinenbau ausgewichen.

Betrachtet man den Arbeitsmarkt, so verhindert v.a. die Sprachbarriere ein Zusammenwachsen. Selbst bei guten Englischkenntnissen auf beiden Seiten sind die Interpretationsspielräume so groß, dass eine Zusammenarbeit sehr schwierig ist. Bei Kooperationen mit tschechischen Partnern kam es oft zu Schwierigkeiten, wenn es um die Einhaltung von Terminen ging.

Eine Unternehmensverlagerung nach Tschechien ist auch in Zukunft nicht interessant. Eher würde sich Thüringen aufgrund der höheren Förderung anbieten.

#### **Beispiel Druckmessgeräte aus dem Raum Thierstein**

##### Zur Situation und Entwicklung des Unternehmens:

Die Wurzeln des Unternehmens liegen in der Tschechischen Republik. Ein Standort in Deutschland wurde erst später gegründet. Ziel war es den wachsenden Bedarf an Drucksensoren, der zu Beginn der 1990er Jahre in der Tschechischen Republik bestand, zu bedienen. Persönliche Kontakte in die Tschechische Republik erleichterten diesen Schritt.

Das Unternehmen wurde 1994 als 5-Mann-Betrieb gegründet. Schnell hat es sich zu einem der bedeutendsten Anbieter von elektronischen Druckmessgeräten auf dem Weltmarkt ent-

wickelt. Heute beschäftigt das Unternehmen ca. 200 Mitarbeiter an Standorten in Deutschland, der Tschechischen Republik, Russland und China.

Die Drucksensoren fertigt das Unternehmen in der Tschechischen Republik, die Endmontage erfolgt jedoch in Thierstein. Während das Unternehmen zu Beginn Drucksensoren komplett zukaufen musste, stellt es diese heute selbst in den beiden tschechischen Schwesterfirmen her. Im Bereich F&E unterhalten die tschechischen Niederlassungen Kontakte zur Universität Brno/Brünn, während am deutschen Standort eine Kooperation mit der FH Weiden/Amberg besteht. Von der Tschechischen Republik aus hat sich das Unternehmen zudem den russischen Markt erschlossen, wo mittlerweile eine weitere Tochterfirma besteht.

### **Beispiel Oberflächenbehandlung aus dem Raum Wunsiedel**

#### Zur Situation und Entwicklung des Unternehmens:

Das mittelständische Unternehmen verfügt am Standort Wunsiedel i. F. über 300 Mitarbeiter. Am Standort Wunsiedel befindet sich die Produktion des Unternehmens sowie die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie Vertrieb. In Schweden, Frankreich und England befinden sich zudem reine Vertriebsgesellschaften. Der Produktbereich, der in Wunsiedel gefertigt wird umfasst Techniken zur Oberflächenbehandlung und Trennung von Werkstoffen. Der Exportanteil des Unternehmens liegt bei rd. 70%. Betrachtet man die letzten 10 Jahre, so hat die Mitarbeiterzahl konstant zugelegt. Lediglich im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise musste das Unternehmen Personal abbauen. Dies konnte aber über einen Abbau des Leiharbeiteranteils bewerkstelligt werden. Die Stammebelegschaft war von den Maßnahmen nicht betroffen.

Die Tschechische Republik ist als Markt zu klein für das Unternehmen. Derzeit kooperiert das Unternehmen mit einem Betrieb aus der Tschechischen Republik in einem F&E-Projekt zur Rückgewinnung von Rohstoffen aus verbrauchten Produkten. Dazu laufen Versuchsreihen auch in der Tschechischen Republik. Die Versuchsanlage wird in der Nähe von Prag derzeit aufgebaut, das deutsche Unternehmen liefert die Materialien und das Know-How. Darüber hinaus finden sich kleinere Geschäftsbeziehungen auf Werksvertrag-Basis, so lässt das Unternehmen Werkzeuge in Tschechien nachbearbeiten. Aufgrund der geringen Bedeutung der Lohnarbeit bieten sich weitere Kooperationen nicht an. Im allgemeinen ist die Firmenstrategie so ausgerichtet, das eigene Wissen zu schützen und kontinuierlich auszubauen. F&E stellt eine wichtige Quelle von Wettbewerbsvorteilen für das Unternehmen dar. Anstatt Zuzukaufen entwickelt man lieber selber. So hat das Unternehmen etwa eine neue Brenntechnik selbständig zur Marktreife getrieben.

Die Kooperation in Tschechien kam über persönlichen Kontakt zustande. Der tschechische Partner arbeitet bereits seit 25 Jahren mit dem Unternehmen zusammen. Bereits vor der Wende hat er die Interessen des Unternehmens in der Tschechischen Republik als Handelsvertreter gewahrt. Die Idee zu der Zusammenarbeit kam von dieser Seite. Unterstützung durch Dritte hat das Unternehmen dabei nicht benötigt. Probleme beim Aufbau der Kooperation mit dem tschechischen Partner gab es nicht, da das Unternehmen viele tschechischsprachige Mitarbeiter beschäftigt und der Partner zudem deutsch spricht. Die Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter stellt ein Teil der Firmenphilosophie dar. So sprechen viele Mitarbeiter 3-4 Sprachen. Das Unternehmen bietet hierzu Intensivkurse an.

Tschechische Arbeitnehmer beschäftigt das Unternehmen nicht. Bisher konnte der Personalbedarf aus der Region gedeckt werden.

In Zukunft sieht das Unternehmen das Problem des Fachkräftemangels auf sich zu kommen. Der demographische Wandel wird sich in den nächsten Jahren verstärkt in diesem Bereich auswirken.

#### Allgemeine Einschätzung der EU-Osterweiterung:

Die Grenze in den Köpfen ist sicherlich noch vorhanden und muss weiter abgebaut werden. Auch die weitverbreitete Einschätzung, jenseits der Grenze finden sich nur Billigkräfte trifft nicht mehr zu.

Ein Engagement auf den osteuropäischen und asiatischen Märkten ist – so die Meinung - für ein Unternehmen unumgänglich, da der Sättigungsgrad der mittel- und westeuropäischen Märkte nur noch mehr geringe Wachstumsraten möglich macht. Um weiter wachsen zu können müssen daher neue Märkte erschlossen werden. Diese Strategie verfolgt das Unternehmen in Russland, wo es eine eigene Vertriebsniederlassung in Moskau unterhält. Derzeit hat Osteuropa einen Anteil an den Exporten des Unternehmens von 10-12%. Gerade die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich in Osteuropa besonders bemerkbar gemacht. Derzeit erholen sich die Märkte aber wieder.

#### Einschätzung des Standortes Wunsiedel:

Als problematisch wird v.a. die verkehrliche Erschließung des Standortes gesehen. So fehlen ein Flughafen und eine vernünftige bahnseitige Anbindung. Der Anschluss durch die Autobahn ist hervorragend. Als positiv wird die sonstige Infrastruktur dargestellt. So ist es sehr einfach mit politischen Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten. Darüber hinaus sind die Grundstückspreise sehr niedrig - Mittlerweile ab der mittleren Ebene können sich problemlos ein Haus leisten. Aber auch das kulturelle Angebot wird als sehr vernünftig eingeschätzt.

Gegenüber der Großstadt wird der ländliche Raum aber immer Probleme haben. Gerade Fachkräfte zieht es in die Ballungsräume. Die Männer fühlen sich hier meist wohl, ob jemand aber dann wirklich bleibt entscheidet die Frau.

Je nach Branche stellt auch die Nähe zur Tschechischen Republik einen Vorteil dar. Gerade im Bereich Automotiv ist die Tschechische Republik ein wichtiger Partner. Die Vernetzung über die Grenze hinweg steht derzeit noch am Anfang. Die Kontakte, auch im Hochschulbereich werden sich in Zukunft sicherlich intensivieren. Die Sprachbarriere ist aber noch zu groß. Während man in der Tschechischen Republik oftmals deutsch spricht, ist die Situation in Deutschland anders.

Zu den beiden Beispielen aus Hof und Selb ist festzuhalten, dass das Unternehmen in Hof seit der letzten Untersuchung 2005 seine Beziehungen in die Tschechische Republik abgebrochen hat. Auch der Betrieb in Selb sah aufgrund seiner Premium-Produkte keine Absatzchancen in Böhmen, trotz der Existenz der internationalen Heilbäder.

## **2.1 Kurzes Fazit aus den Unternehmens-Beispielen**

Die Bedeutung der Grenze und der seit nunmehr 20 Jahren bestehenden Nähe zum Nachbarland ist regional unterschiedlich und hängt von der Branchenzugehörigkeit, der Produktpa-

lette und der Größe des jeweiligen Unternehmens ab. Festzuhalten bleibt, dass bereits vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik Kooperationen und Handelsbeziehungen über die Grenze hinweg bestanden. Der zeitliche Startpunkt für viele Geschäftsbeziehungen lag deshalb nicht im Jahr 2004 sondern bereits in den 1990er Jahren. V.a. die Dynamik des Systemwechsels und die damit einhergehenden unternehmerischen Freiheiten sowie auch die geringeren Lohnkosten machten den Markt zu diesem Zeitpunkt interessant. In dieser Zeit entstanden viele enge, oftmals auch dauerhafte Kooperationen. Bis 2004 ist eine gewisse Normalisierung der Situation zu spüren.

Kooperationen mit tschechischen Unternehmen stellen für bayerische Unternehmen eine große Herausforderung dar. Die Hauptprobleme ergeben sich bereits in der Startphase von Kooperationen. So ist es gerade für kleinere, handwerklich geprägte Unternehmen aufgrund der Sprachbarriere schwierig, umfassende Marktinformationen zu erheben oder geeignete Partner für die Geschäftstätigkeit zu finden. Wenn Kooperationen entstehen, dann geschieht dies v.a. im Bereich Handwerk meist zufällig. Oftmals sind es die tschechischen Partner, die aufgrund ihrer Deutschkenntnisse auf ein deutsches Unternehmen zugehen können. Abschließend ist festzustellen, dass die Sprachbarriere immer noch das größte Hemmnis für deutsch-tschechische Kooperationen darstellt.

Ein weiteres Hemmnis stellen die großen Unterschiede in den rechtlichen und geschäftsrelevanten Rahmenbedingungen dar. Gerade für kleinere Unternehmen ist es sehr schwierig und kostenintensiv, in diesem Bereich das nötige Wissen zu generieren. Oftmals verzichten die Unternehmen deshalb auf professionelle Beratung. Aufgrund dieser Tatsache scheitern viele Kooperationen an dem vermeintlich höheren bürokratischen Aufwand in der Tschechischen Republik.

Fragt man deutsche Unternehmen nach den Hauptgründen für ein Engagement in der Tschechischen Republik, so werden immer noch Lohnkostenvorteile angeführt. Da dieser Vorteil jedoch langsam schwindet, wird ein Engagement eher als unattraktiv bewertet. Kontakte auf einer Augenhöhe, etwa im Bereich F&E spielen hingegen bei kleinen und mittleren Unternehmen nur eine geringe Rolle. Bei genauerer Betrachtung sind diese Beziehungen jedoch von längerer Dauer als reine vertikale Geschäftsbeziehungen. Ein Umdenken in dieser Hinsicht findet jedoch nur bei solchen Unternehmen statt, die Zugang zu Informationen über die Entwicklung innerhalb der tschechischen Wirtschaft haben.

Die geringe Größe des tschechischen Marktes macht es zudem für viele hochspezialisierte Unternehmen eher uninteressant, sich dort zu engagieren. Russland und Asien stellen weitaus interessantere Märkte dar. Das größere Engagement, mit denen die befragten Unternehmen diese Märkte bearbeiten, unterstreicht diese These.

Der Konkurrenzdruck durch tschechische Unternehmen ist als eher gering zu bewerten. Es gibt nur wenige tschechische Unternehmen, die sich auf dem deutschen Markt engagieren. Auch hier ist das Engagement gegen Osten gerichtet. Der hohe Sättigungsgrad des deutschen Marktes bei hohen Zutrittsbarrieren verhindert häufig ein Engagement.

Vergleicht man die Situation an der deutsch-tschechischen Grenze mit der an der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, so lassen sich große Unterschiede feststellen. An der deutsch-französischen Grenze gab es immer Kontakte zwischen den beiden Bevölkerungen, Zweisprachigkeit stellt hier keine Besonderheit dar. Diese historische Tatsache führte dazu, dass etwa im Elsass und den deutschen Nachbargebieten eine eigene regionale Identität vorhanden ist. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg und



die Ansiedlung von Menschen aus dem Landesinneren, ohne persönlichen Bezug zum Nachbarland, hat in Ostbayern zu einer anderen Startsituation geführt und ein Zusammenwachsen der beiden Länder erschwert. Trotz einer ähnlichen Wirtschaftsstruktur im Grenzraum ist die Grenze auch im Bereich der Wirtschaft stärker spürbar als in anderen Grenzgebieten.

## **2. Kommunale und regionale Fallstudien**

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Städte und Gemeinden, wie in Teil III bereits beschrieben, erheblich verändert. Diese geschichtlichen Prozesse wirken sich konstituierend auf die Pfade regionaler Entwicklung aus, ein Prozess, der jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Die Internationalisierung, der verschärfte ökonomische Wettbewerb aber auch der gesellschaftliche Wandel mit der Ausprägung neuer Lebensstile sowie einem Rückgang der Bevölkerungszahlen sind auch heute noch und vielleicht verstärkt wichtige Ausgangspunkte der kommunalen Entwicklung. Auch in Zukunft ist mit weiteren Veränderungen zu rechnen, die für Städte Entwicklungschancen aber auch Hemmnisse beispielsweise in Fragen der Einzelhandelsentwicklung, der gewerblichen Wirtschaft, im sozialen Bereich oder der Beanspruchung der natürlichen Umwelt in sich bergen. Dies gilt insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum. Die Lage an der Grenze zum neuen EU-Partner Tschechische Republik und in einer Region mit rückläufiger und alternder Bevölkerung verschärfen sich im Untersuchungsraum einerseits die Ausgangsbedingungen, andererseits ergeben sich auch neue Handlungsspielräume.

Anhand von kommunalen Fallstudien soll im folgenden Teil der Zusammenhang zwischen der historischen Entwicklung und den konkreten Auswirkungen auf die Entwicklung von Städten und Regionen aufgezeigt werden. Dazu wurden im Raum Hof als Beispiele die Stadt Hof selbst und die industriell ausgesprochen dynamische Stadt Rehau ausgewählt in der Oberpfalz die Landkreise Tirschenreuth und Schwandorf.

### **2.1 Die Stadt Hof**

Als altindustrialisierte Region wurde der Wirtschaftsstandort Hof lange Zeit von der Textil- und Bekleidungsindustrie und ihren Zulieferunternehmen dominiert. Das „bayerische Manchester“ lebte von der Massenproduktion von Garnen und Geweben, ebenso das Umland mit seinem Schwerpunkt in der Bekleidungsindustrie. Im Süden schloss sich der Bereich Selb an mit seinem Schwerpunkt in der Porzellanindustrie.<sup>78</sup> Bis 1945 war der Standort Hof eingebettet in einen homogenen Wirtschaftsraum, der durch Schwerpunkte in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie im Maschinenbau geprägt war und sich von Chemnitz bis Hof, in Sachsen wie auch nach Westböhmen erstreckte. Die Teilung Deutschlands und die weitgehend geschlossene Grenze gegenüber der Tschechischen Sozialistischen Republik kappten diese Beziehungen und brachte die Region in eine extreme Randlage in Westdeutschland und der damaligen EG. Die Nähe zu den Absatzmärkten, zu Zulieferern und Rohstoffmärkten war nicht mehr gegeben.

---

<sup>78</sup> Friedl, W. (2007) Eine Stadt mit neuen Entwicklungsstrategien: Hof; in: Maier, J. (Hrsg.) Exkursionsführer Oberfranken; Westermann Verlag - Braunschweig 2007; S. 215

Seit den 70er Jahren durchlief Hof und sein Umland eine durch Krisen geprägte Entwicklung. Gerade die dominierenden Branchen der Region sahen sich einem zunehmenden internationalen Wettbewerb und einer Veränderung der Nachfragemuster ausgesetzt und konnten oftmals mit diesem Strukturwandel nicht mithalten. Der bis heute kontinuierliche Veränderungsdruck auf die Unternehmen bedeutete für Hof zahlreiche Verluste an Arbeitsplätzen. Anders als in den durch die Schwerindustrie geprägten altindustrialisierten Räumen wie etwa dem Ruhrgebiet verlief dieser Prozess schleichend. Große Werksschließungen blieben aus, dafür vollzog sich ein steter Stellenabbau. Die fehlenden Arbeitsplätze konnten nicht durch neue Arbeitsplätze in anderen Industriebranchen oder im Dienstleistungssektor ersetzt werden. Hohe Arbeitslosenquoten und die Abwanderung junger Menschen waren das Resultat. Während die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1974 und 1986 in Bayern um 7,7% zunahm, ging sie in Hof um 4,5% zurück. Aufgrund der peripheren Lage in Westdeutschland besaß der Raum zudem keine hohe Attraktivität sowohl als Wohnstandort als auch als Unternehmensstandort. Das schlechte Standortimage wurde durch die schwierige Umweltsituation in der nahen Industrie in der DDR und der CSSR verstärkt. Während die Einwohnerzahl in Bayern zwischen 1970 und 1986 um 5,2% wuchs, nahm sie in Hof um 10,9% ab.<sup>79</sup>

Die Regionalpolitik konzentrierte sich zur damaligen Zeit auf hoheitliche Maßnahmen im Rahmen der Zonenrandförderung, in erster Linie auf den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Fußgängerzone in Hof, des Naherholungsgebietes Untreusee sowie der Ansiedlung der Bayerischen Beamtenfachschule. Diese Vorgehensweise vermochte die ungünstigen Entwicklungstendenzen jedoch nicht zu stoppen. Auf der Unternehmenseite schaffte man es trotzdem durch Investitionen internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Einige starke Firmen aus der Region gehören noch heute zu den Weltmarktführern in ihren jeweiligen Branchen.

Eine Verbesserung der Lage wurde trotz allem erst durch ein historisches Ereignis bewirkt: Die deutsche Wiedervereinigung. Obwohl sehr bald die Mehrzahl der Investitionen in den neuen Bundesländern stattfand, konnte Hof seine Funktion als Versorgungs- und Dienstleistungsstandort dauerhaft ausbauen.<sup>80</sup> Der bis zur Wiedervereinigung „halbrunde“, weil nach Norden und Osten durch die Grenze zu DDR und CSSR eingeschränkte Versorgungsbereich der Stadt Hof konnte wieder komplettiert werden. Die Kaufkraft erhöhte sich, war und ist aber stark abhängig von der wirtschaftlichen Situation in Sachsen und Thüringen und von neuen konkurrierenden Standorten in diesen Regionen. Insgesamt nahm von 1989 bis 1990 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 5,8% zu. In dieser Zeit konnte v.a. der bisher unterentwickelte Dienstleistungssektor ausgebaut werden. Träger dieser Entwicklung waren der Handelsbereich, der Speditionsbereich und die unternehmensnahen Dienstleistungen. Geringere positive Effekte verspürte das produzierende Gewerbe, mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelproduktion. Jedoch erfolgte auch hier ein Anschluss an die gesamtbayerische Entwicklung (Beschäftigtenentwicklung: Hof +3,7%, Bayern +4,7%; Umsatzentwicklung Hof: +12,6%, Bayern +9,7%).<sup>81</sup>

Viele regionale Unternehmen nutzten die neuen Markt- und Entwicklungschancen und bearbeiteten von Hof aus die neuen Märkte in Mittel- und Osteuropa. Die Sonderkonjunktur aufgrund der Grenzöffnung ermöglichte die Realisierung vieler großer Projekte in Hof, so konnte die Fachhochschule, das Theater und das Klinikum gebaut werden, die Landesgartenschau

---

<sup>79</sup> ders., ebenda; S. 216

<sup>80</sup> ders., ebenda; S. 215

<sup>81</sup> ders., ebenda; S. 217

fand in Hof statt und die überregionale Verkehrsanbindung konnte fertiggestellt werden. Diese Maßnahmen wirkten sich nicht zuletzt positiv auf das regionale Baugewerbe aus.

Trotz allem sind die wirtschaftlichen Veränderungen im Zuge der Grenzöffnung heute jedoch differenzierter zu betrachten, verlor doch die Stadt durch den Abbau bzw. die Auflösung der Grenzfunktion viele sichere Arbeitsplätze in den Bereichen Post, Bahn, Zoll, Grenzpolizei und Bundeswehr. So zeigten sich bereits 1993/1994 Anzeichen eines erneuten Wirtschaftsabschwungs. Der Strukturwandel dauerte an und die Arbeitslosigkeit blieb im Vergleich zu anderen bayerischen Räumen weiterhin hoch. Der Hofer Arbeitsmarkt diente zudem der Entlastung der thüringischen und sächsischen Arbeitsmärkte. Tausende von Beschäftigten pendeln bis heute aus diesen Räumen nach Hof ein. Der gesamtdeutsche Wirtschaftsabschwung Mitte der 1990er Jahre, bei zunehmendem Druck aufgrund der Globalisierung und der Internationalisierung der Wirtschaft verhinderte schließlich eine abschließende Stabilisierung der Situation. Nahezu alle Wirtschaftsbranchen waren daher von einem neuen Strukturwandel gekennzeichnet, der sich durch Kostensenkungen, Umstellung der Produktionsstrukturen, Beschäftigungsabbau aber auch der Entwicklung neuer Produkte auszeichnete. Die Verschlechterung der regionalen Wirtschaftssituation wirkte sich auch auf die Bauwirtschaft, das Handwerk und den Handel aus. Die Beschäftigungszuwächse durch die Wiedervereinigung waren bis 2000 wieder aufgezehrt. Hinzu kamen als Determinanten für diese Entwicklung nun das neue Fördergefälle zu den benachbarten neuen Bundesländern und das Lohnniveaugefälle zur Tschechischen Republik. In den letzten Jahren gelang es jedoch durch die Schwerpunkte Wissenschaft, insbesondere der Angewandten Hochschule, früherer FH und dem Schwerpunkt Logistik neue wesentliche Impulse in Hof zu erhalten.

## **2.2 Die Stadt Rehau**

Was die Wirtschaftsstruktur angeht, so ist die Stadt Rehau eingebunden in die allgemeine Situation des Oberzentrums Hof und seinen Auswirkungen bis Asch/Aš in der Tschechischen Republik. Im Rahmen der mitteleuropäischen Industrialisierung und mit Zunahme des Zugverkehrs zwischen Hof, Rehau und Eger entstanden in Rehau Ende des 19. Jh. Porzellanfabriken, Bleichereien, Holzwolffabriken, steinverarbeitende Betriebe, Färbereien und insbesondere Gerbereien und Lederfabriken. Mit ca. 10 Gerbereien und dem weltbekannten Rehauer „Waterproof-Leder“ avancierte Rehau zur „Bayerischen Lederstadt“. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit von der Lederindustrie endete 1945 mit dem Verlust der Rohstoff- und Absatzmärkte und der zwangsweisen Schließung der Gerbereien. In der Folgezeit siedelten sich leistungsfähige Betriebe im Textil-, Bekleidungs-, Druckerei- und Kunststoffgewerbe an. Vor allem die Kunststoffindustrie weist bis heute einen dominierenden Charakter für die lokale und regionale Wirtschaft auf. Größter Arbeitgeber ist das Unternehmen REHAU AG mit weltweit 15.000 Arbeitsplätzen (ca. 3.000 in der Region).

Insgesamt erfuhr die Stadt Rehau, als Teil der nordbayerischen Industrieregion, seit den 70er Jahren trotz einiger positiver Veränderungen eine leicht negative Entwicklung in den Bevölkerungszahlen. Während in der Nachkriegszeit durch die Flüchtlingsströme (ca. 3.000 Heimatvertriebene fanden eine neue Heimat in Rehau) ein Bevölkerungszuwachs erzielt werden konnte, begann sich gegen Ende der 1960er Jahre die typische Entwicklung peripherer Grenzräume abzuzeichnen. Die Stadt verlor zwischen 100 und 200 Einwohnern pro Jahr. Zum Wechsel des generativen Verhaltens, der seit Anfang der 70er Jahre bundesweit eine neue natürliche Bevölkerungsentwicklung bestimmte, kamen in der grenznahen Region Ab-

wanderungen hinzu. So musste die Stadt Rehau neben dem natürlichen Bevölkerungsrückgang zusätzlich ein Wanderungsdefizit von 200 Personen hinnehmen. Insgesamt verlor die Stadt Rehau damit von 1979 bis 1987 2.470 Einwohner, d.h. rund 20% ihrer Bevölkerung von 1970. Die selektive Abwanderung vor allem junger Bevölkerungsgruppen hatte zudem einen negativen Einfluss auf die Altersstruktur. Im Vergleich zum bayerischen Durchschnittswert wies Rehau einen unterproportionalen Anteil der bis 20-Jährigen und einen überproportionalen Anteil der über 44-Jährigen auf.<sup>82</sup>

Die Trendwende setzte 1988 ein, also noch vor der Grenzöffnung. Der Bevölkerungsrückgang konnte gestoppt und ein bescheidenes Wachstum von 15 Einwohnern pro Jahr erzielt werden. 1989, also mit der Grenzöffnung erfolgte dann ein sprunghafter Anstieg der Einwohnerzahl. Bis zum 31.5.1992, d.h. innerhalb von 3,5 Jahren, nahm die Bevölkerung um 578 Einwohner zu, wobei wohl der überwiegende Anteil der Bevölkerungszunahme unmittelbar auf die deutsche Wiedervereinigung zurückzuführen sein dürfte. Von dieser positiven Bevölkerungsentwicklung erwartete man sich Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung der Stadt, deshalb wurden ca. 140.000 m<sup>2</sup> Bauland neu ausgewiesen.<sup>83</sup> Mit Ausnahme der wirtschaftlichen Sonderkonjunktur durch die deutsche Wiedervereinigung 1990-1993 weist die Stadt durchgehend insgesamt eine negative Bevölkerungsentwicklung auf. Zum 31.12.2008 lebten in der Stadt Rehau 9.631 Menschen.

Was die Wirtschaftsstruktur der Stadt Rehau angeht, so prägten Industrie und Gewerbe viele Jahrzehnte den Wirtschaftsraum und haben nach wie vor eine hohe Bedeutung in der Region. Der bedeutendste Wirtschaftszweig ist inzwischen jedoch der dynamisch wachsende Kunststoffsektor, der gerade in der Stadt Rehau mit einem weltweit aktiven Unternehmen, der REHAU AG hervorzuheben ist. Diesem und den anderen ansässigen Unternehmen ist es gelungen, Kraft aus der veränderten Situation der Grenze zu schöpfen und stetig zu wachsen. Mit dem Ausbau des Standortes der REHAU AG vor Ort zur Firmenzentrale gelang es zudem, gut ausgebildete Arbeitskräfte in die Region zu holen.

In der Nördlichen Oberpfalz wurden in Ergänzung zu Oberfranken als Fallstudien zwei Landkreise, der noch landwirtschaftlich-industriell geprägte Landkreis Tirschenreuth und der durch attraktive Industriestandorte aber auch Erholungsgebiete gekennzeichnete Landkreis Schwandorf ausgewählt.

### **2.3 Der Landkreis Tirschenreuth**

Mit dem Beginn der Industrialisierung und dem Bau der Eisenbahn Schwandorf – Weiden i.d.Opf. – Wiesau – Waldsassen – Eger gegen Ende des 19. Jh. entwickelte sich der Landkreis positiv. Durch die Zugsbindung war es möglich, Rohstoffe in und Waren aus dem Landkreis zu transportieren und so neue Industrien aufzubauen. Es entstand eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie im gesamten Untersuchungsraum, Textil- und Porzellanfabriken siedelten sich an. Des Weiteren wurden Glasprodukte und Ziegel produziert, der Grund dafür lag in den regional vorhandenen Kaolinvorkommen. Mitterteich, Tirschenreuth, Waldsassen und Krummenaab waren und sind die industriellen Zentren des Landkreises.

---

<sup>82</sup> AUTORENKOLLEKTIV (1994) Auswirkungen der Grenzöffnung auf die Stadt Rehau und den Markt Bad Steben; in: MAIER, J. (Hrsg.) Auswirkungen von Grenzen V: Wiedervereinigung und Grenzöffnung nach Osten in ausgewählten Gemeinden Oberfrankens; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 126; Bayreuth 1994; S. 18

<sup>83</sup> ders., ebenda, S.19

Durch die Auswirkungen des 2. Weltkriegs fand auch hier eine Abtrennung von den wichtigen Rohstoffvorkommen und Märkten in der Tschechischen Republik statt. Das Fehlen eines regionalen Zentrums im Landkreis wirkte sich jedoch insofern auf den Landkreis aus, dass eine größere Abhängigkeit des Landkreises gegenüber den Wirtschaftszentren bestand als etwa im Landkreis Hof. Der Strukturwandel im Untersuchungsraum verlief deshalb nur schleppend, so spielt der Dienstleistungssektor bis heute nur eine untergeordnete Rolle und Gewerbeansiedlungen in innovativen Wirtschaftssektoren fanden nur wenige statt (ausgenommen einige High-Tech-Betriebe im Maschinen- und Fahrzeugbau, u.a. Premium-Fahrräder). Durch die stark altindustrialisierte Prägung des Raumes sank die Beschäftigtenzahl im industriellen Sektor zwischen 1993 und 2003 von 19.000 auf 15.000 Personen. Erst in jüngster Zeit erfolgten Bemühungen hinsichtlich des Ausbaus des Dienstleistungssektors, etwa mit dem Bau des Sybillenbades in Neualbenreuth.

Die schwierige Situation der Wirtschaft im Landkreis zeigte sich auch in der Bevölkerungsentwicklung aus. Seinen höchsten Bevölkerungsstand konnte der Landkreis Tirschenreuth 1950 aufweisen. Zwischen 1939 und 1950 wuchs die Bevölkerung von 44.303 auf 60.664 Einwohner an. Der Zuwachs ist auf die verstärkte Zuwanderung von Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen. Aufgrund der Wirtschaftsstruktur im Raum, die hauptsächlich agrarisch sowie kleingewerblich geprägt war und den Neuankömmlingen keine solide Existenzgrundlage bieten konnte, verließen bis 1960 wieder viele Menschen die Region (1960: 80.964 EW). Nach einem weiteren Zuwachs bis in die 70er Jahre (83.757 EW), verlor der Raum anschließend kontinuierlich an Einwohnern. Auch im Landkreis Tirschenreuth sorgte jedoch die deutsche Wiedervereinigung für einen temporären Bevölkerungszuwachs, der aber schon bald wieder ausgeglichen war. Auch hier war es die wirtschaftliche Struktur des Landkreises, die nur bedingt neue Arbeitsplätze zur Verfügung stellen konnte. Am 30.6.2010 lebten schließlich 75.000 Personen im Landkreis.

Wie in der gesamten Untersuchungsregion verlief die Abwanderung auch im Landkreis Tirschenreuth selektiv. Während 1971 der Anteil der unter 30-Jährigen noch bei 61% lag, sank er bis 1984 auf 43%, bis 1995 auf 31% und betrug schließlich 2005 noch 22%. Dies geht auf die mangelhafte Situation der Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region zurück. Dies führte zu einem steten Anstieg des Durchschnittsalters in der Region, so wuchs der Anteil der Generation 65 Jahre und älter von 13% 1971 auf 20% im Jahre 2005 an, am 31.12.2009 lag er bei 21,3%, im Gegensatz zu den Landkreisen Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge noch ein relativ moderater Wert.

## 2.4 Der Landkreis Schwandorf

Ein etwas anderes Bild vermittelt der Landkreis Schwandorf. Der Landkreis hat sich vom „Armenhaus der Oberpfalz“ zu einer Aufsteigerregion entwickelt.<sup>84</sup>

Der Landkreis weist in der Oberpfalz das höchste Steueraufkommen auf. Schwandorf hatte in den Jahren 1997 bis 2000 den höchsten Anstieg an Industriebeschäftigten in Bayern zu verzeichnen. Somit ist der Landkreis das wirtschaftliche „Zugpferd“ der Region. Hinsichtlich der Branchenstruktur ist die Branche Eisen und Stahl, Metall, Maschinen- und Fahrzeugbau vorherrschend. Rund ein Drittel der erfassten 218 Industrieunternehmen im Landkreis kön-

<sup>84</sup> IHK REGENSBURG (2006) Ostbayern konkret; Standortpolitik November 2006, S.26; Download unter: [http://www.ihk-regensburg.de/ihk-r/autoupload/officefiles/Stadt\\_und\\_Landkreise\\_IHKBezirk.pdf](http://www.ihk-regensburg.de/ihk-r/autoupload/officefiles/Stadt_und_Landkreise_IHKBezirk.pdf) (letzter Zugriff: 24.November 2010)

nen diesem Wirtschaftszweig zugeordnet werden. Daneben sind noch Glas und Glaswaren, Chemie-, Kunststoff-, Mineralölerzeugnisse, Gummiwaren und Nahrungs- und Genussmittel, Molkereien, Brauereien von Bedeutung. Auf diese vier Branchen verteilen sich insgesamt mehr als drei Viertel aller erfassten Betriebe. D.h. im Landkreis Schwandorf haben eine ganze Reihe dynamischer Unternehmen ihren Standort und ergeben ein typisches Bild einer sich in den letzten Jahren positiv entwickelnden Wirtschaft.

Bei einer genaueren Betrachtung des Landkreises Schwandorf fällt auf, dass sich die industriellen Standorte schwerpunktartig auf das südliche Landkreisgebiet und auf Standorte entlang der A 93 konzentrieren, während im Osten relativ wenige Industriebetriebe lokalisiert sind. Die südlichen Gemeinden v.a. Schwandorf, Wackersdorf, Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof und Nittenau sowie Neunburg vorm Wald bilden den industriellen Schwerpunkt des Kreises.

Im Dienstleistungssektor ist ebenso wie im Bereich Industrie und Produktion eine Konzentration auf die südlichen und an die A 93 angrenzenden Gemeinden zu beobachten. Die vorherrschende Branche innerhalb dieses Sektors wird als „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“ bezeichnet und ist eng mit anderen Wirtschaftsunternehmen verbunden. Insgesamt konnten diesem Wirtschaftszweig 282 der insgesamt 687 ermittelten Unternehmen (41%) zugerechnet werden. Daneben sind weitere 109 Betriebe (16%) im Grundstücks- und Wohnungswesen tätig, 87 (13%) im Kreditwesen. Auf diese Kategorie entfallen besonders in den beiden nördlichen Gemeinden Wernberg-Köblitz und Pfreimd mehr als 50% der Unternehmen, was auf einen ausgewogenen Branchenmix hindeutet. Nicht unerwähnt bleiben sollte die Bedeutung Oberviechtachs im Dienstleistungssektor für das östliche Landkreisgebiet.

Es gibt im Landkreis Schwandorf im Vergleich zu den nördlicheren Landkreisen und kreisfreien Städten (Amberg und Weiden) der Oberpfalz mehr handwerklich tätige Betriebe, die jedoch im Hinblick auf ihre Mitarbeiterzahl eher kleinstrukturiert sind. Im Vergleich zu 2006 sank die Anzahl der Betriebe und der Ausbildungsplätze im Landkreis Schwandorf leicht. Die prozentual größten Zunahmen an Handwerksbetrieben im Vergleich zu 2006 erfuhren die kreisfreien Städte, allen voran die Stadt Regensburg. Nicht verwunderlich ist die Tatsache, dass hier die Betriebe tendenziell mehr Mitarbeiter beschäftigen. Betrachtet man die Struktur des Handwerks im Landkreis Schwandorf genauer, so fällt ebenfalls auf, dass auch hier die meisten Standorte entlang der A 93 und im südlichen Landkreisgebiet lokalisiert sind. Insgesamt konnten über die HWK Niederbayern – Oberpfalz mehr als 1.895 Handwerksbetriebe ermittelt werden. Die Branchenverteilung kann für den gesamten Landkreis als insgesamt recht ausgewogen beschrieben werden.

Zwischen 1980 und 1985 sowie von 2000 bis 2005 war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis Schwandorf leicht rückläufig. Insgesamt betrachtet ist die Beschäftigtenentwicklung im Untersuchungsraum jedoch positiv. So stieg seit 1980 die Zahl der Arbeitsplätze um knapp 25% bzw. um rund 8.500 auf 43.569 im Jahr 2005 an. Zwischen 2005 und 2007 konnte ein weiterer Zuwachs von mehr als 4% erreicht werden, so dass heute 45.425 statistisch erfasste Arbeitsplätze gezählt werden können. Die mit 51.152 über diesem Niveau liegende Anzahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort deutet allerdings auf einen Auspendlerüberschuss hin und belegt die Attraktivität des Landkreises als Wohnstandort.

Nimmt man gewissermaßen das Gegenstück der Entwicklung die Situation der Arbeitslosen, so lässt sich aus der Verteilung der Arbeitslosigkeit nach Bevölkerungsgruppen feststellen, dass Frauen im Landkreis Schwandorf am häufigsten von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Jedoch ist dieser Wert im vergangenen Jahr, ebenso wie der Anteil der Langzeitarbeitslosen, gesunken. Geringfügig gestiegene Werte seit Juni 2007 weisen die anderen vier Kategorien die über 55-Jährigen, die unter 25-Jährigen, die Schwerbehinderten und Ausländer auf.

Insgesamt gesehen machen die beiden Fallstudien aus der Oberpfalz wiederum deutlich, wie wichtig regionale Differenzierungen sind, wenn es um Beschreibungen und v.a. Wertungen über Strukturen und Entwicklungen im Grenzraum geht.

### **3. Die Grenze in ausgewählten Teilaspekten**

Die Entwicklung der Grenze ist keineswegs abgeschlossen sondern verändert sich ständig. Mit zunehmender Nivellierung der Wohlstandsunterschiede zwischen den beiden Nachbarländern wird sich allerdings der Einfluss der Grenze weiter verwischen. Unterstützt wird wohl dieser Prozess möglicherweise durch eine Angleichung der Unterschiede im Bereich der Förder-, Steuer- und Planungspolitik, zumindest in langfristiger Sicht.

Im Folgenden soll nun noch ein kurzer Überblick über zwei Aktionsfelder grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit erfolgen, dem grenzübergreifenden Shopping und der Netzwerkbildung im Sektor Tourismus und Naherholung, beides beliebte Themen in der Grenzraum-Diskussion.

#### **3.1 Das Beispiel grenzüberschreitender Einkäufe**

Ein Hauptgrund für den Einkauf jenseits der Grenze stellt auf beiden Seiten der Grenze das niedrigere Preisniveau im jeweiligen Nachbarland oder die im eigenen Land nicht vorhandene Qualität der Produkte dar. Demnach gibt es auch Produkte, die in Deutschland günstiger angeboten werden als in der Tschechischen Republik. Dies trifft etwa auf Drogerieartikel, Wasch- und Reinigungsmittel sowie Artikel aus dem Bereich (Unterhaltungs-)Elektronik zu. Gerade tschechische Kunden schätzen zudem die höhere Sortimentsbreite in Deutschland, auch wenn der tschechische Einzelhandel in diesem Bereich aufholt. Für die Deutschen ist zudem die Entfernung ausschlaggebend, da besonders Bewohner der Gemeinden in direkter Grenznähe die Geschäfte im Grenzraum zum Versorgungskauf nutzen; oftmals verbunden mit dem Tanken des KFZ. Erlebniseinkäufe spielen eher für die tschechischen Nachfrager in Deutschland eine Rolle.

Zentrales Charakteristikum der Einzelhandelssituation im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet ist das Ungleichgewicht der Kaufkraftströme. Aus der Sicht der Tschechischen Republik ergeben sich derzeit durch das Cross-Border-Shopping wirtschaftliche Vorteile, da der prosperierende Einzelhandelsmarkt maßgeblich von deutschen Nachfragern mitgetragen wird und von den zusätzlichen Kaufkraftzuflüssen profitiert. Dies ist auf ökonomische und strukturelle Vorteile des tschechischen Einzelhandels zurückzuführen, wie etwa längere Öffnungszeiten, niedrigeres Preisniveau und nicht zuletzt der großzügigeren Genehmigungs politik gegenüber Einzelhandels großprojekten. Dies führt auf deutscher Seite, so die Bewertung der Kommunen, Verbänden und Einzelhändlern, zu Umsatzrückgängen bis hin zu Betriebsaufgaben. Niedrigere Grundstücks-, Bau- und Betriebskosten, geringere Lohnkosten und Steuersätze usw. veranlassen Investoren (häufig ausländischer Herkunft), Einzelhandels großpro-

jekte auf tschechischer Seite zu planen, wobei das deutsche Grenzgebiet als wichtiges Einzugsgebiet in die Kalkulation einbezogen wird.

Hemmnisse für den Einkauf jenseits der Grenze sind v.a. durch die Sprachunterschiede vorhanden. Die zweisprachige Ausschilderung in Tschechien sowie die Sprachkenntnisse des Personals in Gastronomie und Einzelhandel erleichtert den deutschen Nachfragern den Einkauf in der Tschechischen Republik, umgekehrt ist die Situation jedoch etwas ungünstiger strukturiert. Gerade in Hinblick auf die Waren, die tschechische Kunden in Deutschland nachfragen, kann sich in sprachlicher Hinsicht ein Problem ergeben, handelt es sich doch meist um elektronische Geräte mit hohem Erklärungsbedarf. Ein Abfluss der Kundschaft wäre das Ergebnis.<sup>85</sup>

In Folge des Beitritts der Tschechischen Republik zur Europäischen Währungsunion veränderten sich die Rahmenbedingungen des Cross-Border-Shopping weiter. So erleichtert sich der Einkauf in Deutschland für die tschechische Bevölkerung. Gleichzeitig wurde aber auch durch eine Verschärfung bei der Überprüfung urheberrechtlicher Delikte den Vietnamesenmärkten im Grenzraum Einhalt geboten. In Zukunft wird sich die Situation zudem durch eine Nivellierung im Preis- und Steuerniveau und der damit einhergehenden Relativierung der Preisunterschiede wohl weiter angleichen.

Bereits in einer Untersuchung von 2007<sup>86</sup> ließ sich feststellen, dass der tschechische Grenzraum ein zunehmend wichtiges Einzugsgebiet für den deutschen Einzelhandel darstellt. Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Wohlstandes in der Tschechischen Republik bietet sich hier auch in Zukunft ein interessanter Markt. Die noch bestehenden Defizite und Wettbewerbsnachteile des tschechischen Einzelhandels, etwa in Form der Kritik an Angebotsqualität und –auswahl reflektiert, bieten eine Profilierungschance, die jedoch in Folge des Aufholprozesses der tschechischen Konkurrenz schnell schwindet. Hier bestehen Chancen in Richtung eines Ausgleichs der lange Zeit in die Tschechische Republik fließenden Kaufkraft. Eine breite, serviceorientierte Ausrichtung des deutschen Einzelhandels auf die tschechische Kundschaft ist nur in Teilen gegeben, etwa in vielen Geschäften der Städte Marktredwitz und Weiden.

### **3.2 Tourismus**

Der Fremdenverkehr und insbesondere das Bäderwesen haben im untersuchten Grenzraum eine jahrhundertealte Tradition. Vor allem Ende des 19. Jh. erfuhren die Heilbäder und Kurorte einen Aufschwung, was insbesondere auf die internationale Nachfrage aus dem europäischen Ausland zurückzuführen war. Vor allem Karlsbad, Franzensbad und Marienbad aber auch Bad Elster, Bad Brambach und Bad Steben waren Bäder von Weltruf. Bedingt durch den „Eisernen Vorhang“ und der damit verbundenen Randlage der Region konnte der damals bereits eingeschlagene Weg des Erfahrungsaustauschs zwischen den Heilbädern nicht weitergeführt werden. Umso wichtiger erschien es daher nach der Öffnung der Grenzen die Chancen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wieder aufzunehmen, um das enorme touristische Potential der Heilbäder im Dreiländereck Bayern-Sachsen-Böhmen besser erschließen zu können.

---

<sup>85</sup> Förster, C. (2007) Cross-Border-Shopping im bayerisch-tschechischen Grenzraum; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H.259, Bayreuth 2007, S.128

<sup>86</sup> dies., ebenda, S.157



Wichtiger Impulsgeber war und ist seit ihrer Gründung 1993 die EUREGIO EGRENSIS. Um im Bereich Fremdenverkehr eine partnerschaftliche Kooperation anzuregen, wurde ein Modellprojekt in staatlich-kommunal-privater Partnerschaft ins Leben gerufen, das die grenzüberschreitende Koordination und Kooperation der Heilbäder und Kurorte im Grenzraum forcieren soll.

Durch die unterschiedlichen Entwicklungen auf der jeweiligen Seite der Grenze entwickelte sich auch der Kur- und Heilbadsektor unterschiedlich. Aufgrund der Einsparungen im Gesundheitswesen kam es in Deutschland verstärkt zu sinkenden Patientenzahlen in den Kur- und Rehabilitationshäusern. Die Anbieter mussten sich nach neuen, innovativen Produkten umsehen, der steigende Konkurrenzdruck führte zu einem recht bunten Bild touristischer Entwicklungen, gerade in Ostbayern, mit hohen Wachstumsraten etwa in Neualbenreuth, dem Standort des Sybillenbades.

Eine andere Bedeutung hatte das Kur- und Bäderwesen schon immer in der Tschechischen Republik. Bis zum 2. Weltkrieg waren es v.a. Gäste aus der Oberschicht, die in den Heilbädern Erholung suchten. Nach der sozialistischen Revolution ergaben sich, zumindest in Hinblick auf die Gästestruktur, Umbrüche. So stellten in der Tschechischen Republik Kuren einen Teil des staatlich gesteuerten Erholungssystems dar. Kurmaßnahmen dienten v.a. dem Erhalt der Arbeitskraft. Aufgrund der fehlenden Investitionen in die übernutzten Anlagen nahm die Qualität der Unterkünfte und Verpflegungsdienstleistungen in der Folgezeit stark ab. Dennoch blieb das Niveau der Heilprozeduren fortwährend hoch. Nach der politischen Wende wurde das Badewesen in der CSSR durch Transformationsprozesse wesentlich verändert, sei es in Gestalt neuer Rechtsstrukturen, einer umfangreichen Privatisierung und v.a. neuen Investitionen, so dass eine positive Entwicklung ab 1993 einsetzte.

Im Zuge der Öffnung der Grenze zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik wurde eine Zusammenarbeit der Kurorte beschlossen. Als „Kurherz Europas“ möchte man die Region, die eine der höchsten Dichten an Kurorten in der Welt aufweist als gemeinsame Destination vermarkten. In dem Projekt sind 12 Kurbäder beteiligt. Die beiden Kurorte Konstantinsbad und Sybillenbad pflegen darüber hinaus eine aus INTEREG III-Geldern geförderte Zusammenarbeit im Bereich Marketing (vgl. Karte 22).

Auch im Bereich Tourismus sind es jedoch die Sprachgrenzen, die eine gemeinsame Wahrnehmung des Raumes durch die Gäste behindern. V.a. die traditionellen Heilbäder könnten jedoch aufgrund architektonischer Gemeinsamkeiten ein Art Cooperate Design entwickeln. Dazu müssten jedoch die Verbindungen zwischen den einzelnen Bädern enger werden. Gemeinsame Projekte hätten dann mehr Durchschlagskraft.

## **V. Zusammenfassung**

Ein wirtschaftsstruktureller Wandel ergab sich in Bayern nach dem 2. Weltkrieg aus mehreren ineinander wirkenden Faktoren: Das Bestreben der Bayerischen Staatsregierung, nach der Gründung des Freistaates die Steuerschwäche des Landes durch stärkere Industrialisierung abzumildern, war genauso ausschlaggebend wie die Bevölkerungsumschichtung und die damit verbundene gestiegene Nachfrage nach Arbeitsplätzen durch die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die Demontage der Industrieanlagen als Reparationsleistungen, den

Abbau der Kriegsindustrie und die sich ändernde Marktnachfrage von Agrarprodukten hin zu gewerblichen Gütern. Die Abtrennung früherer Absatz- und Bezugsgebiete im Osten und damit verbunden nicht nur die Randlage in Deutschland, sondern in Europa drängten im Übrigen zu einem Wandel der Wirtschaftsstruktur. Die alliierten Eingriffe in die deutsche Wirtschaft zur Umgestaltung ihrer Struktur und Verfassung stellten damit nur einen Teil der Einflüsse dar, die das wirtschaftliche Geschehen in der Nachkriegszeit prägten.

Die Errichtung der deutsch-deutschen Grenze durch den Mauerbau der DDR im Jahr 1961 hatte für die Regierungsbezirke Oberfranken und Oberpfalz in mehrfacher Hinsicht gravierende Folgen. Weit entfernt von den Ballungs- und Wirtschaftszentren im damaligen Bundesgebiet, verstärkte sich dieser Standortnachteil noch durch die sich nach Süden und Westen erweiternde „Europäischen Gemeinschaft“; die Untersuchungsregion lang nun an deren östlicher Peripherie. Die räumlich-periphere Lage Oberfrankens an den neuen Grenzen wirkte sich nachhaltig auf die Bevölkerungsentwicklung der Region aus. So waren schon die 60er und 70er Jahre durch starke Abwanderungstendenzen jüngerer Bevölkerungsschichten geprägt. In Folge dieses Prozesses kam es zu sozialer Erosion und Alterung der Bevölkerung der ländlichen Räume. Die Stadt Hof war aus diesen Gründen die erste Gebietseinheit unter den bayerischen Kreisfreien Städten bzw. Landkreisen mit einem negativen Geburten-Sterbefall-Saldo. Die Landkreise Hof und Wunsiedel i.F. halten diese Position bis heute in Bayern.

Betrachtet man die für den Raum Nordostoberfranken prägende Textilindustrie, so konnte sich diese nach einer Krise in den Jahren 1957/58 wieder erholen. Obwohl die Anzahl der Arbeitsplätze in der Leder-, Textil- und Bekleidungsbranche über die 1960er Jahre hinweg vorerst nur unwesentlich zurückging, sank die Beschäftigtenzahl zwischen 1957 und 1971 um 6000 auf insgesamt noch 62.000. Diese Entwicklung deutete bereits auf weitreichende Strukturveränderungen hin, die in den 1970er Jahren durch den Verlust von weiteren 15.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 1977 verstärkt wurden. Die Textilindustrie und ihre Entwicklung können als beispielhaft für den Raum Nord-Ost-Bayern angesehen werden. Besonders die grenznahen Gemeinden waren - und sind es teilweise bis heute – geprägt von arbeitsintensiven Industriebereichen. Aufgrund der Zonenrandlage war der Raum jedoch durchaus attraktiv für die Verlagerung von Standorten oder Neugründungen. So entwickelte sich die Region neben anderen zunehmend zur industriellen „verlängerten Werkbank“ Bayerns. Während sich die Firmenzentralen in den Ballungsräumen konzentrierten, wurden einfachere Tätigkeiten in den peripheren ländlichen Raum verlagert. Dabei vollzog sich in Städten wie Bayreuth oder Bamberg, Weiden oder Regensburg ein wirtschaftlicher Strukturwandel, in dessen Verbindung zunehmend Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstanden. Demgegenüber konnte dieser Prozess zur damaligen Zeit im Grenzraum noch nicht beobachtet werden. Nach der Vollbeschäftigung 1965/66 sorgte jedoch die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft auch hier für einen wachsenden Rationalisierungsdruck. Die wegfallenden Arbeitsplätze konnten dabei im Dienstleistungsbereich nicht völlig ersetzt werden.

Erst durch die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den 80er Jahren, beispielsweise die Überwindung der 2.Ölkrise 1979/1980 bzw. in der Sowjetunion die Einführung neuer Wirtschafts-Konzepte zeigte sich die hohe Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft des Grenzraums. Der häufig zitierte Strukturwandel nahm an Fahrt zu, sowohl in Hinsicht auf die drei großen Wirtschaftszweige bzw. in Richtung Tertiärisierung aber auch innerhalb der Branchen und führte zu einem Rückgang in produzierenden Bereichen bei einer Zunahme von Marketing, Vertrieb und Logistik. Die positive Entwicklung bei Kunststoffwaren, im Stra-

ßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik bis Mitte der 80er Jahre bei einem weiteren Rückgang im Textilgewerbe und in der Ledererzeugung bzw. -verarbeitung belegen dies augenscheinlich. Ebenso zählte u.a. zu den Kennzeichen dieser Jahre ein deutlicher Anstieg des Bruttoinlandsproduktes, wenn auch weniger stark als im bayerischen Durchschnitt und eine außergewöhnlich hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen. Diese weist allerdings darauf hin, dass es bei der Betrachtung des Grenzraums unbedingt notwendig ist, immer auf die kleinräumige Differenzierung, d.h. etwa einer deutlichen Steigerung der Wirtschaftskraft im westlichen Oberfranken sowie auf das durchaus häufig auftretende Phänomen eines Nebeneinanders von beachtlichen unternehmerischen Erfolgen bei nur geringen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu achten.

Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 und die dadurch mögliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Oktober 1990 sind für den Regierungsbezirk Oberfranken die wohl einflussreichsten Veränderungen der späten 1980er und 1990er Jahre gewesen. Besonders der Grenzraum der Region war, wie bereits beschrieben, durch den Verlust historisch gewachsener Verkehrs- und Handelswege sowie die Zerstörung der Wirtschaftsbeziehungen zu Sachsen und Thüringen geprägt. Frühzeitig erkannten die bayerische Landes- und die Bundesregierung die Gefahr der wirtschaftlichen Verödung dieser Regionen und bemühten sich daher um eine Sonderstellung in Gestalt des Zonenrandgebietes. Neben regionalen Förderprogrammen wie Frachthilfen oder der Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an dort ansässige Unternehmen, wurde der folgende Grundsatz bereits 1965 in das ROG aufgenommen: „Die Leistungskraft des Zonenrandgebiets bevorzugt mit dem Ziel zu stärken, dass in allen seinen Teilen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen werden, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sind.“ Gefestigt wurde dieser Grundsatz später im Zonenrandförderungsgesetz von 1971.

Bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung ist im Untersuchungsraum im weiteren Verlauf ein deutlicher Strukturwandel zu erkennen. Im Jahr 1990 entfiel noch der Großteil der Beschäftigten auf das Produzierende Gewerbe. V.a. in den Landkreisen war der Beschäftigungsgrad in diesem Bereich sehr hoch, während in den kreisfreien Städten die Dienstleistungen eine höhere Bedeutung aufwiesen. Mitte der 1990er Jahre war dann ein Rückgang der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe deutlich erkennbar, während der Handel und die Dienstleistungen kaum zunahmen und die durch Arbeitsplatzverluste freigesetzten Beschäftigten nicht auffangen konnten. Während sich der Beschäftigtenrückgang im Produzierenden Gewerbe bis heute fortsetzt, stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den Bereichen Handel und Dienstleistungen v.a. in den letzten Jahren kontinuierlich.

Aufgrund dieser hohen Industriedichte und der vielschichtigen Industriestruktur haben sich in den vergangenen Jahren auch zahlreiche überregional aktive unternehmensnahe Dienstleistungsunternehmen niedergelassen, die heute zu den Hauptwachstumsträgern der Region zählen. Die Wirtschaft des Grenzraums profitiert von vergleichsweise niedrigen Löhnen und Gehältern und wie die Beschäftigten von den unterdurchschnittlichen Lebenshaltungskosten. Die Stärke der Region ist seine mittelständische Struktur mit einer Vielzahl von hochmodernen Betrieben, die oft Marktführer in ihrem Teilsegment sind. Allein in Oberfranken rechnet die IHK in Bayreuth rund 600 sog. „hidden leader“.

Angesichts der Tatsache, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Wirtschaft des Grenzraums, der 1990 bis 1992 enge Beziehungen zum benachbarten böhmischen Raum aufnahm, sich inzwischen von dort wieder zurückgezogen hatte, erschien es zumindest im handwerklichen,

industriellen und im dienstleistenden Bereich, ja selbst im touristischen Sektor möglich und realistisch, dass die nordbayerischen Unternehmen die Herausforderungen bewältigen können.

Andererseits hatten sich im Zuge der Reformprozesse in der Tschechischen Republik die Außenhandelsverflechtungen mit der BRD seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich ausgeweitet. Wurden 1993 noch Waren im Wert von 7,9 Mrd. DM in die Tschechische Republik ausgeführt, so waren es 1995 bereits rd. 12,1 Mrd. DM. 1,6% aller Exporte der deutschen Wirtschaft entfielen somit auf die Tschechische Republik. Die daraus resultierende Steigerungsrate von 53,5% lag deutlich oberhalb des entsprechenden Wertes für sämtliche mittel- und osteuropäischen Reformländer (28,9%), zugleich wurde aber auch die Steigerungsrate sämtlicher deutscher Exporte (18,5%) übertroffen, was wiederum ein Beleg für die Dynamik des tschechischen Marktes war.

Aufgrund dieses rapiden Wachstums hatte sich die Position der Tschechischen Republik unter sämtlichen mittel- und osteuropäischen Ländern als Exportland kontinuierlich ausgeweitet. So stellte der tschechische Markt nach Polen zum damaligen Zeitpunkt das wichtigste Zielgebiet deutscher Exporte innerhalb der früheren RGW-Staaten dar.

Mit dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik hat sich die Situation der Grenze weiter zum Typus einer offenen Grenze entwickelt. Am 21. Dezember 2007 trat die Tschechische Republik zudem dem Schengener Abkommen bei, was ein Wegfall der Grenzkontrollen und weitestgehende Freizügigkeit über die Grenze hinweg für die Bewohner des Grenzraumes bedeutete. Dieser Prozess löste jedoch auch Ängste aus, vor allem in Deutschlands wurde vielerorts das Eindringen von billigen Arbeitskräften und Diebesbanden befürchtet.

Einen neuen Blick auf die Grenze bot die grenzübergreifende Landesgartenschau in Marktredwitz und Eger/ Cheb 2006. Das Projekt wurde von der Euregio Egrensis betreut und durch INTERREG IIIa-Gelder finanziert. In beiden Städten wurden Sportflächen, Industriebrachen und die Innenstadt in das Gartenschaugelände eingezogen. Für das Pendeln zwischen den beiden Gartenschau-Standorten sorgte ein gut ausgebautes Wegenetz mit Fahrrad- oder Verbindungsstrecken für die Fahrt mit dem PKW, dem Bus oder der Bahn. Eigens für die Gartenschau wurde sogar ein weiterer Grenzübergang geöffnet. Angereichert wurde das Angebot rund um die Landesgartenschau durch Fahrten in das deutsche und tschechische Hinterland. Durch solche Projekte wird die Grenze, die aufgrund der Sprachunterschiede und unterschiedlicher Mentalitäten aber auch aufgrund von Vorurteilen immer noch präsent ist, perforiert. Auffällig ist gerade in jüngster Zeit eine Diskrepanz zwischen dem Handeln auf staatspolitischer Ebene und dem Verhaltensmustern der Bewohner der Grenzregion. Während die Bewohner der Region die Grenze zunehmend nicht mehr als Hindernis wahrnehmen und auch auf kommunaler Ebene Annäherungen stattfinden, bauen sich auf politischer Ebene alte, bisher ungeklärte Probleme immer wieder auf. Mit dem Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten in Prag Ende 2010 soll nun ein neuer Weg beschritten werden.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass der Grenzraum in den letzten 10 Jahren eine durchaus bemerkenswerte positive Entwicklung genommen hat. Dies gilt besonders für Teile des Bayerischen Waldes aber auch Landkreise wie Hof, Kronach, Bayreuth und Tirschenreuth. Die Bedeutung der Grenze hat sich im Zuge der EU-Osterweiterung normalisiert. Teilweise vorhandene Ängste innerhalb der Wirtschaft vor einer neuen Konkurrenz haben sich nicht bewahrheitet. Trotz allem zeigt sich, dass aufgrund sprachlicher und kultureller Unter-

schiede die Grenze immer noch vorhanden ist. Gemeinsame kulturelle Initiativen können zwar Verbindungen schaffen, jedoch vermögen sie es bisher noch nicht eine gemeinsame Identität im Grenzraum zu schaffen (wie etwa in der Regio Basiliensis).

## Literaturverzeichnis

Angerer, H. (1963): Oberfranken – Industrielandschaft am Eisernen Vorhang, in: Heimatbeilage zum Amtlichen Schulanzeiger des Regierungsbezirks Oberfranken Nr. 11/1963

Bayer. Stat. Landesamt (Hrsg.) (1951) Bayern in Zahlen, H.11; München

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2007): Statistik kommunal 2006, CD-Rom

Belina, P. (2007) Wirtschaftsstrukturen und –entwicklungen vom altindustrialisierten Grenzraum zum modernen Verflechtungsraum; in: Maier, J. (Hrsg.) Wirtschaftsgeographie von Oberfranken; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 256; Bayreuth 2007

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (1974): Landesentwicklung in Bayern; Landesentwicklungsprogramm (Entwurf) Kurzfassung

Birk, F.; Identitätsraummanagement in grenzüberschreitenden Regionen – die EUREGIO EGRENSIS; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 190, Bayreuth 2000

Brandl, H. (1990) Leben und kommunalpolitische Probleme einer Gemeinde an der Grenze, S.59f; in: Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen und Verhaltensweisen II; Bayreuth 1990

Dittrich, E. (1950) Die Wiedereingliederung der Flüchtlingsindustrien in die Wirtschaft der Bundesrepublik, in: Vorträge des Instituts für Raumforschung, Bd.1

Edding, F. (1952) Die Flüchtlinge als Belastung und Auftrieb der deutschen Wirtschaft, Kieler Studien, H.12

Förster, C. (2007) Cross-Border-Shopping im bayerisch-tschechischen Grenzraum; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H.259, Bayreuth 2007

Gesch, H.D. (1969) Die bayerische Wirtschaft in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg, München

Hartmann, P. C. (2004): Bayerns Weg in die Gegenwart;

IHK Oberfranken Bayreuth (2010) Konjunkturumfrage: Zeichen auf Aufschwung; Oberfränkische Wirtschaft 6/2010, Bayreuth 2010

IHK REGENSBURG (2006) Ostbayern konkret; Standortpolitik November 2006, S.26; Download unter: [http://www.ihk-regensburg.de/ihk-r/autoupload/officefiles/Stadt\\_und\\_Landkreise\\_IHKBezirk.pdf](http://www.ihk-regensburg.de/ihk-r/autoupload/officefiles/Stadt_und_Landkreise_IHKBezirk.pdf) (letzter Zugriff: 24.November 2010)

Maier, J., Weber, J., Entwicklung und Struktur der Textilindustrie in Oberfranken nach dem 2. Weltkrieg – eine wirtschaftsgeographische Skizze; in: Geowissenschaftliche Beiträge über Oberfranken, Bd. 1 der Bayreuther geowissenschaftlichen Arbeiten, Bayreuth 1980

Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen und Verhaltensmuster; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung H.23, Bayreuth 1990

- Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen und Verhaltensmuster II; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 26; Bayreuth 1990
- MAIER, J. (Hrsg.) Auswirkungen von Grenzen V: Wiedervereinigung und Grenzöffnung nach Osten in ausgewählten Gemeinden Oberfrankens; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 126; Bayreuth 1994
- Maier, J., Tullio, G. (1996) Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, München
- Maier, J. (1998) Bayern; Gotha und Stuttgart 1998
- Maier, J. (Hrsg.) EU-Osterweiterung und Auswirkungen auf Oberfranken; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 181; Bayreuth 1998
- Maier, J. (2006) Die Grenze als verbindendes Element – Beispiel bayerisch-böhmische Grenze in der EUREGIO EGRENSIS, Bayreuth
- Maier, J. (Hrsg.) Wirtschaftsgeographie von Oberfranken; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 256; Bayreuth 2007
- Maier, J. (Hrsg.) Exkursionsführer Oberfranken; Westermann Verlag - Braunschweig 2007
- Offer, M. (1991) Das Zonenrandgebiet nach der deutschen Einigung; Mainz
- Stech, K. (2002) Nachbarschaftliche Mentalität im bayerisch-tschechischen Grenzraum; Schriften zur Raumordnung und Raumplanung Band 10; Augsburg-Kaiserslautern
- Storkebaum, W. (Hrsg.) (1987): Wissenschaftliche Länderkunden; Band 8; Bundesrepublik Deutschland und Berlin
- Strassoldo-Graffenberg, R. Friaul-Julisch Venetien als europäische Außengrenzregion (1974); in: Schriftenreihe des Instituts für Städtebau und Raumordnung: Probleme grenznaher Räume; Innsbruck.
- Strecker, W. (1995): Aktuelle Fragen zum Auslaufen der Zonenrandförderung
- Statistisches Amt der Vereinigten Wirtschaftsgebiete (Hrsg.), Statistische Berichte vom 23.8.1950
- Troeger-Weiß, G. (1987) Dezentralisierung und Landesentwicklungspolitik in Bayern; Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung H.52, Bayreuth
- Weber, J. (1990) Das Grenzland zwischen Kronach, Plauen, Karlsbad und Bayreuth – Strukturen und Entwicklungen; in Maier, J. (Hrsg.) Staatsgrenzen und ihr Einfluss auf Raumstrukturen, Bayreuth 1990.
- Weber, J. (2008) Technologiepolitik – Entwicklungsfaktoren für den ländlichen Raum in Niederbayern; in: Maier, J. (Hrsg.) Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für ländliche periphere Räume in Bayern, Arbeitsmaterial der ARL, Hannover 2008
- Werlen, B. (1997) Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Band 2 , Globalisierung, Region und Regionalisierung; Stuttgart 1997
- Zeitler, P. (2000) Die oberfränkische Wirtschaft im Wiederaufbau; Heimatbeilage zum oberfränkischen Schulanzeiger, Nr.270; Bayreuth

Zürker, M. (2007) Cluster als neue Komponente der wirtschaftsbezogenen Technologiepolitik, Kaiserslautern 2007

STMWIVT Bayern (2010) Der Arbeitsmarkt Bayern Oktober 2010; unter:  
<http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/wirtschaft/Arbeitsmarkt.pdf>